Stenographisches Protokoll.

9. Sitzung der II. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Mittwoch, den 21. Dezember 1955.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 87).

2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 87).

3. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1956.

Fortsetzung der Generaldebatte. Redner: Abg. Dubovsky (Seite 87), Abg. Hilgarth (Seite 95), Abg. Wenger (Seite 100), Abg. Stangler (Seite 105).

Spezialdebatte zu Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 110); Redner: Abg. Pospischil (Seite 110), Abg. Gerhartl (Seite 112), Abg. Tesar (Seite 114), Abg. Kuntner (Seite 117), Abg. Hilgarth (Seite 118), Abg. Staffa (Seite 120 und Seite 141), Abg. Zeyer (Seite 126), Abg. Wenger (Seite 126 und Seite 141), Abg. Stangler (Seite 129), Abg. Dubovsky (Seite 131), Abg. Weiss (Seite 134), Abg. Hainisch (Seite 134), Abg. Cipin (Seite 135), Abg. Fuchs (Seite 139), Abstimmung (Seite 143).

Spezialdebatte zu Gruppe 1, Polizei. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 143); Redner: Abg. Bachinger (Seite 143), Abg. Hainisch (Seite 144), Abg. Buchinger (Seite 145), Abg. Hobiger (Seite 146); Abstimmung (Seite 146).

PRÄSIDENT SASSMANN *(um 9 Uhr 2 Minuten):* Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen; es ist unbeanständet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Ich habe die stenographischen Protokolle der 15. Sitzung vom 6. April 1955 und der 16. Sitzung vom 15. April 1955 der I. Session der VI. Wahlperiode auf die Plätze der Herren Abgeordneten auflegen lassen.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER *(liest):*

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf über die Umlegung des Bedarfes der Bezirksgemeindeverbände (Bezirksfürsorgeverbände) auf die Gemeinden. (Nö. Bezirksumlagegesetz.)

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Schulbaufonds für Niederösterreich für 1956.

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des nö. Lustbarkeitsabgabegesetzes. (LGBl. Nr. 49/1955.)

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf über Abänderungen des Landesgesetzes vom 19. Jänner 1950, LGBl. Nr. 11, betreffend Einrichtungen zur Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs in Niederösterreich (Nö. Fremdenverkehrsgesetz), in der Fassung der Novellen vom 22. Juni 1950, LGBl. Nr. 39, sowie vom 17. Dezember 1952, LGBl. Nr. 8 ex 1953, und vom 7. Juli 1953, LGBl. Nr. 51.

PRÄSIDENT SASSMANN *(nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse):* Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Punkt 2 der Tagesordnung betrifft den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1956. Wir fahren in der Generaldebatte fort. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Dubovsky das Wort.

ABG. DUBOVSKY: Hohes Haus! Wir behandeln heute das elfte Budget seit dem Wiederbestehen des niederösterreichischen Landtages und das erste Budget seit der Erlangung der völligen Freiheit Österreichs, seit dem Abzug der Besatzungstruppen und der Möglichkeit der Ausübung der vollen Souveränität. In diesen Tagen hat Österreich einen neuen weiteren Erfolg errungen, und zwar die Aufnahme in die UNO. Vor einer Woche ist der Landtag zu einer Festsitzung zusammengetreten, um das zehnjährige Bestehen des Landtages zu feiern und zwei Tage später, beim Zusammentritt des Finanzausschusses, bestätigte sich das, was wir festgestellt haben, daß nämlich der Landtag zwar feiert, aber die niederösterreichische Bevölkerung keine Ursache zur Freude und zum Feiern besitzt.

Der im Finanzausschuß behandelte Entwurf des Budgets bestätigt all das, was wir in den vergangenen zehn Jahren immer aufgezeigt haben, daß nämlich die gesamte Politik, vor allem aber die Finanzpolitik, die in Österreich betrieben wird, eine Politik ist, die letztlich zum Zusammenbruch und zur Verarmung der arbeitenden Menschen führen muß. Wenn man bedenkt, daß die sehr bescheidenen Ansprüche, die die einzelnen Referate an den Finanzreferenten gestellt haben,

um 300 Millionen Schilling höher waren, als der erste Entwurf des Budgets, dann kann man ermessen, wie wenig im kommenden Jahr von Seiten des Landes an öffentlichen Subventionen und am Ausbau der öffentlichen Einrichtungen geleistet wird. Von diesem schon um 300 Millionen reduzierten ersten Entwurf wurden weitere 26 Millionen gestrichen. Ich glaube, es ist in der Geschichte des niederösterreichischen Landtages zum erstenmal der Fall eingetreten, daß die Abgeordneten aufgefordert wurden, nicht die Wünsche der Bevölkerung zu vertreten und nicht zu versuchen, im Budget diesen Wünschen Ausdruck zu geben, sondern daß sie aufgefordert wurden, Streichungen und Kürzungen im Budget vorzunehmen. Bei genauer Durcharbeitung des Budgets stellt sich heraus, daß, bei Berücksichtigung der unwirksamen Ausgaben, es letzten Endes rund 115 Millionen Schilling weniger sind, die für Sachleistungen, für Investitionen und für den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen im kommenden Jahr zur Verfügung stehen werden.

Nun hat der Herr Finanzreferent selbst zugegeben, daß auch die Situation in den Gemeinden eine ähnliche geworden ist wie im Lande selbst, daß auch dort sehr vieles eingeschränkt werden muß und sehr große Einsparungen notwendig sein werden. Da die Fürsorgeausgaben nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem ASVG, ausschließlich auf die Gemeinden überwälzt werden, wird den niederösterreichischen Gemeinden dadurch allein ein Betrag von 40 Millionen Schilling aufgehalst. Das heißt also, daß hier eine gleich hohe Summe wiederum weniger zur Verfügung steht, sodaß der niederösterreichischen Wirtschaft im kommenden Jahre viele Millionen Schilling vom Bund, vom Land und von den Gemeinden weniger zufließen werden. Glauben Sie, daß das spurlos an der Wirtschaft unseres Bundeslandes vorbeigehen wird? Glauben Sie wirklich, daß es möglich sein wird, weiterhin die gute Beschäftigung aufrechtzuerhalten? Glauben Sie, daß es möglich sein wird, hier einigermaßen nur die Einrichtungen in Ordnung zu halten, die ohnedies schon sehr angeschlagen sind?

Wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl vom Straßenwesen erklärt hat, befindet sich dieses bereits im Zusammenbruch. Nun, was sind die Ursachen? Zweifellos ist ein Teil dessen, von dem der Herr Landesrat Müllner gesprochen hat, zutreffend. Der Herr Finanzminister macht es sich sehr leicht und führt sehr elegant Steuerermäßigungen durch, aber zahlen sollen die anderen. Auch wir sind für Steuerermäßigungen, nur am richtigen Platz müssen sie durchgeführt werden. Das ist überhaupt das Wesen dieser ganzen Kamitz-Politik, nämlich die Großen zu schützen und die Kleinen zum Zahlen heranzuziehen. Wir haben das all die Jahre hindurch erlebt und gesehen, wie man es ausgezeichnet verstanden hat, durch die verschiedenen Finanzgesetze den Kapitalisten in Österreich ihre hohen Profite zu sichern, sie aber auch vor der Besteuerung durch das Finanzministerium zu schützen, und wie man gleichzeitig verstanden hat, die kleinen Leute zur Ader zu lassen und zur stärkeren Besteuerung heranzuziehen. Daran ändern auch die Steuerermäßigungen nichts. Für die Großen sind diese Steuerermäßigungen sehr wirksam geworden, wie man aus den Bilanzen, die jetzt veröffentlicht werden, ersehen kann und wie man dies aber auch aus den Ertragsanteilen des Landes, nämlich aus seinen Anteilen an der Einkommensteuer sehr genau verfolgen kann. Für die Kleinen, für die arbeitenden Menschen, haben diese Steuerermäßigungen sehr, sehr wenig gebracht, denn dem Arbeiter wurde der größte Teil der Steuerermäßigung auf der anderen Seite wieder weggenommen, indem man die Sozialversicherungsbeiträge erhöhen mußte, weil der Finanzminister den Zuschuß des Staates zur Sozialversicherung ganz wesentlich herabgesetzt hat.

Hier wiederspiegelt sich das ganze Finanzsystem, das ganze Wirtschaftssystem, das in Österreich in den vergangenen 10 Jahren aufgebaut wurde und das ein ganz anderes geworden ist, als man seinerzeit unserem Volke versprochen hat. Ich erinnere mich immer noch an die Rede des ersten Bundeskanzlers Figl, der erklärt hat, wir wollen ein soziales Österreich schaffen, ein revolutionäres Österreich, hat er sogar damals gesagt, und herausgekommen ist alles andere als ein soziales Österreich. Herausgekommen ist ein Österreich, in dem zwar die Kapitalisten alle Möglichkeiten zu einer Bereicherung besitzen, wie sie in der Vergangenheit noch nie vorhanden waren, während die arbeitenden Menschen bei weitem nicht das erreichten, was sie einmal gehabt haben.

Schauen Sie, wir brauchen nur das gesamte Nationaleinkommen, das Nationalprodukt hernehmen, um das zu sehen. Wenn im Jahre 1937 das Nationaleinkommen 7 Milliarden Schilling betragen hat, so ist es 1955 auf 100 Milliarden Schilling gestiegen. Im Jahre 1937 haben die Kapitalisten 44 Prozent des gesamten Nationaleinkommens bezogen, die arbeitenden Menschen, die kleinen Leute haben 56 Prozent gehabt. Im Jahre 1955 ist der Anteil der Kapitalisten von 44 Prozent auf 60 Prozent des Nationaleinkommens gestiegen, während der Anteil der kleinen Leute von 56 Prozent auf 40 Prozent gesunken ist. Diese Aufschlüsselung des Nationaleinkommens allein zeigt schon, wie die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich sind. Man hat es all die Jahre hindurch unter dem Vorwand: „Was können wir denn machen, wir sind ein besetztes Land!" verstanden, die Reichen noch reicher zu machen, wäh-

rend den kleinen Leuten ihr gerechter Anteil vorenthalten wurde.

Ich erinnere mich noch an die vielen Reden vor zehn Jahren — die Herren Kapitalisten haben sich damals nach dem Westen abgesetzt und ihre Betriebe im Stich gelassen —, als man zu den Arbeitern, die zu dieser Zeit, von kümmerlicher Nahrung, oft nur von einem Stück Brot im Tag, lebend, die Betriebe wieder aufgebaut haben, gesagt hat: „Jetzt kann man euch nicht viel bezahlen, aber die Zeit wird kommen, wo man verstehen wird, was ihr geleistet habt, und die entsprechende Anerkennung wird nicht ausbleiben". Und wenn man das heute überprüft? Die Herren Kapitalisten sind inzwischen zurückgekommen, haben die aufgebauten — ohne ihre Hilfe aufgebauten — Betriebe von den Arbeitern wieder in Empfang genommen und rühmen sich jetzt ihrer großen Wirtschaftskunst.

Aber wie schaut es denn mit den Arbeitern aus, den arbeitenden Menschen und den kleinen Leuten? Wir haben leider nur die Zahl der Arbeiter, die die niederösterreichische Gebietskrankenkasse, bei der die Leute krankenversichert sind, ausweist. Da stellt sich heraus, daß rund 26 Prozent aller bei der Gebietskrankenkasse in Niederösterreich versicherten Lohn- und Gehaltsempfänger unter 1000 Schilling im Monat brutto verdienen, das heißt in diesem Betrag sind Überstunden und Zuschläge mitinbegriffen. Fast 48 Prozent, also fast die Hälfte der niederösterreichischen Menschen verdienen zwischen 1000 und 1600 Schilling monatlich, das heißt drei Viertel der Arbeiter und Angestellten Niederösterreichs verdienen brutto mit Überstunden und allen Zuschlägen unter 1600 Schilling monatlich. Nimmt man die Abzüge weg, dann kann man sich nur fragen, wovon die Masse der Arbeiter nud Angestellten in Niederösterreich lebt. Katastrophal wird die Sache, wenn man untersucht, wie die Verdienste der Frauen bestellt sind. Da stellt sich nämlich heraus, daß mehr als die Hälfte der niederösterreichischen Frauen weniger als 1000 Schilling im Monat verdient.

Schauen Sie, das sind Zahlen, die die niederösterreichische Gebietskrankenkasse veröffentlicht hat. Sie werden wohl sagen, daß die Leute heute doch viel besser leben, weil sie sich Motorräder und dergleichen Dinge anschaffen können. Wie diese Dinge zustandekommen, möchte ich hier gar nicht näher erzählen. Sie werden aber zugeben, daß viele Überstunden geschunden werden müssen, die praktisch den Achtstundentag aufheben, und daß viele Entbehrungen notwendig sind, um sich ein Motorrad anschaffen zu können. Ich möchte Ihnen, um die Sache vielleicht drastischer zu machen, es am eigenen Beispiel darstellen. Ich bin Werkzeugmacher. Ich habe im Jahre 1937 in meinem Beruf 1.50 S Stundenlohn gehabt. 1.50 S in der Zeit der Krise! Die Abzüge haben nicht einmal 10 Groschen ausgemacht, sodaß mir mehr als 1.40 S pro Stunde geblieben ist. Um 1.40 S habe ich mir damals ein Kilogramm Speck kaufen können. Um 10 Stundenlöhne habe ich sehr gute Schuhe bekommen. Und jetzt sage ich Ihnen: Zeigen Sie mir einen Werkzeugmacher oder einen Dreher — Sie können diesen Vergleich mit jeder Berufskategorie anstellen, ob öffentlich Angestellter, ob Arbeiter oder Hilfsarbeiter oder Professionist —, der heute in der angeblich guten Zeit der Konjunktur, von der Sie so viel sprechen, um einen Nettostundenlohn ein Kilogramm Speck kaufen kann oder sich gar um 10 Stundenlöhne ein Paar Schuhe anschaffen kann! Für das Kilogramm Speck würde er einen Stundenlohn von 18 S brauchen und für die Schuhe sogar von 25 S. Hier zeigt sich die Diskrepanz! Hier zeigt sich, wer in Österreich die Opfer gebracht hat und wie sehr man den Arbeitern und Angestellten all das schuldig geblieben ist, was man vor 10 Jahren in der Zeit unmittelbar nach der Befreiung, als diese Arbeiter an den Aufbau schritten, versprochen hat.

Sie brauchen jetzt nicht um diese Tatsache herumreden. Sie brauchen mir nur den Beweis erbringen — so wie ich ihn für meine Argumentation erbracht habe —, daß es tatsächlich Leute gibt, die heute in der Zeit der Hochkonjunktur dasselbe verdienen wie damals in der Krise. Sie werden solche Leute finden, aber nicht auf seiten der Arbeiter, der Angestellten und der kleinen Leute, Sie werden diese Leute nur auf der Seite der Kapitalisten finden. Nehmen Sie sich nur ein paar Bilanzen her, ob es die der Perlmooser oder von Bunzl und Biach oder von Heid-Stockerau oder von der Schwechater Brauerei ist, überall werden Sie dasselbe ersehen, nämlich daß heute Dividenden in einer Höhe ausbezahlt werden, wie es bisher noch nicht der Fall gewesen ist. Diese Dividenden werden noch dazu ausbezahlt, nachdem man unerhört große Investitionen und Kapitalsberichtigungen durchgeführt und gleichzeitig aber auch noch Rücklagen getätigt hat. Die Dividenden in fast allen Aktienunternehmen haben eine Höhe erreicht, die den Bezügen der Arbeiter und Angestellten dieser Unternehmen in zwei Jahren entspricht.

Hier zeigt sich die große Diskrepanz: auf der einen Seite immer unerhörte Bereicherung, auf der anderen Seite das starke Zurückbleiben der Bezüge und Löhne der arbeitenden Menschen überhaupt.

Der Kollege Wondrak hat gesagt, wir seien ein verarmtes Land geworden. Wer ist verarmt in diesem Land? Das Land als solches nicht, sondern nur ein Teil seiner Bevölkerung ist verarmt, aber nicht alle Bewohner des Landes! Nehmen wir da auch wieder ein Beispiel. Ein Arbeiter oder Angestellter und ein Unternehmer haben beispiels-

weise im März 1938 jeder 100 S gehabt. Dem Arbeiter bleibt nichts anderes übrig, als das Geld für die Zeit, wo er arbeitslos oder alt wird, in die Sparkasse zu legen. Der Unternehmer aber hat sich zum damaligen Durchschnittskurs der Aktien eine Aktie um 100 S gekauft. Beide hätten damals für die 100 S, um beim Speckvergleich zu bleiben, 70 kg Speck erhalten. Was ist heute aber geschehen? Dem Arbeiter, der sein Geld in die Sparkasse getragen hat, sind durch den Schilling-Mark-Umtausch und den Mark-Schilling-Umtausch, durch die ganzen Währungsgesetze und die Währungsschutzgesetze von seinen 100 S sage und schreibe 16 S geblieben — nicht einmal ein Kilogramm Speck von den seinerzeitigen 70 kg —, während der Durchschnittskurs der Aktien von 100 S im März 1938 im September des heurigen Jahres auf 1100 S gestiegen ist.

Hier sehen Sie also, wie die ganze Macht, die in diesem Staat ausgeübt wird, zweifellos darauf ausgerichtet ist, den Kapitalismus zu stärken, die Kapitalisten noch reicher zu machen. Und dieser Ausrichtung dient auch die ganze Finanzpolitik. Wir sehen doch, daß die Steuern für die kleinen Leute eine Höhe erreicht haben, wie wir sie bisher überhaupt noch nicht gekannt haben. Vergleichen Sie doch die Abzüge, die heute ein Angestellter, ein Arbeiter hat, mit den Abzügen vor 1934 und vor 1938, und vergleichen Sie gleichzeitig die Steuerleistung der Unternehmer damals und heute! Sie werden auf der Seite der kleinen Leute das Ansteigen der Steuerleistung und auf der anderen Seite das Absinken der Steuerleistung erkennen können. Im kapitalistischen Staat wird immer mehr und mehr auch die Maschinerie der Finanztechnik in den Dienst der Stärkung der Kapitalisten gestellt. Immer mehr und mehr werden die Ausgaben eingeschränkt, die der breiten Öffentlichkeit dienen, demgegenüber werden in den verschiedensten Formen Subventionen den Unternehmern und anderen Kapitalisten gewährt, um sie stärker zu machen und um sozusagen den Staat ihnen dienstbar zu machen.

Wenn die Situation heute so ist, dann ist das zweifellos die Hauptschuld, oder man kann auch sagen der Haupterfolg — wenn man vom Standpunkt der Kapitalisten ausgeht — der Politik der ÖVP. Sie reden sehr viel über Familienpolitik, sie sprechen davon, wie notwendig es ist, den Zustand zu überwinden, daß Österreich das geburtenärmste Land geworden ist. Aber bei diesem Tiefstand der Löhne gegenüber der Krisenzeit, wie ich ihn aufgezeigt habe, frage ich Sie: Glauben Sie, daß man mit allgemeinen Redensarten Familienpolitik machen kann? Glauben Sie, daß man mit kleinen Brosamen von Almosen oder Unterstützungen die Geburtenfreudigkeit wird heben können? Die Geburtenfreudigkeit wird in dem Moment steigen, wo die Löhne steigen werden, wo die Einnahmen der kleinen Leute steigen werden, wo es wirtschaftlich möglich wird, wieder ein besseres Familienleben führen zu können, wo genügend Wohnungen zur Verfügung stehen werden und eben auch damit die Sicherung der Familie vorhanden sein wird.

Sie reden auch so oft, daß Sie die Partei der kleinen Leute sind. Wenn man aber die Sache genau überprüft, stellt sich doch immer wieder heraus, daß die Österreichische Volkspartei anscheinend ganz eigenartige Begriffe von den kleinen Leuten hat. Durch ihre Maßnahmen beweist die Österreichische Volkspartei immer wieder, daß sie nicht auf seiten der kleinen Leute, der Arbeiter und Angestellten, der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Bauern steht. Was hat die ÖVP. unternommen, als das Zündholz-Kartell einfach die Zündhölzer um 28 Prozent verteuert hat? Was hat die ÖVP. unternommen, als das Kaffee-Ersatzmittel-Kartell über Nacht den Preis für die Kaffee-Ersatzmittel um 10 Prozent erhöht hat, als eine Reihe anderer Preissteigerungen durchgeführt wurden, die schwer auf das Budget der Haushalte der kleinen Leute lasten? Man hat nichts gehört, außer allgemeinen Redensarten, daß Preissenkungen kommen müssen. Den Schmäh hören wir schon sechs Jahre lang und sechs Jahre hindurch steigen die Preise ununterbrochen. Der kleine Mann hat nichts davon, wenn Sie jetzt sagen: Was soll man tun, das Fleisch und der Speck sind zwar teurer geworden, aber dafür ist das Benzin billiger geworden. Von dem beißt niemand etwas herunter, und für die Familienpolitik ist es nicht entscheidend, ob für die Autos der Benzinpreis billiger wird, sondern für die Familienpolitik wäre es entscheidend, ob die lebensnotwendigen Waren in ihren Preisen sinken oder steigen. Das ist das Kriterium. Ihre Politik ist absolut familienfeindlich, sie ist eine Politik, die noch weiter die Tendenz stärken wird, daß der Geburtenrückgang anhält. Wir sehen, daß es die Österreichische Volkspartei — das muß man sagen — ausgezeichnet verstanden hat, ihren Willen auf allen Gebieten durchzusetzen. Man spricht hier immer vom kleinen Mann. Das Gesetz aber, das hier im Landtag gegen den Verkauf von Waren in den Betrieben beschlossen wurde, zeigt wieder, wie Ihre ganze Einstellung zum kleinen Mann ist, es bestätigt nur das, was man in der allgemeinen Politik sieht und empfindet. Die Volkspartei hat zweifellos in den vergangenen Jahren ihre ganze Kraft darangesetzt, daß ihre Politik hier tatsächlich zur Durchführung gekommen ist. Daß ihr das zu einem so großen Teile gelungen ist, verdankt sie allerdings der Unterstützung ihres Koalitionspartners. Die Kollegen von der Sozialistischen Partei erklären immer wieder den Arbeitern draußen, was für ein Segen die Koalition für die Arbeiter ist. Dieser Segen müßte aber bei den Löhnen beginnen! Ich habe schon ausgeführt,

wie es mit den Löhnen aussieht. Wir haben jetzt in Österreich durch zehn Jahre eine Koalitionsregierung. In diesen zehn Jahren ist aber das Realeinkommen des österreichischen Arbeiters an die drittletzte Stelle des Realeinkommens der europäischen Arbeiter gesunken. Das internationale Arbeitsamt und das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung — beides keine kommunistischen Einrichtungen, das internationale Arbeitsamt ist sogar ein Teil der UNO-Organisation — haben festgestellt, daß der österreichische Arbeiter und Angestellte trotz höchster Qualifikation in seinem Realeinkommen nur noch über dem griechischen und spanischen Arbeiter steht, während die Arbeiter aller anderen Länder ein höheres Realeinkommen haben, als der österreichische Arbeiter. Das ist die Folge einer zehnjährigen Koalitionspolitik!

Wenn wir die jetzige Konjunktur mit der Krise in der ersten Republik vergleichen — damals war manches schon an der Politik der SPÖ. faul, was letzten Endes zum Zusammenbruch geführt hat —, so müssen wir sagen, daß damals die Situation günstiger gewesen ist, obwohl die SPÖ. nicht in der Koalition, sondern in der Opposition gestanden ist. Jetzt ist die Situation so, daß die SPÖ.-Fraktion in allen Fragen die Arbeiterinteressen beiseite stellt, wenn es darum geht, die Koalitionsinteressen aufrecht zu erhalten. Es tritt alles andere zurück, ob das nun bei den Beschlüssen im Parlament der Fall ist — wir können eine ganze Reihe aufzählen — oder ob das bei den Beschlüssen hier im Landtag selbst der Fall ist. Wir haben es doch zum Beispiel gestern beim Beschluß über die Niogas erlebt, diesem Schandfleck der sozialistischen Abgeordneten. Lesen Sie doch heute die „Arbeiter-Zeitung", die traut sich ja nicht einmal zu schreiben, wie Sie *(zur Seite der SPÖ. gewendet)* gestimmt haben, weil selbst sie nicht mehr das Schmähliche Ihrer Politik der Öffentlichkeit preisgeben kann. Lesen Sie doch selber, wie die Darstellung ist, wie Sie sich selber schämen, Ihre Abstimmung in der Öffentlichkeit zuzugeben! *(Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp.)* Ich warte eh auf deine Aufklärung, ihr habt ja schon lang obigschobn. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Pülchermanieren!)* Das ist ein Allgemeinplatz! Sie als Oberlehrer sollten ein höheres Niveau haben, Sie waren doch einmal ein Jugenderzieher! Wenn man so erzieht . . . *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wenn du das Produkt meiner Erziehung wärst, wäre ich traurig!)* Es gibt einige bei euch, die stolz sind, daß ich ihr Produkt bin, ich will dich nicht daran erinnern. Da sei lieber ruhig und ich auch! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Eines habe ich gelernt, das muß ich euch bestätigen, nämlich, daß man mit einer solchen Politik, wie ihr sie macht *(Landesrat Stika: Keine Volksdemokratie errichten kann!)*, nur Schiffbruch erleiden kann. Nein Stika, mit dir machen wir keine Volksfront, das machen wir nur mit anständigen Kumpeln, aber mit einem Stika nicht, das gebe ich dir schriftlich, wenn du es haben willst. *(Neuerliche Zwischenrufe des Landesrates Stika.)* Aber schau her, wer ist denn in der Koalition? Ist das die SPÖ. oder sind das wir? Wer sitzt denn zehn Jahre beieinander, wer geht denn zehn Jahre immer in die Knie, wenn die anderen einer Pfaucher machen, wer hat die Hosen voll, wenn die anderen sagen, wenn ihr nicht ruhig seid, so werdet ihr etwas erleben. *(Zwischenrufe des Landesrates Stika. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist das Niveau des niederösterreichischen Landtages!)* Schau Stika, mit dir machen wir keine Volksfront! *(Landesrat Stika: Ich habe gar keine Lust dazu!)* Nun, die Lust war einmal schon sehr nahe, sag' das nicht, so leichtfertig sollst du nicht sein! Wenn du das mitgemacht hättest, was wir mitgemacht haben, dann könnstest du mitreden.

Wir sehen also, wohin diese gemeinsame Politik der Koalition führt, in der es die ÖVP. ausgezeichnet versteht, die Interessen ihrer Partei durchzudrücken und die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen, dies nur deshalb, weil sie sich auf die Unterstützung des sozialistischen Koalitionspartners stützen kann. Diese ganze Politik ist auch eine der Ursachen, daß sich heute Niederösterreich in so einer finanziell schlechten Situation befindet, einer Situation, der sogar im Parlament, wo sie zur Sprache gekommen ist, der Stempel aufgedrückt wurde. Was sind aber die weiteren Ursachen dieser Situation? Da muß man 10 Jahre zurückgehen, als Niederösterreich wiedererstanden war. Damals war es die Ostzone, vor allem aber Niederösterreich, das fast ausschließlich die finanziellen Leistungen für die Errichtung der Zentralgewalt im Bundesstaate erbrachte. Die Einnahmen dieser Ostzone von damals waren es, die die Durchführung der Aufgaben der ersten Bundesregierung ermöglicht haben. Die westlichen Bundesländer haben ihre Einnahmen zur Gänze für sich behalten. Erst in der zweiten Hälfte 1946, zum Großteil erst 1947, haben auch sie den Anteil des Bundes an ihren Steuereinnahmen an die Bundesregierung abgeführt. Klarerweise waren die westlichen Länder, die über die gesamten Steuereinnahmen verfügten, in einer besseren Ausgangsposition als Niederösterreich. Sie haben damals schon eine Reihe Aufgaben lösen können und Arbeiten durchführen können, die Niederösterreich lange nicht hat durchführen können, weil es seinen Verpflichtungen gegenüber Gesamtösterreich nachgekommen ist. Es wäre daher nur recht und billig gewesen, in den darauf folgenden Jahren einen bestimmten Ausgleich zu schaffen zwischen diesen überhöhten Leistungen Niederösterreichs in den ersten zwei Jahren und den Minderleistungen der westlichen

Bundesländer in der gleichen Zeit. Niederösterreich war auch das Land, auf dessen Gebiet der Krieg zu Ende gegangen ist, das die schwersten Bombenangriffe erlebt hat und daher die größten Bombenschäden aufzuweisen hatte. Der Herr Landeshauptmann hat selbst erst kürzlich in einer Rede zugestanden, daß 35 Prozent der österreichischen Kriegsschäden auf Niederösterreich entfallen. Man hat uns in den Jahren 1946 und 1947 von Seite der Bundesregierung und von Seite des Finanzministers immer wieder versprochen, daß Niederösterrich, das was es jetzt zahle, später einmal ersetzt und rückvergütet bekomme. Aber dann hat man plötzlich aufgehört davon zu reden, man hat vielmehr erklärt: Ihr bekommt keinen Groschen, das ist nicht Angelegenheit der Bundesregierung, das ist eure eigene Angelegenheit. Und dann hat die verhängnisvolle Koordinierung der Politik der österreichischen Bundesregierung auf die Politik der Unterstützung des Kalten Krieges begonnen, des Kalten Krieges, der seinen unheilvollen Ausdruck in der Benachteiligung Niederösterreichs durch die Bundesregierung gefunden hat. Ich stimme hier mit dem Herrn Präsidenten Sassmann überein, der in seiner Festrede in der Sitzung des Landtages vor einer Woche erklärt hat, daß die Benachteiligung Niederösterreichs nicht aus der Böswilligkeit einzelner, sondern aus den widrigen Umständen der politischen Verhältnisse erfolgt ist. Diese widrigen Umstände der politischen Verhältnisse, das war die Orientierung auf den Kalten Krieg, das war die Orientierung auf die Benachteiligung Niederösterreichs, die noch bis heute andauert. Wir kennen die Folgen dieser Orientierung, wir wissen wie unser Land hintangesetzt wurde bei der ganzen Wirtschaftsentwicklung, bei der Zuteilung der Mittel für die Straßenerhaltung, bei der ungerechten Aufteilung der Mineralölsteuer und ihrem Aufbauzuschlag, bei der unser Bundesland einfach übergangen worden ist. Auch bei der Frage der Aufteilung der Mittel des Wohnhauswiederaufbaufonds, wo Niederösterreich nur einen Bruchteil dessen erhalten hat, was es auf Grund der Kriegsschäden hätte erhalten sollen. Ich frage hier die beiden Vertreter Niederösterreichs im Wohnhauswiederaufbaufonds, den Herrn Landesrat Müllner und den Herrn Landesrat Stika, was sie dort unternommen haben gegen die Benachteiligung Niederösterreichs, das nur mit 9 Prozent an den Fondseinnahmen beteiligt worden ist, während doch Landeshauptmann Steinböck selbst zugibt, daß 35 Prozent der Kriegsschäden auf Niederösterreich allein entfallen. Geschwiegen haben sie! Durch die Unterstützung des Kalten Krieges bewegt sich diese ganze Frage der Benachteiligung Niederösterreichs gleichsam wie in einem Teufelskreis, aus dem man nicht mehr herauskommt. Seit einem halben Jahr sind die Besatzungstruppen weg und nichts hat sich in der ganzen Frage dieser Benachteiligung geändert. Das eine ist klar, wenn man einmal jemandem etwas weggenommen und anderen gegeben hat, dann wehren sich die anderen, wenn sie durch eine gerechte Aufteilung etwas zurückgeben sollen. Geändert hat sich nur das eine, nämlich, daß hier in der letzten Zeit in stärkerem Ausmaß diese Tatsachen, die wir von der Volksopposition all die Jahre hindurch immer wieder aufgezeigt haben und die von Ihnen seinerzeit nicht mitunterstützt worden sind, jetzt in der Öffentlichkeit aufgezeigt werden. Das ist die einzige Änderung, aber reden allein genügt nicht. Die Regierungsparteien in der Bundesregierung und im Parlament besitzen doch soviel Macht und Einfluß, sodaß sie durchaus in der Lage wären, die Benachteiligung Niederösterreichs wirklich zu beseitigen.

Wir wissen, daß sich aus dieser Situation heraus in Niederösterreich eine ganze Reihe von Notstandsgebieten entwickelt haben. Im Wiener-Neustädter-Raum, im Triestingtal und im Waldviertel sind Gebiete entstanden, in denen die Arbeitslosigkeit zu einem Dauerzustand geworden ist. Hier müssen meiner Meinung nach alle die Versprechungen eingelöst werden, die man in den vergangenen 10 Jahren den Bewohnern dieser Gebiete gemacht hat, denn es fällt jetzt die ewige Ausrede weg: Was können denn wir machen, solange wir besetzt sind!? Jetzt gilt es zu beweisen, daß es seinerzeit nicht leere Propagandaversprechungen gewesen sind und daß jetzt diesen Notstandsgebieten tatsächlich Hilfe zuteil wird.

Wir haben hier im Landtag sehr viel von der Freiheit und von der Demokratie in den vergangenen Jahren gehört. Das abgelaufene halbe Jahr, die Monate seit April, haben aber großen Teilen der Bevölkerung in Niederösterreich gezeigt, wie Ihre Vorstellung von Freiheit und Demokratie aussieht. Was sich hier in den letzten Monaten abgespielt hat, muß man einmal niederschreiben, weil es mit Demokratie nichts zu tun hat. Begonnen hat es mit den ersten Versuchen, als man sagte, die Kommunisten sollen ausradiert werden. Na, wir haben darüber gelacht, denn dasselbe Wort habe ich schon bei der großen Führerrede im Jahre 1941 gehört, als die deutschen Truppen vor Moskau gestanden sind. Damals hat Hitler gesagt, daß er den Weltbolschewismus ausradieren wird. Inzwischen ist aber das kommunistische Lager von 180 auf 800 Millionen Menschen angewachsen, nur der „Ausradierer" liegt irgendwo auf dem Misthaufen der Weltgeschichte. Glauben Sie, daß es den jetzigen „Ausradierern" anders gehen wird? Sie werden sehen, daß man die Kommunisten nicht so einfach „ausradieren" kann. Man versuchte es weiters mit verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen und Einschüchterungsversuchen, wie sie in den ehemaligen USIA-Betrieben angewendet werden, wo man zu den Leuten hingeht und sagt: „Was, du liest noch die

‚Volksstimme'? Sehr gut! Das müssen wir uns merken!" Mit solchen und ähnlichen Methoden wird hier vorgegangen.

Ich habe einige Erfahrung, wie man Menschen verfolgt, die eine Idee vertreten. Ich war im Jahre 1934 eingesperrt und sollte vor das Standgericht kommen. Ich kenne die Grausamkeiten des österreichischen grün-weißen und schwarzen Faschismus. Ich bin lange genug im Konzentrationslager Hitlers gesessen, um auch die Bestialitäten zu kennen, die dort verübt wurden. Aber so eine schleimige, biedermännische, verlogene, hinterfotzige Verfolgung habe ich all die Jahre nicht kennengelernt, wie sie gerade von Ihnen jetzt im Namen der Demokratie zur Durchführung kommt. Sie werden ebenso wenig Erfolg damit haben, wie die Vorhergegangenen Erfolg gehabt haben, denn vergessen Sie das eine nicht: Hitler hat ein starkes Gebiß und gute Zähne gehabt, er hat uns nicht zerbeißen können. Wie wollen Sie uns mit Ihrem falschen Gebiß zerbeißen? Da geht wahrscheinlich das Gebiß dabei darauf! *(Abg. Endl: Du bist uns viel zu zäh!)* Jawohl, das ist richtig, wir sind viel zu zäh dazu. Wir sind nicht so weiche, müde Funktionäre, die schon umfallen, wenn der andere nur einen Blaser macht. Wir werden härter, immer härter, je härter man uns anfaßt.

Weil wir Vertrauen in die Arbeiterklasse haben, wissen wir und sind wir überzeugt davon, daß Ihre Methode Schiffbruch erleiden wird, wie Sie ja den Beweis bei den Wiener Straßenbahnern erlebt haben. *(Abg. Gerhartl: Wie beim USIA-Terror!)* Geh schau, du Tepp du, was verstehst du von Terror! *(Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Zehn Jahre hindurch hat man versucht, die Kommunisten zu unterdrücken, zehn Jahre hat man versucht, sie mundtot zu machen und niederzudrücken. Die Straßenbahner haben als erste die Verlogenheit der Politik der Gewerkschaftsführung und letzten Endes der Wiener Gemeindeverwaltung erkannt.

Hiezu auch ein Wort über das Verhalten der Gewerkschaftsführer, wobei ich unterstreichen möchte, daß wir die Gewerkschaft an sich als eine unbedingte Notwendigkeit betrachten, ohne die die Arbeiterklasse ihren Kampf überhaupt nicht führen kann. Wenn wir gegen Leute aus der Gewerkschaftsführung Stellung nehmen, so deshalb, weil sie oftmals nicht auf seiten der Arbeiterschaft, sondern auf seiten der Unternehmer stehen, wie wir es in einer Reihe von USIA-Betrieben — der Abg. Fuchs weiß das genau! — erlebt haben, wo die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den öffentlichen Verwaltern gegen die Arbeiterschaft Stellung genommen haben. Das kommt daher, weil durch die Koalitionspolitik in Österreich die ganze Gewerkschaftsführung ihre Politik nicht mehr durchführen kann, weil sie abhängig geworden ist von den Bedingungen der Koalition. Und es ist ganz klar und einleuchtend, daß unter solchen Verhältnissen die Arbeiterschaft dabei den kürzeren ziehen muß, wie es die Lohnverhältnisse, wie es die Profitverhältnisse und wie es überhaupt die ganze politische Entwicklung in Österreich bestätigen.

Wir sehen, daß das Budget eine Reihe von Kürzungen beinhaltet, von Kürzungen, die vor allem auf sozialem Gebiet, beim Gesundheitswesen, beim Schulbaufonds, beim Wohnungsbau durchgeführt werden. Wir sehen darin eine große Gefahr für die Arbeiterschaft, da diese Kürzungen zu einer Einschränkung der Arbeitsplätze in Niederösterreich führen werden. Das ganze Budget widerspiegelt die gesamte politische und wirtschaftliche Situation, in der wir uns heute in Niederösterreich befinden und die zeigt, daß dieses Österreich für die arbeitenden Menschen sehr wenig, für die Besitzenden aber sehr viel übrig hat. Und dies trotz der gegenwärtigen Situation, die wohl nicht einer Finanzkatastrophe, aber einer Finanzkrise gleichkommt. Ist diese Finanzkrise nun ein hoffnungsloser Zustand geworden? Ich glaube nicht. Ich glaube vielmehr, die Abgeordneten müssen angesichts dieser finanziellen Situation mit einem bestimmten Optimismus an die Arbeit gehen, sie müssen die Wege, die Möglichkeiten sehen, die zur Lösung dieser Finanzkrise führen können. Zweifellos ist in der jetzigen Situation eine rasche Hilfe sehr notwendig. Wer rasch gibt, gibt doppelt, sagt schon ein altes Sprichwort.

Niederösterreich hat sozusagen die Gelegenheit erhalten, durch das Angebot der Sowjetunion auf Gewährung einer Anleihe zu einem sehr niedrigen Zinsfuß, ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen, über diesen Tiefpunkt seiner Finanzen, über diese Finanzkrise hinwegzukommen. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, daß die Haltung der sozialistischen Fraktion in dieser Frage unverständlich ist. Die Völker der kapitalistischen Länder Asiens sind schon viel weiter als die SP.-Fraktion in Österreich, denn diese Völker Asiens, die durch Jahrzehnte die Segnungen der Anleihen aus der westlichen Welt und die Folgen dieser Segnungen am eigenen Leib zu spüren bekommen haben, lehnen es heute ab, vom Westen Anleihen zu nehmen, weil sie damit die Erfahrung gemacht haben, daß mit jeder Anleihe ein Stück der Unabhängigkeit, ein Stück der Souveränität ihres Landes verlorengegangen ist. *(Abg. Gerhartl: Dies gilt ebenso für die Russen!)* Die Völker Asiens wissen, daß die sowjetischen Anleihen ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen gegeben werden. Erst vor kurzem hat der ägyptische Ministerpräsident Nasser, der kein Kommunist ist — er ist weit, weit davon entfernt —, in dieser Angelegenheit einen Vergleich gezogen, bei dem er auf der einen Seite die drückenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und

auf der anderen Seite die völlige Widmungsfreiheit festgestellt hat. Es ist bezeichnend, daß sozusagen das Konzept für die Rede meines Freundes Fuchs, die er gestern gegen die Anleihe gehalten hat, der „Presse", dem Organ der amerikanischen Banken in Österreich, entnommen war. Die ganze Begründung, das Konzept seiner Rede ist aus der „Presse". Wer ist der Verfasser dieses Artikels? Der Herr Fritz Molden; dieser Fritz Molden ist der Schwiegersohn von Dulles, dem Chef der amerikanischen Spionage, dem Bruder des amerikanischen Außenministers. Er liefert also die Argumente der amerikanischen Banken über den amerikanischen Spionagechef. Er liefert die Argumente, damit die sozialistischen Abgeordneten gegen das Angebot der sowjetischen Anleihe polemisieren können. Sie werden es aber draußen verantworten müssen, wenn man den Wählern sagen wird, die Gemeinden hätten mit einem solchen Kredit Wohnungen bauen und somit das Wohnungselend lindern können. Es wäre des weiteren möglich gewesen, das Straßennetz in Niederösterreich so weit in Ordnung zu bringen, daß es vor dem Zusammenbruch gerettet worden wäre. Sie werden es weiters verantworten müssen, wenn man den Leuten draußen sagt, mit diesem Kredit wäre es zum Wohle Niederösterreichs und seiner Bevölkerung möglich gewesen, die Einrichtungen des Fremdenverkehrs zu unterstützen. Sie können die Aufnahme des Darlehens ablehnen, Sie brauchen nicht zuzustimmen. Wie aber Niederösterreich dann aus der Finanzkrise herauskommt, weiß ich nicht. Ich unterstreiche noch einmal, was ich heute schon gesagt habe: Wir werden sofort für eine Anleihe stimmen, auch wenn sie vom Westen kommt, wenn sie zu den gleichen Konditionen gegeben wird, wie die sowjetische Anleihe, das heißt also keine wirtschaftlichen, keine politischen Bedingungen, und nur 2 Prozent Verzinsung. Hier haben beide Weltsysteme die Möglichkeit, in Österreich den Friedenswettbewerb anzutreten. Beide Systeme haben die Möglichkeit zu zeigen, welches das Stärkere, welches das Bessere ist. Diesen Wettbewerb wollen wir in Österreich erleben. Setzen Sie doch alles bei Ihren Freunden in Amerika daran, daß es Ihnen auch so ein großzügiges Angebot macht, und wir werden mit den Schwierigkeiten fertig werden, die es zweifellos in Niederösterreich in großem Maße gibt. Es muß uns klar sein, daß die ganze Anleihe, auch wenn sie von Amerika zu den gleichen Bedingungen gewährt wird, nicht mehr darstellen kann, als eine Überbrückung der ganzen Schwierigkeiten. Diese Überbrückung ist aber dringend notwendig, und es muß während dieser Zeit gelingen, das ganze System der Benachteiligung Niederösterreichs zu Fall zu bringen. Es muß Niederösterreich auf allen Gebieten wirklich das verschafft werden, worauf es Anspruch hat, Anspruch kraft seiner Stellung in Gesamtösterreich, kraft der Anzahl der Bevölkerung und kraft seiner wirtschaftlichen Bedeutung in Österreich. Sie müssen auf Ihre Faktoren im Parlament und im Ministerrat einwirken und den entsprechenden Druck ausüben, damit diese Benachteiligung beseitigt wird, und Niederösterreich auf allen Gebieten, wo es bisher benachteiligt wurde, nunmehr das erhält, worauf es tatsächlich Anspruch hat.

Die Führung des Kalten Krieges hat versagt. Die Folgen des Kalten Krieges, die Folgen der Benachteiligung aber sind für die niederösterreichische Bevölkerung geblieben. Helfen Sie, lösen Sie Ihre Versprechen ein, die Sie all die Jahre gegeben haben, daß es in Niederösterreich besser werden wird, wenn der Staatsvertrag kommt. Der erste Schritt für diese Besserung muß darin bestehen, die Benachteiligung zu beseitigen, weil die Zuweisung größerer finanzieller Mittel die Voraussetzung für eine Besserung schafft.

Sie werden verstehen, daß wir aus den angeführten Gründen nicht für das Budget stimmen können. Wir haben auch in den vergangenen zehn Jahren nicht für das Budget gestimmt. Ich sage das deswegen, weil wir nicht die Kunst beherrschen, eine Stunde dagegen zu reden und eine Minute später dafür zu stimmen. Wir sind uns dessen voll bewußt, daß es sträflich wäre, wohl alle Mängel und Nachteile aufzuzeigen und trotz dieser Erkenntnis unsere Zustimmung zu geben, wie Sie es tun, meine Freunde der sozialistischen Fraktion. Sie können sich von der Verantwortung nicht drücken, denn mit Ihrer Zustimmung, die Sie dem Budget in den letzten Jahren erteilt haben, mit der Erteilung von Vollmachten an den Finanzreferenten, Landesrat Müllner, haben Sie „Ja" zu diesem ganzen Finanzsystem gesagt. Sie haben es voll und ganz unterstützt und müssen nun auch voll und ganz die Verantwortung für diese Politik tragen. Natürlich werden sich Ihre sozialistischen Parteifreunde unter den Betriebsräten des Erdölgebietes, die Ihre Einstellung in der Frage der Niogas erkannt haben, mit Recht fragen: Was hat es für einen Sinn, für die Sozialistische Partei zu stimmen? Sie werden sich sagen, die Politik macht ja doch nur die ÖVP. und wir können nur zuschauen.

Das möchte ich gesagt haben. Nicht aus Feindseligkeit, nicht aus Gehässigkeit, sondern weil mir die Arbeiterbewegung mehr ist als ein bloßes Lippenbekenntnis, weil mir die Arbeiterbewegung mehr ist, als vorher große Worte darüber zu reden und dann davonzulaufen. Das wollte ich sagen, weil ich in der schwersten Zeit der Arbeiterbewegung immer treu geblieben bin und auch in Zukunft treu bleiben werde. Ich sage das aus der Erwägung heraus, weil ich doch einigermaßen die stille Hoffnung hege — wie sich ja gestern bei der Abstimmung über die Niogas gezeigt hat —, daß Sie selbst noch so etwas wie ein proletarisches

Gewissen haben, wenn es auch bei manchen sehr verdeckt, sehr verhüllt ist. Aber dieses Gewissen wird doch eines Tages stärker sein, und Sie werden das Verhängnisvolle Ihrer Politik erkennen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL *(der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat):* Es wurde vorgeschlagen, daß jetzt die Sitzung wegen der Festsitzung im Parlament unterbrochen wird. Es wurde weiters vorgeschlagen, daß folgende Ausschüsse nunmehr zusammentreten: Der Finanzausschuß im Rittersaal, der Gemeinsame Finanzausschuß und Schulausschuß ebenfalls im Rittersaal, der Kommunalausschuß zur Nominierungssitzung im Prälatensaal, der Wirtschaftsausschuß im Prälatensaal, der Gemeinsame Gesundheitsausschuß und Fürsorgeausschuß im Herrensaal.

Ich bitte die Herren Abgeordneten, sich gleich zu den Ausschußsitzungen zu begeben. Die Sitzung wird bis 13 Uhr 30 Min. unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung um 10 Uhr 10 Min.)

PRÄSIDENT SASSMANN *(um 13 Uhr 30 Minuten):* Ich nehme die Sitzung wieder auf. Als nächstem Redner zur Generaldebatte erteile ich dem Herrn Abg. Hilgarth das Wort.

ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Der niederösterreichische Landtag steht nun, nachdem er zehn Jahre unter Vormundschaft war, erstmalig vor der Tatsache, daß er sein Budget in einer freien Zeit frei beschließen kann. Es ist angezeigt, daß wir uns heute an diese Tatsache erinnern, obwohl wir erst vor einigen Wochen in diesem Hohen Hause die entsprechende Festsitzung abgehalten haben. Der Herr Finanzreferent hat bereits in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß das autonome Land auch einen autonomen Voranschlag für das kommende Jahr zu erstellen hat, und er hat dabei auf jene Einschränkungen hingewiesen, die trotz der vollkommenen Befriedung unseres Landes gerade auf diesem wichtigsten Kapitel, das der Landtag zu erledigen hat, auch heute noch, aber aus anderen Gründen, bestehen. Gerade wir Niederösterreicher haben die meiste Berechtigung zu sagen, daß der Staatsvertrag für uns einen Schlußpunkt unter eine wichtige Entwicklungsphase unseres Heimatlandes gesetzt hat. Wenn auch heute der Herr Abgeordnete Dubovsky in seiner Rede eine Wendung gebrauchte, die diese Freude einschränkt, so möchte ich darauf eine kurze Erwiderung geben. Er hat wortwörtlich erklärt: Die Bevölkerung Niederösterreichs hat keine Ursache zu feiern.

Mitglieder des Hohen Hauses! Ich glaube, daß bald keine Behauptung nach der zehnjährigen Vergangenheit und einer langjährigen Erfahrung so leichtfertig ausgesprochen wurde, als wie das Wort, daß sich die niederösterreichische Bevölkerung nicht über diesen Zustand freuen dürfte und daß sie keinen Anlaß zum Feiern hätte. Ich würde an Sie nur die Einladung richten, sich einmal nach Deutsch-Wagram zu begeben, um die dortige Bevölkerung zu fragen, ob sie sich nicht freut, endlich befreit zu sein. Ich möchte ebenso auf die Bevölkerung der Stadtgemeinde Baden verweisen, aber auch auf alle jene Kreise, die bis heute unter dem Druck der Denunziation gelitten haben. Ich möchte nicht alle einzelnen Fälle aufzählen. Ich will nur darauf hinweisen, daß das Personal des Landes, zum Beispiel in Mauer-Öhling, ein Lied von der Not singen könnte, die sie durch zehn Jahre miterlebt hat. Und auch die Mitglieder des Hohen Landtages waren nicht davon ausgeschlossen, in das hineinzubeißen, was das härteste Schicksal ist. In diesen vergangenen zehn Jahren wurden auch freigewählte, durch die Immunität geschützte Abgeordnete dieses Landes auf Grund von Denunziationen ins Ausland transportiert. Einer von ihnen kam nicht mehr zurück, und der zweite kehrte mit solchen gesundheitlichen Schäden in die Heimat wieder, daß es ihm für die Zukunft unmöglich ist, am öffentlichen Leben des Landes und seiner Bevölkerung teilzunehmen. Wenn daher die Behauptung aufgestellt wird, daß die niederösterreichische Bevölkerung keine Ursache hätte, zu feiern, dann glaube ich, ist die überwiegende Mehrheit dieses Hauses einer wesentlich anderen Meinung. Wir können mit den Worten des Herrn Präsidenten, die er in der Festsitzung gesprochen hat, feststellen: Jawohl, Niederösterreich freut sich über diese Befreiung, es hat Ursache, dies zu tun, und es dankt allen Männern, die dazu beigetragen haben, sowohl durch ihr Ausharren im Lande wie aber auch durch ihre Tat in der Bundesregierung, diesen Zustand endlich herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es steht freilich der Voranschlag für das Jahr 1956 unter einer ganz besonderen Sicht. Der Staatsvertrag ist abgeschlossen, die kühnsten Hoffnungen, die wir vielleicht vor einem Jahr gehabt haben, sind erfüllt worden. Man möchte fast glauben, daß es unmöglich war, in diesem Jahr die endgültige Befreiung herbeizuführen. Wer hier in diesem Landtage vor einem Jahr die Behauptung aufgestellt hätte, wir sprechen das nächste Mal in einem freien Land Niederösterreich, von dem hätte man fast geglaubt, daß er nicht ganz bei Sinnen wäre. Wir haben aber zur Vervollständigung dieser Befreiung in den letzten Tagen noch etwas erleben dürfen, was uns als Österreicher freut, was uns aber speziell als Niederösterreicher mit Befriedigung erfüllt, nämlich, unser Heimatland und unser Vaterland ist nicht nur befreit, sondern dieses Vaterland wurde nun auch als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund der Völkerfamilie, der UNO, aufgenommen. Ich glaube wohl, daß diese beiden Ereignisse allein genügend Grund gewesen wären, sich über den

Ablauf des Jahres 1955 zu freuen und daß sie Ursache gegeben haben, in Niederösterreich wirklich zu feiern.

Ich weiß aber ganz gut, daß der Herr Abgeordnete Dubovsky hier etwas unausgesprochen gelassen hat, und zwar hat er an den Voranschlag des Jahres 1956 gedacht. Es wäre aber klarer gewesen, wenn er die Trennung zwischen der Freude der niederösterreichischen Bevölkerung über die Ereignisse des Jahres 1955 und über die Vorlage des Voranschlages 1956 deutlicher zum Ausdruck gebracht hätte. So wie dieser Voranschlag für das Jahr 1956 unter den beiden Eindrücken des Abschlusses des Staatsvertrages und der Aufnahme unserer Heimat in die UNO steht, so steht dieser Voranschlag auch unter dem Stern der geringsten Arbeitslosigkeit, die wir im Laufe des Bestehens Österreichs seit 1918 überhaupt feststellen können. Mit diesem niedrigsten Stand an Arbeitslosigkeit hängt auch die Konjunkturwelle zusammen, in der sich derzeit unser Heimatland und unser Vaterland befindet. Nun sieht es fast wie ein Widerspruch aus, daß trotz dieser politischen und dieser günstigen wirtschaftlichen Entwicklung das Land Niederösterreich mit einem Voranschlag an den Landtag herantreten muß, der gerade alle diese Vorteile, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, scheinbar zunichte macht. Hier müssen wir die besondere Lage Niederösterreichs hervorheben, denn so wie die Dinge in den Reden, die wir gestern hier hörten, geschildert wurden, liegen sie in Wirklichkeit nicht. Wenn von der ganz linken Seite versucht wurde, hervorzuheben, daß wir eigentlich in dieser zehnjährigen Periode sehr viel unserer Besatzungsmacht zu verdanken gehabt hätten, dann müssen wir aber auch das richtig aufzählen, was wir gerade durch diese Besetzung an Schäden in Niederösterreich erlitten haben. Wir kennen sie alle. Wenn wir hier nur das Beispiel Mauer-Öhling anführen, so wissen die eingeweihten Kreise dieses Hauses — und der Finanzkontrollausschuß hat an Ort und Stelle Gelegenheit gehabt, es festzustellen —, daß die Reparaturs- und Erneuerungskosten an dieser einzigen Anstalt *(Abg. Dubovsky: Zentralheizung!)* — nicht nur Zentralheizung, Herr Abg. Dubovsky — den Betrag *(Zwischenruf: Veraltete Kessel!)* von 64 Millionen einschließlich der Kosten der Zentralheizung verschlingen würde. Doch über diese Angelegenheit werden wir uns bei der Spezialdebatte unterhalten. Herr Abg. Dubovsky, es wäre interessant, wenn Sie sich jene Pavillons der Anstalt anschauen würden, die jetzt zehn Jahre nicht in niederösterreichischer Verwaltung gestanden sind, und Sie würden nicht nur von der Zentralheizung, sondern auch von anderen Schäden sprechen, die dort entstanden sind, wobei ich noch berücksichtige, daß man Soldaten nicht mit Kindern vergleichen kann. Aber unter einer militärischen Disziplin hätten wir uns eine andere Instandhaltung der Objekte vorgestellt, als wir sie tatsächlich sowohl in Bruck a. d. L., in Mauer-Öhling und in Mödling in der Hyrtl'schen Waisenanstalt angetroffen haben. Daher ist es klar, daß das Land Niederösterreich heute und gerade zu Beginn des Jahres 1956 vor so ungeheuren finanziellen Anforderungen steht, die einfach in einem Jahr beim besten Willen, bei der besten Konjunktur und trotz der erhöhten Steuereingänge nicht zu befriedigen sind. Ich glaube aber wohl, daß diese Schäden nicht nur die öffentliche Hand getroffen haben, sondern daß solche Schäden vielfach auch im privaten Leben feststellbar waren.

Wenn ein Vergleich mit den anderen Bundesländern gezogen wird, dann hinkt dieser Vergleich, wenn gestern behauptet wurde, die teuren ERP.-Kredite mit 4 Prozent Verzinsung wären eine drückende Last gegenüber jenem Angebot, über das gestern debattiert wurde und bei dem von nur 2 Prozent Verzinsung die Rede war. Es war vollkommen richtig, daß der Herr Landeshauptmann zum gegebenen Zeitpunkt ein 7-Punkte-Programm aufgestellt hat und daß dieses 7-Punkte-Programm der Bundesregierung als eine Wiedergutmachungsforderung für Niederösterreich vorgelegt wurde. Die Schwierigkeiten bei der Erfüllung dieser Forderungen sind uns auch allen bekannt. Aber ich muß schon sagen, daß hier gestern Reden gehalten wurden, die in uns vielfach den Zweifel aufkommen ließen, ob es sich um Abgeordnete des niederösterreichischen Landtages oder um solche von anderen gesetzgebenden Körperschaften im Bundesgebiet handelt.

Wenn die westlichen Bundesländer interessanterweise auch Forderungen — und zwar fast zu gleicher Zeit wie wir — an die Bundesregierung gestellt haben und diese Forderungen als Staatsvertrags-Schadenswiedergutmachungen bezeichnet wurden, so werden wir in Niederösterreich für eine solche Forderung nicht das geringste Verständnis aufbringen. In den letzten zehn Jahren wäre ein Vergleich Niederösterreichs mit den westlichen Bundesländern nicht auszuhalten gewesen. In jener Zeit, wo aus unserer niederösterreichischen Wirtschaft die Produkte und die Rohmaterialien nach dem Osten ausgeführt wurden, mußte dafür gesorgt werden, daß in den Westen wieder soviel hineinfloß, um das Gesamtvolumen des österreichischen Volksvermögens wenigstens nicht absinken zu lassen, wenn es auch schon, trotz des Fleißes aller Berufstätigen in dieser Zeit, nicht wesentlich erhöht werden konnte. Ich spreche nun im Namen meiner Partei, wenn ich erkläre, daß wir uns bei den Forderungen der westlichen Bundesländer ruhig auf den Standpunkt stellen können, es möge ein Vergleich der Schäden, aber auch der Vorteile, die die westlichen Bundesländer während der Zeit der Besetzung genossen haben,

vorgenommen werden. Wir sind für die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz auf diesem Gebiet. Aber es wird wesentlich sein, welcher Stichtag für diese Eröffnungsbilanz gewählt werden soll, denn wir Niederösterreicher wünschen, daß diese Eröffnungsbilanz mit all ihrem Soll und Haben nicht mit dem 25. Oktober 1955, sondern mit dem 1. April 1945 zu Buche zu stellen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn dann weiter gesagt wurde, daß die Schwierigkeiten des Landes Niederösterreich sich hauptsächlich aus der Finanzpolitik der Regierung ergeben und diese Schwierigkeiten die Ursache waren, daß die bescheidenen Wünsche der Referate, die zuerst erfüllt wurden, im Finanzausschuß abgelehnt werden mußten, dann muß gesagt werden, daß das eine vollkommene Irreführung der Öffentlichkeit ist, denn ich sage Ihnen, die Finanzpolitik, die die Bundesregierung betrieben hat, hat zu Erfolgen geführt und es kann niemand abstreiten, welch gute finanzielle und wirtschaftliche Lage wir heute gegenüber den Jahren nach 1945 haben. Wer das nicht einsieht, der tritt der tatsächlichen Entwicklung bewußt entgegen. Wenn wir — und hier gebrauche ich das Wort: Koalitionsparteien — vielleicht auch über den Weg, der beschritten werden mußte, nicht immer einig waren, so war doch die Einheit des Willens, einen österreichischen Schilling als wertbeständige Währung zu erreichen, allen Berufsschichten gleich, und daß dies Kamitz mit Raab, oft unter großen Widerständen, durchgeführt hat, ist unbestreitbar. Wenn ich auf die anderen Reden auf diesem Gebiet verweise, so möchte ich sagen, daß es zuerst niemand für möglich gehalten hat, daß in der Zeit, in der wir momentan leben, einmal eine Sperre der Kredite notwendig werden würde, um die Konjunktur nicht übermäßig anschwellen zu lassen und um auf dem Gebiete der Löhne und Preise in stabilen Verhältnissen zu bleiben. Wir wissen, daß diesbezüglich die größten Anstrengungen in den letzten Wochen gemacht und auch erfolgreich durchgeführt wurden. Ich sage Ihnen, daß gerade jener Teil der Menschen, der vom wöchentlichen oder monatlichen Einkommen leben muß, das größte Interesse daran hat — und zwar ohne Rücksicht auf ihre politische Zugehörigkeit —, daß die Stabilität der Währung der oberste Grundsatz unserer ganzen Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt, denn es ist den Angestellten und Arbeitern unmöglich, das irgendwie auszugleichen, was ihnen entweder durch eine überspannte Teuerung oder schleichende Inflation von ihrem Reallohn genommen wird. Damit nun diese stabilen Verhältnisse erhalten bleiben, hat die Bundesregierung dafür gesorgt, daß der Ausgleich im Voranschlag für das Jahr 1956 trotz der Belastungen, die durch den Abschluß des Staatsvertrages entstanden sind, aufrechterhalten bleibt. Diese Belastungen sind nicht nur dadurch entstanden, daß ein Bundesheer wieder aufgestellt wird, sondern diese Belastungen sind auch dadurch entstanden, daß wir uns unsere Freiheit und natürlich auch die niederösterreichische Freiheit, schwer erkaufen mußten.

Wenn gestern Fragen über die Niogas und in diesem Zusammenhang Fragen über die Erdölgewinnung, die Erdölverwertung und den Vertrieb der Erdölprodukte aufgeworfen wurden, so glaube ich feststellen zu müssen, daß es offensichtlich unrichtig ist, wenn in Versammlungen behauptet wird, daß diese Erdölbetriebe uns Österreichern geschenkt wurden. Wenn einer von uns als Privater ein solches Geschenk erhalten würde, dann könnte er zusperren und nach Hause gehen.

Wenn gestern auch der Staatsvertrag und der Vertrag von Potsdam erwähnt wurden und mit diesen Verträgen das Recht auf westliche und östliche Erwerbungen begründet wurde, so können wir als Niederösterreicher nur eines feststellen: Nicht der Vertrag von Potsdam und nicht der Staatsvertrag geben uns ein Recht auf diese Bodenschätze, die hier vorkommen, sondern diese Bodenschätze sind, das kann doch niemand bestreiten, Produkte, die im niederösterreichischen Boden lagern. Jede Fiktion, diese Bodenschätze als Deutsches Eigentum anzusehen, ist nicht gerechtfertigt. Man hat aus dieser Fiktion Rechte abgeleitet, die tatsächlich niemals begründet waren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Trotzdem haben wir die Lasten auf uns genommen. Es ist jedoch frivol, von einem Geschenk zu sprechen, wenn wir für Betriebe, die durch zehn Jahre in ihren Investitionen vernachlässigt wurden und deren Einrichtungen veraltet geblieben sind, allein 150 Millionen Dollar zu bezahlen haben. Es ist weiter frivol, von einem Geschenk zu sprechen, wenn wir verpflichtet sind, jährlich 1 Million Tonnen des Erdöls, das aus dem niederösterreichischen Boden fließt, durch zehn Jahre hindurch an jene Macht abzuliefern, die sich in Potsdam ein verbrieftes Recht auf das sogenannte Deutsche Eigentum an den österreichischen Erdölfeldern und den niederösterreichischen Produkten geben ließ.

Meine Herren! Die Behandlung, die wir erfahren haben, ist uns eine Lehre. Vor einigen Jahren und noch vor einem Jahr, als wir über diese Zustände gesprochen hatten, haben wir erleben müssen, daß die stenographische Niederschrift einzelner Reden von Angehörigen der Besatzungsmacht, die oben auf der Galerie dieses Saales gesessen sind, eine Stunde nach dieser Rede angefordert wurde. *(Rufe bei der ÖVP.: Sehr richtig!)* Na glauben Sie, daß die sich diese stenographischen Protokolle als eine Lektüre zur Belustigung haben geben lassen? Oder sollten in diesen Protokollen nicht vielmehr Fangangeln gesucht werden, um den einen oder anderen außer Landes

transportieren zu können, wie das seinerzeit tatsächlich geschehen ist? *(Abg. Lauscher: Meinen Sie die Stüber-Rede über Schuschnigg? — Ruf bei der ÖVP.: Verteidigen Sie das, Herr Lauscher?)* Sagen Sie nicht das Wort Schuschnigg im Zusammenhang mit der Rede des Herrn Abg. Dubovsky! Denn so ein Loblied auf die Systemzeit habe ich nicht einmal von unseren Leuten gehört, wie es hier der Abg. Dubovsky im Landhaus in aller Öffentlichkeit gesungen hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.)* Ich gehe gleich darauf ein, lieber Kollege Dubovsky! Bei aller Freundlichkeit: aber in diesem Hause fängt man mit Speck keine Mäuse, auf gar keinen Fall! *(Heiterkeit. — Abg. Lauscher: Ihr ward von 1934 bis 1938 die Wegbereiter Hitlers! Jetzt seid ihr die Unschuldigen!)*

PRÄSIDENT SASSMANN *(das Glockenzeichen gebend):* Bitte keine Zwiegespräche!

ABG. HILGARTH *(fortsetzend):* Darauf etwas zu sagen, ist überflüssig. Unsere Vertreter waren 1938 die ersten Opfer, die unter die Räder kamen. *(Abg. Dubovsky: Die ersten Opfer waren wir!)* Reden wir nicht davon, sondern reden wir jetzt davon, was Sie heute vormittag gesagt haben. Sie haben wortwörtlich erklärt: 1.40 S war der Stundenlohn eines Werkzeugmachers. *(Abg. Dubovsky: 1.50 S!)* Also 1.40 S netto! *(Abg. Dubovsky: Nicht in der Schuschnigg-Zeit, sondern vorher!)* Das ist ganz gleichgültig! *(Abg. Dipl.-Ing. Hirmann: „1937" hat er gesagt!)* Sie sagten, dafür haben Sie 1 kg Speck bekommen. *(Abg. Dubovsky: Ja!)* Es war das sehr schön, was Sie noch weiter über diese Zeit gesagt haben, Herr Abg. Dubovsky! *(Abg. Lauscher: Reden wir über die Arbeitslosen, die wir damals gehabt haben!)* Das ist ja der springende Punkt, den der Herr Abg. Dubovsky eben nicht erwähnt hat und was ich jetzt ergänzen wollte. Ich wollte darauf hinweisen, daß man einen Vergleich nicht mit ungleichen Verhältnissen anstellen darf. In der Mathematik gibt es einen Grundsatz: Man kann Gleiches nur mit Gleichem vergleichen. Das hätte natürlich auch heute vormittag der Fall sein müssen, wenn darauf hingewiesen wurde, daß tatsächlich diese Wochenlöhne zur Auszahlung gelangten. *(Abg. Dubovsky: Zu der Zeit, als die Arbeitslosen waren, war der Stundenlohn viel höher als heute! — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Wir haben nicht vergessen, welche Schattenseiten es damals gegeben hat. Unter diesen Schattenseiten haben nicht nur die Menschen gelitten, die einer linksgerichteten Partei angehört haben, sondern die Arbeitslosigkeit war auch für die Beschäftigten unserer Seite dieselbe Geißel wie für die anderen. Daher fühlen wir uns berechtigt, auch im Namen dieser Menschen zu sprechen. *(Abg. Dubovsky: Warum! haben Sie damals nicht Ihre Fähigkeiten gezeigt? Wo war damals Ihre Wirtschaftskunst?)* Sie haben gesagt: Um 1.40 S hat man ein Kilogramm Speck bekommen. Von dieser Feststellung werde ich nicht abgehen. Nun glaube ich wohl, daß sich zwischen dem Jahr 1937 und der heutigen Zeit Dinge abgespielt haben, die sonst in Jahrhunderten sich nicht ereignen. Und was heute vielleicht sich in einem anderen Stundenlohn ausdrückt, Herr Abg. Dubovsky, wurde durch manches andere wettgemacht *(Abg. Dubovsky: Durch was?)*, was den Arbeitnehmern zum Vorteil gereicht. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, das läßt sich nicht bestreiten. *(Abg. Dubovsky: Sie wird aber wieder kommen!)* Die Sozialgesetzgebung ist verbessert worden. Das kostet Geld. *(Abg. Dubovsky: Die Arbeitslosenunterstützung braucht man nicht zu zahlen, die erspart man sich! — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Aber, Herr Abg. Dubovsky, wir wissen genau, was alles geschehen ist. Wir wissen auch von den Werten aus unserer niederösterreichischen Heimat, die in der Tschechoslowakei verschwunden sind. *(Abg. Dubovsky: Aber bei den Kapitalisten ist nichts verschwunden! Die haben alles!)* Es muß wieder das zustandegebracht werden, was notwendig ist, damit jener Grundstock vorhanden ist, auf dem die österreichische Volkswirtschaft weiterbauen kann und damit der Anteil am Sozialprodukt aller Menschen dieses Landes auf das richtige Niveau gebracht werden kann. *(Abg. Dubovsky: Dieser Grundstock sind die hohen Profite!)* Von Profiten können Sie bei mir nicht reden, Herr Abgeordneter! *(Abg. Dubovsky: Man kann nur bedauern, daß Arbeitnehmervertreter diese Interessen vertreten! — Abg. Stangler: Was sind Sie für ein Arbeitnehmervertreter? — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Hat der Abg. Dubovsky das Wort oder ich? *(Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.)* Herr Abg. Dubovsky, zwingen Sie mich doch nicht, daß ich so laut werden muß. Sie wissen, ich habe gestern das Malheur mit meinem Mund gehabt. Es tut mir weh, zu schreien. *(Abg. Dubovsky: Bitte, ich nehme darauf Rücksicht!)*

Sie haben, Herr Abg. Dubovsky, gestern auch eine so mitleidige Bemerkung an die Adresse des Herrn Landesrates Stika gerichtet, er soll sich nicht so aufregen, weil er schon in einem gewissen Alter ist, in dem das unter Umständen schaden kann. Aber, Herr Abgeordneter, ich habe während der Debatte auch Sie beobachtet und muß sagen: Regen Sie sich nicht so auf, denn Sie sind weiß geworden wie eine Kalkwand! *(Abg. Dubovsky: Ich halte es aus!)* Das ist auch für Menschen in jungem Alter nicht günstig. Ich halte es sonst auch aus. Ich fürchte mich nicht im geringsten, aber ich meine, man muß alle diese Dinge schon im richtigen Fahrwasser halten.

Ich sage daher: Der Krieg mit allen seinen Ereignissen ist verloren. Die Besatzungskosten

mußten gezahlt werden. Das Material ist zerstört, und die Investitionen, die durchgeführt wurden, haben auch ziemlich viel von uns verlangt. „Kalter Krieg" wurde immer gesagt. Wir sind am Kalten Krieg nicht interessiert, im Gegenteil! Wir haben in dem Hause oft davon gesprochen, daß nur der Friede jener Zustand sein kann, der wirklich zum Wohle und zum Fortschritt aller Völker beiträgt.

Es hat aber auch der Herr Finanzreferent unter Darlegung von ganz sachlichen Gründen die Schwierigkeiten auseinandergesetzt, die mit dem Budget in Verbindung stehen. Und es wurde dabei festgestellt, daß namentlich ein Unglücksstern das Budget trifft und dieser — es ist aber nur ein Unglücksstern für das Budget, ich möchte das nicht im allgemeinen verstanden wissen — die Erhöhung der Personalkosten betrifft. Die Ziffern darüber brauche ich Ihnen nicht zu nennen. Dieser erhöhten Personallast steht nur eine ganz geringfügige Erhöhung der Einnahmen dieses Landes gegenüber. Es war daher der Finanzausschuß erstmalig genötigt, Abstriche von dem Voranschlag zu machen, den der Finanzreferent erstattet hat. Ein solches Vorgehen war bestimmt keine angenehme Angelegenheit, denn wir wissen, daß die Bedürfnisse des Landes gerade heute größer als zu einer anderen Zeit sind.

Aber der Finanzreferent hat auch bei der Erstellung des Voranschlages den richtigen Standpunkt eingehalten, zuerst einmal genau die Einnahmen festzulegen und dann die Ausgaben nach diesen Einnahmen zu erstellen. Das ist ein Grundsatz, der ganz volkstümlich ausgedrückt heißt: „Ein Lump ist der, der mehr gibt, als er besitzt." Wie weit hier die Autonomie des Landes reicht, das, so glaube ich, hat er in seinen Ausführungen dem Hohen Hause klipp und klar bewiesen, und ich sage Ihnen namens meiner Fraktion, daß wir diese Meinung mit ihm hundertprozentig teilen.

Wenn vielfach von der Autonomie der Gemeinden gesprochen wurde, namentlich in Verbindung mit einem Gesetz, das wir erst vor kurzer Zeit im Ausschuß beraten haben, so wäre es doch dringend geboten, daß wir jetzt in diesem Zusammenhang auch von der Autonomie des Landes sprechen. Es steht nun einmal in der Verfassung, daß das Land das primäre Gebilde ist, und der Bund erst eine Sammlung dieser Länder darstellt. Es wäre daher dringend notwendig, wie der Herr Finanzreferent ausgesprochen hat, den Ländern auf steuerrechtlichem und finanziellem Gebiete wieder jene Rechte zu geben, die sie auf Grund der Verfassung gehabt haben. Vor allem aber werden wir uns als Landtag dagegen wenden müssen, daß über unsere Köpfe hinweg Belastungen des Landes stattfinden, ganz gleichgültig, ob dies durch neue Steuergesetze, also durch die Legislative, oder im Wege der Verwaltung dadurch geschieht, daß der Bund Arbeiten des Landes nur dann subventioniert, wenn auch das Land die entsprechenden Summen diesen Vorhaben zur Verfügung stellt. Auch hier ist eine schwere Beeinträchtigung der Autonomie des Landes in finanzieller Hinsicht gegeben, und es wird notwendig sein, die Vertreter der Länder, das ist der Bundesrat, darauf aufmerksam zu machen, daß die Interessen der Länder im Bundesrat im besonderen zu wahren sind.

Nun glaube ich auch, daß gestern in der Hitze der Debatte manche Ausdrücke gefallen sind, die absolut nicht zum Niveau des Hauses passen. Aber auch heute vormittag hat sich das fortgesetzt. Herr Abg. Dubovsky, ich muß Ihnen schon sagen, daß Ausdrücke, die heute in Ihrer Rede gefallen sind — ich habe keine Zensur auszuüben —, wirklich nicht notwendig gewesen wären. Ebenso wie ich es zurückweise, daß gestern der Herr Abg. Wenger anläßlich der Debatte über die Darlehensverhandlungen gleichzeitig die Frage des Leides der niederösterreichischen Frauen in der Besatzungszeit aufgerollt hat. Denn auch hier besteht kein sachlicher Zusammenhang. Ich glaube, es gibt niemand in diesem Hause, der das nicht verabscheuen würde, was wir alle auf diesem Gebiet miterlebt haben.

Ich bin der Überzeugung, daß die Ziffern, die im Voranschlage enthalten sind, wirklich genauestens erstellt wurden. Wenn vielleicht jemand meint, daß die Einnahmenseite besonders streng gehandhabt wurde, so muß ich feststellen, daß ja dem Lande und seinem Finanzreferenten gar nichts anderes übrig bleibt, als jene Ziffern in den Voranschlag einzusetzen, die vom Finanzministerium dem Lande zur Verfügung gestellt werden. Wenn daher auch die Ausgabenseite entsprechend eingerichtet wurde, ist das eine Vorsichtsmaßnahme, die wieder dem großen Zweck dient, nämlich den öffentlichen Haushalt in Ordnung zu halten, damit die Grundpfeiler einer sicheren Währung auf keinem Gebiete im Lande irgendwie geschwächt werden. Es ist aber notwendig, daß gerade bei so angespannten Verhältnissen, wie sie das Budget 1956 mit sich bringt, der Landtag dafür zu sorgen hat, daß die bewilligten Mittel in der besten Art, in der sparsamsten und zweckmäßigsten Weise im Sinne der Beschlüsse des Landtages durch die Verwaltung verwendet werden. Es wird daher auch Aufgabe des Finanzkontrollausschusses sein, dem Landtag nicht nur — so wie es in der Verfassung vorgesehen ist — halbjährig über die Ergebnisse seiner Feststellungen zu berichten, sondern es wird notwendig werden, daß gerade bei diesen finanziell eingeschränkten Verhältnissen der Landtag ständig über das unterrichtet wird, was mit den Geldern, die genehmigt wurden, geschehen ist.

Hohes Haus! Wir werden die sachliche Behandlung des Voranschlages in der Spezialdebatte besorgen. Es fällt uns vielleicht heute äußerlich auf, daß der Voranschlag für das Jahr 1956 in dem sogenannten grünen Teil, das ist der Teil, der den außerordentlichen Voranschlag enthält, mit einigen Blättern abgetan ist, der ordentliche dagegen in seinem normalen Umfang, wie jedes Jahr, aufscheint. Es hat fast den Anschein, als wäre hier, ohne Rücksicht darauf, daß gewisse finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen, eine absichtliche Kürzung des außerordentlichen Voranschlages eingetreten. Schauen Sie, so ein Voranschlag hat verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Eine der wesentlichsten Aufgaben ist es, auch die Konjunktur des Landes irgendwie zu beeinflussen. Es war daher notwendig und richtig, daß das Land Niederösterreich in den vergangenen Jahren gegen das Hauptübel, das wir im Lande hatten, nämlich gegen die Arbeitslosigkeit, am richtigen Platz die notwendigen Mittel zur Bekämpfung dieser Notlage eingesetzt hat. Aber Sie müssen schon gestatten, daß man auch auf die Schattenseiten dieser Angelegenheit kommt. Damals war es wirklich nur so, daß man die Notstandsgebiete mit den dortigen Arbeitslosen als Konzentrationspunkt der Arbeitsvergebung betrachten mußte. Weniger wurde daher darauf gesehen, ob die Arbeiten, die in diesen Notstandsgebieten getätigt wurden, auch die dringlichsten gewesen sind, die im Lande zu verrichten waren. Wir freuen uns darüber, daß durch die Konjunktur diese Gegensätze zwischen saturierten und notleidenden Gebieten des Landes einen kleinen Ausgleich erfahren haben. In Zukunft werden die Arbeiten im Lande so zu verteilen sein, wie sie am dringendsten und am notwendigsten sind, gleichgültig in welchen Gebieten Niederösterreichs sie durchgeführt werden müssen. Damit wäre auch ein Zweck erfüllt, den dieser Voranschlag bringt, nämlich nicht sosehr im außerordentlichen als im ordentlichen Budget diese Maßnahmen festzulegen.

Wir werden als ÖVP.-Fraktion dem Voranschlage die Zustimmung erteilen. Wenn der Herr Abg. Dubovsky heute vormittag auch gesagt hat, seine Fraktion wird dagegen stimmen und dabei die Behauptung aufstellte, daß seine Fraktion auch in den vergangenen Jahren keine Zustimmung zu den Budgets gegeben hat, dann bitte ich ihn, mich eines Besseren zu belehren, wenn ich behaupte, daß das nicht immer so gewesen ist. Ich kann mich an Budgetverhandlungen erinnern, wo auch Ihre Abgeordneten die Zustimmung gegeben haben. *(Abg. Dubovsky: Nein!)* Ich will es nicht hundertprozentig behaupten, weil ich ja nicht das stenographische Protokoll vor mir liegen habe, aber so viel ich mich erinnern kann, waren auch Ihre Hände bei manchen dieser Voranschläge mit in der Höhe.

Es ist auf jeden Fall notwendig, daß dieser Voranschlag beschlossen wird. Damit ist wieder die Sicherheit der Fortführung der Amtsgeschäfte des Landes und der wichtigsten neuen Arbeiten gesetzlich festgelegt. Es war notwendig, daß in diesem Budget die Belastungen durch die erhöhten Personalkosten untergebracht werden, denn wir wissen, daß gerade der öffentliche Dienst diese Nachziehforderungen nicht aus irgendwelchen prinzipiellen Gründen gestellt hat, sondern daß sie mit dem Verlangen nach einer Besserstellung in Zusammenhang gewesen sind, weil der öffentliche Dienst weit hinter anderen Berufssparten zurückgeblieben ist. Diese Angelegenheit steht daher mit der momentanen Lohn- und Preisfrage weniger im Zusammenhang als mit der Gerechtigkeit einer Lohnforderung, die seit Jahren anerkannt, aber nicht durchgeführt wurde.

Das Land Niederösterreich hat alle diese Opfer auf sich genommen. Das Land weiß aber auch, daß es als Land allein nicht bestehen kann, sondern daß es sich im Rahmen des gesamten Bundesgebietes bewegen muß. Wir wissen aber auch — das können wir heute wieder behaupten, und zwar diesmal in Freiheit —, das Kernland des Bundesgebietes ist auch heute nach tausend Jahren immer wieder noch das Land Niederösterreich geblieben. Wenn genau vor tausend Jahren hier im südlichen Teil des deutschen Sprachgebietes eine Schlacht geschlagen wurde, die gleichsam die Geburtsstunde dieses Österreich gewesen ist, so freuen wir uns, daß nach weiteren tausend Jahren hier in Niederösterreich wieder eine Entscheidung getroffen wurde, die neuerlich die Freiheit und Selbständigkeit dieses Landes dokumentiert. Es war diesmal aber nicht eine blutige Auseinandersetzung, die diesen Erfolg gebracht hat, es ist vielmehr durch ein friedliches Mittel, nämlich dem Abschluß des Staatsvertrages, der hiesigen Bevölkerung unter großen Opfern gelungen, den Frieden in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten und den Bestand dieses Landes zu sichern. Wir legen daher einen Voranschlag für unser Heimatland Niederösterreich für 1956 vor, von dem wir wissen, daß er im Gesamtrahmen nicht nur unserem Heimatland, sondern unserem Vaterland Österreich dient. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Wenger.

ABG. WENGER: Hohes Haus! Ich bin mit dem Herrn Abg. Hilgarth völlig einer Meinung, wenn er sagt, daß wir aus ganzem Herzen darüber erfreut sein können, daß Österreich nunmehr durch den Abschluß des Staatsvertrages ein freies Land geworden ist. Schon nicht mehr einer Meinung bin ich mit ihm, und ich glaube es auch nicht, daß er es ernst meint, wenn er sagt, daß friedliche Verhandlungen das einzige Mittel sind,

um ein gedeihliches Arbeiten zu ermöglichen. Wir sind selbstverständlich dieser Meinung, wir betrachten aber gerade diese Formulierung, meine Herren von der Mehrheit, von Ihrer Seite aus als einen Scherz, den wir Ihnen nicht weiter übelnehmen, denn gerade in diesem Augenblick haben wir das Budget 1956 zu verhandeln, und es ist jedem klar — ich brauche es nicht extra zu erwähnen —, daß dieses Budget weder mit den zuständigen Referenten, noch viel weniger mit den politischen Partnern in diesem Lande in irgendeiner Form durchbesprochen worden ist. Trotzdem wird uns aus der Form dieses Budgets und aus seinem Inhalt klar, daß die finanzielle Lage dieses Landes eine äußerst triste ist. Dazu hätte es nicht der Erklärungen bedurft, die im österreichischen Parlament abgegeben wurden, das können wir auch ohne weiteres aus dem Ziffernmaterial des Budgets ersehen. Eine logische Folgerung aus dieser Tatsache ist, daß für Investitionen in diesem Bundesland zweifellos sehr wenig oder nichts übrig bleiben wird. Für die niederösterreichische arbeitende Bevölkerung ist also kaum zu erwarten, daß aus Investitionen im Rahmen dieses Budgets im Jahre 1956 ein besonderer Nutzen erwächst.

Ich bin fast der Ansicht, Hohes Haus, daß Ihnen, von der Mehrheit, an der Meinung und am Wohlwollen der niederösterreichischen arbeitenden Bevölkerung nicht allzuviel gelegen ist. Ich erinnere daran, daß wir hier vor einer Woche eine Festsitzung hatten, in der sowohl vom Herrn Präsidenten als auch vom Herrn Landeshauptmann gewissenhaft alle Verdienste aufgezählt wurden, die sich irgend jemand um das Freiwerden des Landes Niederösterreich erworben hat. Geflissentlich hat man nur vergessen, die Grundzellen dieses Landes, das heißt die Gemeinden und darüber hinaus die niederösterreichischen Arbeiter und Angestellten zu erwähnen, die bei aller Bescheidenheit zweifellos einen beachtlichen Teil des Verdienstes an dem Aufbau dieses Landes für sich beanspruchen können.

Ich sage also noch einmal: Über die endliche Befreiung unseres Landes können wir uns mit Recht freuen, aber ein besonderer Grund, der niederösterreichischen Bevölkerung ein gutes neues Jahr zu wünschen, besteht in nicht allzugroßem Ausmaß, wenn wir das Budget und seine voraussichtlichen Auswirkungen betrachten.

Der Herr Landesrat Müllner hat sich in seinen Erläuterungen bemüht, die Verantwortung von sich abzuwälzen und diese dem Bund aufzuoktroyieren. Na, ich muß doch sagen, Hohes Haus, daß die Systematik der Besteuerungen, beziehungsweise der Steueraufteilungen eine Angelegenheit ist, die nicht erst im Jahre 1955 bekannt wurde, sondern die schon weiter zurückreicht. Wenn man also plötzlich vor einer schlechten Finanzlage steht und sich vielleicht darüber überrascht zeigt, dann kann ich nur sagen, daß ich mich darüber wundern muß, umsomehr, als wir vor ungefähr einem Jahr davon gehört haben, daß die „Großen Vier" im Lande Niederösterreich ausziehen werden, beziehungsweise ausgezogen sind, um das Land Niederösterreich vor einer Wirtschaftskrise zu retten, daß sie also entscheidende Tatsachen gesetzt haben oder setzen werden, um dem Land und seiner Bevölkerung Wohlstand und ein gutes Leben zu bringen. Es sind also Kredite aufgenommen und uns große Pläne vorgelegt worden. Ich erinnere nur daran, daß die Absicht bestanden hat, sich in stärkerem Maße am Kraftwerkbau Ybbs-Persenbeug zu beteiligen. Ich erinnere weiters daran, daß wir längere Zeit das Vergnügen gehabt haben, Pläne zu bewundern, in welchen das neue Amtsgebäude am Minoritenplatz dargestellt wurde. Wenn ich nun heute sehe, was daraus wirklich geworden ist, dann muß ich feststellen, daß nichts anderes davon übriggeblieben ist als ein beträchtliches Maß an Schulden, die, wie ich glaube, sehr dringend eingelöst werden müssen. Trotzdem sage ich noch einmal, daß wir selbstverständlich für dieses Budget stimmen werden, und zwar deshalb, weil wir uns unserer Mitverantwortung im Lande Niederösterreich bewußt sind und weil wir wissen, daß die Verpflichtungen des Landes weitergehen. Aber ich bin der Meinung, daß Pflichtleistungen allein, die das Land Niederösterreich, so wie jedes andere Bundesland, zu erfüllen hat, doch nicht das Um und Auf der Finanzpolitik eines Landes sein können, sondern daß einem Lande auch andere Aufgaben obliegen, und daß diese Aufgaben bei weitem über die Pflichtleistungen hinausreichen, die doch nur darin bestehen, vor allem die notwendigen Zahlungen zu leisten.

Nun haben wir gesehen, daß der Herr Landeshauptmann vor kurzem in einem Brief an den Herrn Bundeskanzler die primären Forderungen des Landes Niederösterreich dargelegt hat. Wir möchten es fast als ein kleines Wirtschaftsprogramm bezeichnen, das uns hier vorgelegt wurde und aus dem ungefähr ersichtlich sein sollte, daß auf diesem Weg das Land Niederösterreich einer Gesundung zugeführt werden kann. Mit einem Wirtschaftsprogramm sind wir selbstverständlich einverstanden. Wir sind sogar der Meinung, daß wir an einem solchen Programm stärkstens interessiert sein müssen. Wir wollen alles daran setzen, um die Vollbeschäftigung im Lande Niederösterreich aufrechtzuerhalten, wir wollen dafür sorgen, daß im Rahmen dieser Vollbeschäftigung der Lebensstandard der niederösterreichischen Bevölkerung auch weiter gehoben werden kann, wenn er auch nicht so tief ist, wie er vom Herrn Abgeordneten Dubovsky dargestellt wurde. Es ist möglich — ich kann die Statistik nicht überprüfen —, daß wir hinsichtlich der Vollbeschäf-

tigung im Rahmen der kleinen Staaten jetzt an dritter Stelle stehen; aber zu unserer Beruhigung kommen dann nach den schlechtesten innerhalb der freien Staaten noch fünf Volksdemokratien und Rußland dazu, sodaß wir eigentlich praktisch an neunter oder zehnter Stelle in der ganzen Welt stehen würden. Ich glaube, daß das kein so schlechtes Ergebnis sein dürfte. Aber wir sind der Meinung, daß die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden muß und daß selbstverständlich das Land mit seiner Politik, mit seiner Finanzpolitik dazu beitragen muß, um das zu ermöglichen und zu gewährleisten. Wir stellen aber fest, daß Ihre Interessen teilweise auf anderen Gebieten liegen; nicht nur eine Monopolstellung für den Handel, sondern darüber hinaus mit dem Betriebsaktionenverbotsgesetz eine Monopolstellung für den Detailhandel zu schaffen, stellen wahrlich nicht die wichtigsten Maßnahmen für das Land dar.

Wenn ich nun aber noch einmal auf das Wirtschaftsprogramm, das der Herr Landeshauptmann in seinem Memorandum festgelegt hat, zurückkomme, so muß ich mit Ben Akiba sagen, daß alles schon dagewesen ist. Es sind keine wesentlichen neuen Punkte drinnen, wenn ich von der in dem Programm enthaltenen Forderung absehe, daß in Niederösterreich einige Kasernen errichtet werden sollen. Ich bin überzeugt davon, daß es eine Selbstverständlichkeit darstellt, daß in Niederösterreich, in einem so stark bevölkerten Bundesland, natürlich mehr Garnisonen sein werden, als in einem anderen Bundesland. Eine andere neue Forderung gipfelt darin, daß Baden wieder zu einer Schnellzugsstation werden soll. Ich bin überzeugt, daß das eine ungemein wichtige Forderung ist, aber diese Forderung zu einem eigenen Punkt eines Wirtschaftsprogramms zu machen, das halte ich denn doch für verfehlt. Alle anderen Forderungen, die in dem Memorandum des Landeshauptmannes enthalten sind — ich bitte Sie, das selbst nachzuprüfen —, können Sie ohneweiters dem Memorandum der Niederösterreichischen Arbeiterkammer vom 9. September 1952 entnehmen. Damals haben wir an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Landeshauptmann ein Schreiben gerichtet, in dem alle diese Punkte, bis ins kleinste Detail aufgeschlüsselt, dargelegt wurden. Kleine Auszüge daraus finden wir heute in dem Wirtschaftsprogramm, das der Herr Landeshauptmann erstellt hat und das in den „Amtlichen Nachrichten" Niederösterreichs vom 15. September enthalten ist.

Wir sind aber noch weiter gegangen. Wir haben am 15. Juni dieses Jahres, also zu einer Zeit, als es noch keine Niogas gegeben hat, zu den Problemen Stellung genommen, die sich aus der Rückkehr der USIA-Betriebe in die österreichische Wirtschaft ergeben werden. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es Wege gibt, diese Schwierigkeiten zu meistern. Wir haben auch zur Ölfrage Stellung genommen, und ich zitiere eine kurze Stelle aus dem Memorandum, das wir an den Herrn Landeshauptmann Steinböck geschickt haben. *(Liest):* „Die Niederösterreichische Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund vertreten die Ansicht, daß zur Aufrechterhaltung der Betriebskontinuität unbedingt notwendig ist, daß diese Einheit" — also die Einheit der Erdölbetriebe — „auch in Zukunft gewährleistet bleibt, da jede Aufspaltung in wirtschaftlich selbständige Betriebe die gesamtösterreichischen Interessen schwerstens schädigen würde." Das haben wir also am 15. Juni dem Herrn Landeshauptmann zu bedenken gegeben. Inwieweit Ihre Fraktion, inwieweit der Herr Landeshauptmann daraus Schlußfolgerungen gezogen hat, entzieht sich unserer Kenntnis, weil, wie ich glaube, nicht einmal eine Antwort darauf erfolgt ist, ebenso wie sie auf jenes Memorandum im Jahre 1952 nicht erfolgt ist, aus dem jetzt das Wirtschaftsprogramm des Herrn Landeshauptmannes zum Teil zusammengesetzt ist.

Wenn hier der Herr Abg. Hilgarth die Niogas rechtfertigt und die Erweiterung ihrer Möglichkeiten in Form der Verleihung von Schurfrechten, und wenn er sagt, daß das Öl ein niederösterreichisches Produkt ist und daß das Land Niederösterreich selbstverständlich Anspruch darauf hat, primär an der Ausbeutung dieser Bodenschätze beteiligt zu sein, dann könnte man ja in dieser Richtung beliebig weitergehen und könnte sagen: Nein, nicht das Land Niederösterreich soll diese Bodenschätze ausbeuten, sondern sie fließen beispielsweise in Aderklaa aus dem Boden heraus, warum soll man nicht eine Ölrepublik Aderklaa errichten, eine zweite in Matzen, eine dritte in Prottes und eine vierte wo anders? *(Abg. Lauscher: Oder man vergibt die Schurfrechte an das Ausland!)* Wie weit soll man da gehen? Wo fängt man an und wo hört man auf?

Obwohl wir selbstverständlich auch die Interessen Niederösterreichs vertreten, sind wir doch der Meinung, daß das Erdöl ein Produkt ist, an dessen Ausbeutung das ganze Bundesvolk Österreichs gleichermaßen interessiert ist und beteiligt sein muß. Ich habe noch nie gehört, daß es etwa in den Vereinigten Staaten oder daß es im Irak oder Iran oder sonst in irgendeinem Gebiet, wo dieser kostbare Schatz aus dem Boden geholt wird, Einzelinteressen von Distrikten geben würde, sondern dort ist es ein Landesinteresse, und im Landesinteresse wird die Politik in Bezug auf Erdöl, Erdgas und Bitumen abgestellt. Bloß in Österreich soll es dem Land Niederösterreich vorbehalten bleiben, eine Einheit zu zerschlagen, nur damit die niederösterreichischen Interessen gewahrt werden können.

Wir haben dafür gestimmt, daß das Land Niederösterreich an der „Niogas" beteiligt wird, weil wir selbstverständlich daran interessiert sind, daß der Gasvertrieb für das Land dienstbar gemacht wird. Aber das sagt noch lange nicht, daß wir widerspruchslos einen Unsinn hinnehmen würden, aus dem nachteilige Folgen für ganz Österreich entstehen müssen.

Während wir also in unserem Memorandum diese Meinung festgelegt haben und auch hier diese Meinung zum Ausdruck gebracht haben, kann ich Ihnen, meine Herren von der Mehrheit, den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie alles getan haben, um eben diese Aufspaltung herbeizuführen und damit wissentlich in Schwierigkeiten hineinzugehen, die vorläufig noch nicht abzusehen sind. Von notwendigen Maßnahmen im Lande Niederösterreich, die sich auf Grund dieser Situation, wie wir sie jetzt mit dem Budget haben, ergeben würden, ist nichts zu sehen. Ich habe auch nicht feststellen können, daß die „Großen Vier", von denen noch vor einem Jahr so viel die Rede war, irgendwelche neue große grundlegende Ideen hätten. Zumindest aus dem Budget oder auch aus den Erläuterungen des Herrn Landesrates Müllner geht derartiges nicht hervor.

Ich denke auch noch an die Frage des Wohnbaues. Es ist schon sehr viel davon gesprochen worden, aber für das Jahr 1956 besteht Aussicht, daß der Wohnbau immer mehr gedrosselt wird. Gerade in dem Zusammenhang denke ich an die Familienpolitik, die von Ihrer Seite so stark forciert wird. Vor kurzem hat eine Enquete stattgefunden, an der auch unsere Vertreter teilgenommen haben. Man hat sich dort ernst und gewissenhaft mit Familienproblemen beschäftigt, und es ist vom Lande angekündigt worden, daß auch eine Ermäßigung der Grundgebühren beim Strom von der NEWAG gegeben wird. Was nützt uns das, was wird uns das in Zukunft im großen Maße nützen, wenn die neu gegründeten Ehen mitsamt ihren Kindern, die sie allfällig haben werden, keine Möglichkeit haben werden, eine Wohnung zu besitzen und dort als Strombezieher in Erscheinung zu treten?

Da für den kleinen Mann aber auch etwas geschehen muß, haben Sie, beziehungsweise Ihre Freunde alles daran gesetzt, daß zumindest das Wohnungsanforderungsgesetz beseitigt wird. Es ist nun gelungen, dieses Wohnungsanforderungsgesetz wegzubringen, und ich sehe den Jubel in Ihren Zeitungen darüber. Sie sagen: Nun endlich besteht wieder die Möglichkeit, daß der direkte Kontakt vom Mieter zum Hausherrn hergestellt werden kann. Nun, worin wird denn dieser direkte Kontakt vom Mieter zum Hausherrn bestehen? Zweifellos darin, daß der Hausbesitz *(Abg. Stangler: Bei der Gemeinde Wien!)* auf Grund des Umstandes, daß Wohnungen heute noch immer Mangelware sind, einen Wucherzins verlangen wird und daß der Mieter wohl oder übel diesen Wucherzins wird bezahlen müssen, wenn er nicht obdachlos sein wird wollen. Das ist also eines der Ergebnisse Ihrer Politik, für die wir selbtsverständlich kein Verständnis haben.

Merkwürdig still, Hohes Haus, ist es auch um andere Projekte geworden. Ich erinnere Sie daran, daß einmal sehr stark im Vordergrund die Frage der Bewässerung des Marchfeldes gestanden hat. Aber ich bin der bescheidenen Meinung, daß dem Marchfeld auch heute noch die Versteppung droht. Ich bin der Meinung, daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, dieser drohenden Versteppung Einhalt zu gebieten. Obwohl also zweifellos solche Maßnahmen notwendig sind, ist es still geworden, man hört heute nichts mehr davon.

Nebenbei möchte ich noch erwähnen, daß wir auch einmal sehr viel über die Maschinenstationen gesprochen haben. Unter dem Druck unserer laufenden Anträge in dieser Frage haben Sie sich zu einer Erklärung verstiegen, die besagt hat, daß Sie für Maschinenstationen sind und daß Sie daran denken, solche Maschinenstationen in der Form zu errichten, daß irgend jemandem eine gewerbliche Konzession dafür erteilt wird. Auch darüber haben wir bisher nichts gehört, es sei denn, daß diese Maschinenstationen irgendwo illegal funktionieren und wir keine Kenntnis davon haben. *(Abg. Stangler: Ganz im Gegenteil!)* Wir werden uns freuen, diese Meinung berichtigen zu können.

Ihre einzige Hoffnung für eine Verbesserung der budgetären, der finanziellen Lage des Landes, meine Herren von der Mehrheit, glaube ich, scheint dann doch noch dieser vielbesprochene Russenkredit zu sein. Der Herr Landesrat Müllner hat zu seiner Rechtfertigung gesagt, warum soll irgendetwas schlecht daran sein, wir haben auch in der Besatzungszeit versucht, von den Russen für die Verbesserung unserer Straßen Geld zu bekommen. Ich meine, daß das eine selbstverständliche, eine billige Forderung gewesen ist, denn es waren doch die Russen, die mit ihren Panzern unsere Straßen zertrampelt haben. Solange sie sich hier aufgehalten haben, wäre es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, dem Lande Niederösterreich für diese Beschädigung der niederösterreichischen Straßen etwas zu geben. Daß sie es nicht getan haben, zeigt von ihrem warmherzigen Verständnis für die Nöte und Sorgen des Landes Niederösterreich. Daß sie uns jetzt, nachdem sie weg sind, plötzlich Geld geben wollen, nimmt mich mehr als wunder, und ich gestatte mir einigermaßen daran zu zweifeln, daß eine solche Anleihe im Ernstfall wirklich realisiert werden könnte.

Es geziemt sich aber, daß wir aus purer Anständigkeit noch einmal darauf hinweisen, daß

die viel geschmähten ERP-Mittel, die uns zur Verfügung gestellt wurden, doch ganz anders beschaffen sind, als ein Russenkredit, den wir vielleicht oder vielleicht auch nicht bekommen können. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß uns im Rahmen der ERP-Hilfe von den Amerikanern mehr als zehn Milliarden Schilling geschenkt wurden. Ich sage es noch einmal und unterstreiche es dreimal „geschenkt wurden"; ohne jede politische Gegenverpflichtung. Ich sage nun die zweite Tatsache dazu, nämlich, daß dieses Geld nun zurückfließt und als Konterpart wieder vom österreichischen Staat, selbstverständlich unter Einflußnahme der Amerikaner, an österreichische Körperschaften, an österreichische Unternehmungen verliehen werden kann. Daß dafür ungefähr 4½ Prozent berechnet werden, sagt uns nur, daß diese 4½ Prozent nicht den Amerikanern zufließen, sondern dem österreichischen Staate genau so gehören, wie die rückfließenden Kapitalien aus dieser Schuld, beziehungsweise aus der Anleihe, die der eine oder der andere Betrieb aufgenommen hat. Wenn man dem gegenüberstellt, daß uns die Russen 500, 600, 700, 800 Millionen — hundert Millionen spielen hier anscheinend keine Rolle — für so und so viel Prozent Zinsen auf so und so viele Jahre leihen wollen, daß wir also die Zinsen und letzten Endes auch das Kapital wieder an die Russen bezahlen und zweifellos irgendwelche Sicherungen bieten müssen — entweder wir oder der Bund —, so erübrigt sich jedes Wort, um zugunsten des einen oder des anderen zu sprechen. Wir haben schon einmal in der älteren Vergangenheit *(Zwischenrufe des Abg. Lauscher.)* — ich weiß, ich weiß, angeblich soll ich irgendeinen Betrag oder einen Scheck von den Amerikanern bekommen haben — einen Dr. Zimmermann als Wachorgan für einen Kredit an Österreich kennen gelernt. Wir waren damals mit ihm nicht einverstanden und noch weniger begeistert davon. Ich glaube aber, wir würden noch weniger begeistert sein, wenn sich ein russischer „Zimmermann" in Österreich irgendwie breit machen würde. *(Abg. Lauscher: Die Amerikaner kontrollieren heute das österreichische Budget!)*

Hohes Haus! Ein wirkliches Wirtschaftsprogramm zu erstellen, ein Programm, in dem auch irgend etwas drinnen ist, das einen Inhalt hat, ist notwendig. Um ein Land — und das ist meine Meinung —, das seine Aufgabe darin erschöpfen soll, nur den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, das heißt Löhne und Gehälter zu zahlen, Jugendfürsorge, Spitalserhaltung und ähnliche Dinge zu leisten, glaube ich, wäre es schlecht bestellt. Ich glaube vielmehr, daß ein Land darüberhinaus auch schöpferische Aufgaben haben soll, daß es etwas leisten soll, was dem Lande und seiner Bevölkerung dauernd irgend einen Nutzen bringt. Wir sehen doch in diesem Hause, in seinen historischen Sälen eine ganze Reihe von Gemälden von Männern, die sich in der Vergangenheit um das Land Verdienste erworben haben. Es wird vielleicht auch einmal eine Zeit kommen, in der der Herr Landesrat Müllner, den ich doch praktisch als das Oberhaupt der niederösterreichischen Landesregierung ansehe, auch irgendwie in Öl — ich meine gemalen — hängen wird, und dann werden wir dort hingehen und das Gemälde besichtigen. Man wird fragen, was der Herr Landesrat Müllner in diesem Lande geleistet hat. *(Abg. Stangler: Möchten Sie auch so ein Ölbild haben?)* Man wird sagen, das ist jener Mann, dem es gelungen ist, das Land Niederösterreich in Grund und Boden zu verschulden. Das wird wahrscheinlich das Ergebnis sein. Darauf kann er stolz sein, darauf kann auch seine Fraktion stolz sein, vor allem daß es ihr fast allein gelungen ist, ohne unsere Mithilfe! So kann es nicht bleiben, glaube ich, sondern vernünftige Kräfte im Lande müssen meiner Meinung nach zur Zusammenarbeit bereit sein. Ich sage es noch einmal, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie mir das Winseln um die Koalition vorwerfen. Es ist einzig und allein der Grundsatz der Vernunft, der mich dazu treibt, es Ihnen zu sagen. Wir sollen und müssen hier im Landtag Wege finden, um der Landesverwaltung wieder ein großes Ziel zu geben, damit sie über diese gesetzmäßig festgelegten Aufgaben hinaus noch zusätzlich etwas leisten kann. So sehen wir also Ihr Budget, und wir werden wirklich daran arbeiten, daß dieses Budget ein anderes Gesicht bekommt. Wir können dieses Budget wirklich nur als ein Notbudget betrachten, ein Notbudget, das nur den dringendsten augenblicklichen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Wir gestatten uns deshalb Ihnen einen Antrag vorzulegen. Dieser Antrag lautet *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, zur Durchführung der nunmehr möglich gewordenen Wiederaufbauarbeiten ein umfassendes Wirtschaftsprogramm zu erstellen und zu dessen Verwirklichung dem Landtag zum ehestens möglichen Termin ein Nachtragsbudget vorzulegen, in welchem Maßnahmen für den Wiederaufbau der landeseigenen Einrichtungen, sowie Förderungsmaßnahmen für den Wiederaufbau der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, des Gewerbes und des Fremdenverkehres des Landes vorzusehen sind."

Es ist unserer Meinung nach wirklich ein solches Nachtragsbudget zum heute vorliegenden Budget erforderlich, und wir bitten Sie sehr, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, weil wir glauben, daß denn doch die Aufgaben des Landes bei weitem nicht mit dem Budget erfüllt werden können, das uns heute zur Beschlußfassung vorliegt.

Ich möchte aber, Hohes Haus, meine Ausführungen nicht schließen, ohne noch auf etwas hinzuweisen. Ich habe gesagt, daß wir den Ausführungen des Herrn Abg. Dubovsky unter der Bedingung folgen können, wenn er meint, daß die Bevölkerung unseres Landes an drittschlechtester Stelle in der Welt in Bezug auf seine Löhne steht, und ich habe dazu erwähnt, daß wir der Meinung sind, daß es noch eine Reihe von Staaten im Osten gibt, die weit unter unseren Lebensverhältnissen zu leben gezwungen sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch feststellen, daß die österreichische Arbeiterschaft nicht identisch sein will mit der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten sind eine Gruppe von 3 Mann in diesem Landtag, und ich muß sagen, sie nehmen sich Rechte heraus, die dieser kleinen Gruppe nicht zustehen. Es ist eine Art in diesem Landtag eingekehrt, die uns praktisch demonstriert, daß sich ein Abgeordneter hier als wilder Rowdy betätigen kann, ohne daß ihm besondere Schwierigkeiten bereitet werden. Ich nehme selbstverständlich zur Kenntnis, daß die Demokratie, mit deren Hilfe wir ihnen ihre Tätigkeit sichern, ihnen das Recht gibt, sich in gewissem Maße zu behaupten, aber es kann dem Herrn Vorsitzenden der Vorwurf nicht erspart werden, daß er allzu tolerant ist, wenn hier Äußerungen und Schimpfworte fallen, die von jedem Abgeordneten dieses Hauses gehört werden. *(Abg. Dubovsky: So eine Frechheit. Und wir werden immer als russische Agenten bezeichnet! Unruhe. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dubovsky: Wer hat den Ausdruck Agenten zuerst gebracht, wir oder du, du Heuchler?)* Ich würde also bitten, daß der Herr Vorsitzende bei künftigen *(Neuerliche Unruhe. — Präsident Sassmann gibt neuerlich das Glockenzeichen.)* Entgleisungen, auch dann, wenn es sich um die Minderheit der Kommunistischen Partei handelt, so vorgeht, wie es den Vorschriften dieses Hauses entspricht. Es ist dies meiner Meinung nach im Interesse der Wahrung der Würde dieses Hauses notwendig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN *(zu Abg. Wenger gewendet):* Herr Abgeordneter, ich werde mir morgen das stenographische Protokoll vorlegen lassen und werde danach handeln; ich bitte aber auch, daß Sie Vorsorge treffen, daß Entgleisungen in diesem Hause nicht Zug um Zug weitergehen.

Zum Wort gelangt Herr Abg. Stangler. *(Abg. Dubovsky zu Abg. Wenger: Das war wieder eine Watschen, die ist gesessen; das hast du notwendig gehabt. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)*

ABG. STANGLER: Hohes Haus! Nach Schluß der gestern begonnenen Generaldebatte habe ich, und ich glaube auch sehr viele meiner Freunde, den Eindruck gehabt, daß wir nun zu sachlichen Beratungen kommen werden. Aber es ist nun schon einmal so, man soll sich nicht zu früh freuen. Diese unsere gestrige Freude wurde uns durch die heutigen Ausführungen, auch des letzten Redners, aber schon sehr vergällt.

Der Herr Finanzreferent hat gestern sehr deutlich die Gründe dargelegt, warum der Landtag heute ein Budget in dieser Form beraten muß. Es hat ihm als erster Redner der Herr Vizepräsident Wondrak geantwortet. Ich muß feststellen, daß der Herr Vizepräsident durch seine Rede eine Atmosphäre geschaffen hat, die dem Ernst der Beratungen und der Würde dieses Hauses angemessen war. Durch seine Rede bekam die Budgetdebatte ein Niveau, das sie zur Zeit wieder völlig verloren hat. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Aufpassen!)* Ich muß ehrlich sagen, es erschüttert mich irgendwie, wenn eine Budgetdebatte, die noch dazu einen sehr großen Ernst verlangt, hie und da in den Ton einer wüsten Wirtshausdebatte verfällt. Wie soll einer, wenn er solche Debatten und solche Ausdrücke hört, die einfach mit der Würde des Hauses nicht zu vereinbaren sind, diese Institution ernst nehmen? Im Gegensatz zu der etwas verkrampften Debatte über die NIOGAS gestern, war es heute wirklich erfreulich, durch den ersten Sprecher der Sozialisten einen Ton zu hören und eine Atmosphäre vorzufinden, die voraussehen ließ, daß wir zu einer nüchternen und kritischen Beurteilung des Budgets kommen werden.

Die schwierige Situation, in der sich Niederösterreich befindet und die wir gar nicht abstreiten, resultiert aus verschiedenen Komponennten. Zweifellos hat diese Schwierigkeit mit der Okkupation Österreichs im Jahre 1938 begonnen und sie besteht weiter als Folge des Krieges, der Nachkriegszeit und der Besetzung. Wir haben das alles persönlich mitgemacht. Wir wissen, daß in dieser Zeit die westlichen Bundesländer das Glück gehabt haben, unter besseren Verhältnissen als wir den Wiederaufbau zu beginnen. Zahlen sprechen hier immer am besten und deutlichsten. Ich erlaube mir daher aus einer Statistik in den wirtschaftspolitischen Blättern auf einige Zahlen hinzuweisen, die die Richtigkeit meiner Behauptung unterstreichen, nämlich daß Niederösterreichs Schwierigkeiten in erster Linie aus der gegebenen Situation von 1945 und der darauffolgenden Jahre resultieren. Wenn ich aus dieser Statistik entnehme, daß die Kriegsschäden des Jahres 1945 an Bauten in Oberösterreich ein Ausmaß von 330 Millionen Schilling, in Salzburg von 500 Millionen Schilling, in Tirol von 130 Millionen Schilling und in Vorarlberg von 10 Millionen Schilling, und in Niederösterreich aber von 1,9 Milliarden Schilling umfassen, dann wird jedem hier durch diese

Zahlen allein schon vollkommen klar, unter welch ungünstigen Bedingungen Niederösterreich an seinen Wiederaufbau herangegangen ist. Bei den Industriebauten schauen die Zahlen so aus: Schadenssumme bei Kriegszerstörungen in Oberösterreich 50 Millionen Schilling, Salzburg 10 Millionen Schilling, Tirol 20 Millionen Schilling und Niederösterreich 500 Millionen Schilling.

Aber auch auf anderen Gebieten zeigen sich die Schäden Niederösterreichs gegenüber den anderen Bundesländern besonders deutlich. Wenn ich nur den Fremdenverkehr hernehme, so zeigt der Bettenstand per Oktober 1953 im Vergleich zu 1937 in Prozentzahlen, daß der wiederhergestellte Bettenstand für die Fremdenverkehrsbetriebe in Salzburg 91 Prozent, in Tirol 96 Prozent und in Niederösterreich 46 Prozent betrug. Dementsprechend waren auch die Auswirkungen des Fremdenverkehrs. Die Übernachtungen 1953/54, wieder in Prozentzahlen ausgedrückt, ergeben gegenüber 1937: Salzburg 180 Prozent, Tirol 113 Prozent und Niederösterreich 59 Prozent. Die Ausländerübernachtungen in demselben Zeitraum betrugen: in Salzburg 249 Prozent, in Tirol 134 Prozent und in Niederösterreich 12 Prozent.

Diese Zahlen allein zeigen doch immer wieder die schwere Benachteiligung Niederösterreichs aus der gegebenen Situation des Jahres 1945. Wenn schon über die ERP-Kredite gesprochen wurde, dann will ich um Verständnis dafür bitten, daß doch der Geldgeber der ERP-Kredite selbstverständlich seine Besatzungszone bevorzugt hat. Klar ist auch, daß nun Niederösterreich mit Recht darauf Anspruch erheben kann — und das ist ja auch der Sinn des Memorandums des Herrn Landeshauptmannes —, daß es nun in einem Nachziehverfahren besonders berücksichtigt wird.

Wenn die Länderanteile an den ERP-Krediten untereinander verglichen werden, dann ist es interessant, zu hören, daß Oberösterreich, u. zw. nur an Krediten für die Industrie, 26 Prozent, Salzburg 20 Prozent und Niederösterreich 6 Prozent erhalten hat.

Hoher Landtag! Ich habe diese Zahlen deshalb angeführt, um die erste Komponente klar herauszustreichen, die den Beweis erbringt, warum Niederösterreich unter soviel schwierigeren Bedingungen an den Wiederaufbau herangehen mußte und warum es daher auch heute in finanzielen Schwierigkeiten ist.

Die zweite Resultante, die zu erkennen notwendig ist, um diese Schwierigkeiten zu verstehen, hat gestern der Herr Landesrat und Finanzreferent Müllner ganz genau dargelegt. Diese Darlegungen wurden von dem Herrn Vizepräsidenten Wondrak unterstrichen. Die Steuersenkung, die wir sehr begrüßt haben und gegen die sicher niemand in diesem Hause etwas einzuwenden hat, wird tatsächlich in dem Augenblick problematisch, wenn sie nur auf Kosten der Länder und — ich füge bei — der Gemeinden durchgeführt wird.

Es ist interessant, daß gerade jetzt, zur selben Zeit, wo wir über diese Dinge beraten, sich auch der Landtag von Vorarlberg und der Tiroler Landtag mit diesem Problem beschäftigen. Die „Salzburger Nachrichten" berichteten am gestrigen Tage über die Debatte im Vorarlberger Landtag, und es heißt hier *(liest):* „Vorarlberg setzt seinen Kampf gegen die Entrechtung der Länder auf wichtigen Gebieten fort. Der Landtag nahm am Montag einige Anträge der Landesregierung entgegen, in denen Anspruch auf Mitbeteiligung am nicht rückstellbaren deutschen Eigentum und auf eine selbständige Steuergesetzgebung erhoben wird." Es heißt hier weiter *(liest):* „Die notwendige Gleichberechtigung der Länder mit dem Bund könne nur durch gegenseitige Abrechnung der beidseitigen Steuerrechte und ihre verfassungsmäßige Sicherung hergestellt werden." Es heißt weiter hier *(liest):* „Durch diese Entmachtung wurden aber die Abgabenertragsanteile der Länder und Gemeinden geschmälert und ihnen durch einfache Bundesgesetze, wie beim ASVG oder beim Familienlastenausgleich, sogar neue Kosten für Aufgaben zugemutet, die Bundessache wären."

Ähnlich hat auch der Tiroler Landtag nach dem Referat des Finanzreferenten Tirols Doktor Tschiggfrey hier geurteilt. Der Landesrat sagt hier *(liest):* „Es sei ein auf die Dauer unmöglicher Zustand, daß die Länder die ihnen durch die Bundesgesetzgebung auferlegten Aufgaben übernehmen müssen."

Ich glaube daher, daß es eine wesentliche Aufgabe dieser Budgetdebatte sein müßte, hier ganz eindeutig festzustellen, daß die Länder, die Landtage ihre warnende Stimme erheben müssen, in der Richtung zum Hohen Hause am Ring drüben, daß bei einer künftigen Gesetzgebung auf die Länderinteressen Rücksicht genommen werden soll. Jeder von uns kann dazu einen Beitrag leisten, denn letzten Endes sind auch die Nationalräte Abgeordnete ihrer Bundesländer.

Es ist richtig, daß in Österreich bisher ein Weg eingeschlagen wurde, der letzten Endes zu einem zentralistischen Staat führt, wenn die Länderautonomie, wenn die Länderrechte nicht mehr entsprechend gewahrt werden. Ich glaube, daß es die Aufgabe der Landtage ist, so lange über diese Frage zu sprechen, bis auch die obersten Stellen beim Bund wieder mehr Rücksicht auf die Interessen der Länder nehmen.

Diese beiden finanziellen Komponenten — die wirtschaftliche Lage, hervorgerufen durch die Verhältnisse des Jahres 1945 in Niederösterreich und die derzeitige Situation in der Bundesgesetzgebung — haben dazu geführt, daß die Mittel, die dem Lande Niederösterreich zurzeit zur Verfügung stehen, eben keine Mehrausgaben dulden, die wir sicherlich auf allen Gebieten gerne beschließen würden. Ich glaube aber auch, daß diese Situation eine besondere sachliche Behandlung verlangt und keine demagogischen Reden und keine demagogischen Zeitungsartikel. Hier bedarf es des Mutes zur Verantwortung, auch bei der Frage einer Anleihe, die unter Umständen unter sehr günstigen Bedingungen aufgelegt werden kann. Ich glaube, daß wir in diesem Hohen Hause keine lange Debatte über die notwendigen Beträge zu führen brauchen, wenn irgend ein Mann dieses Hohen Landtages aufsteht und erklärt: Ich bringe wohl kein Wirtschaftsprogramm, ich bringe aber dem Lande Niederösterreich hunderte Millionen als billiges Darlehen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich muß dem Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer sagen, viel, viel wichtiger als Wirtschaftsprogramme und als Memoranden wäre die Aufzeigung des Weges, wie der Finanzreferent des Landes Niederösterreich billig zu Geld für das Land kommen kann. Die papierenen Memoranden und die schönen gehaltenen Reden über Wirtschaftsprogramme nützen weder dem Arbeiter und weder dem Bauern, noch dem Wirtschaftstreibenden. *(Abg. Wenger: Das müssen Sie dem Herrn Landeshauptmann sagen! Das ist Sache des Landeshauptmannes!)*

Herr Abg. Wenger, ich glaube, daß es die Amerikaner nicht notwendig haben, Sie als Verteidiger hier zu besitzen, denn die Leistungen der Amerikaner für den Wiederaufbau Österreichs sind unbestritten und anerkannt, und wir haben diese Hilfe Amerikas dankbarst angenommen. Es geht gar nicht darum, daß man hier pro ERP- und kontra Russenanleihe redet. Herr Abgeordneter Wenger, stehen Sie hier auf und geben Sie eine Erklärung ab, daß vielleicht der Gewerkschaftsbund oder vielleicht die Arbeiterkammer bei der Arbeiterbank in Wien bemüht sein wird *(Abg. Wenger: Wer ist denn Finanzreferent? Ich nicht!)*, unter denselben Bedingungen Geld herzubringen, wie es momentan von der Landesregierung oder vom Landesfinanzreferenten versucht wird. Wenn Sie mit dem Vorschlag kommen *(Ruf bei der SPÖ.: Das ist das Niveau einer Wirtshausdebatte!)*, werden Sie einen ungeteilten Beifall von uns ernten. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Fragen Sie in dem Zusammenhang bei der Girozentrale an!)* Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir werden uns bemühen, Sie aber überlassen die Bemühungen, das Geld zu beschaffen, ohnehin gern uns und beschränken sich selbst auf den leichteren Weg, nämlich auf die Erstellung von Forderungen. Forderungen zu stellen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie mich zu einer demagogischen Rede herausfordern wollen, ist leicht. Ich getraue mich, Ihnen noch ein schöneres Programm vorzulegen, als es hier vom Abg. Fuchs erstellt werden konnte. Wenn Sie wollen, bringe ich Ihnen das schönste Forderungsprogramm aus dem Stegreif heraus. Ich könnte mir vorstellen, daß ich damit auch hier vor dem Hause volle Zustimmung finde. Nur würde mich jeder fragen: Womit bedecken Sie das? Wo nehmen Sie das Geld dafür her? *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: So wie mit dem Archivgebäude, das Sie errichten wollten!)* Aber, Herr Landshauptmannstellvertreter, lassen wir das und kommen wir bei der Kulturdebatte darauf zurück. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Reden wir von etwas anderem!)* Wenn Sie unbedingt davon sprechen wollen *(Weitere Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp)*, können wir uns beim Kulturkapitel darüber weiter unterhalten. Ich habe gesagt, die Situation verlange Sachlichkeit, und es müßte bei allen Reden und bei allen Artikeln auch diese Sachlichkeit mehr an Boden gewinnen. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Eben!)*

Es hat der Herr Vizepräsident Wondrak hier auch die Rede des Herrn Nationalrates Weinmayer angeführt oder aus der Rede ein Wort zitiert, nämlich das Wort von der „finanziellen Katastrophe". Ich darf dazu folgendes sagen, weil ich den Wortlaut der Rede des Herrn Nationalrates Weinmayer hier habe, wobei zu bemerken ist, daß diese Rede in der Presse verschiedenartig wiedergegeben wurde. Man darf natürlich ein Wort nie aus dem Zusammenhang einer Rede herausreißen, weil sich damit der Sinn dieses Wortes oder des ganzen Satzes verkehrt. Aber Sie brauchen da gar nicht so weit zu gehen und geltend machen, daß der Herr Nationalrat Weinmayer das Wort von der „Katastrophe" geprägt hat. Ich kann Ihnen da mit einer ganzen Liste von Zitaten aus der „Arbeiter-Zeitung" dienen. Sie sprechen und reden dort davon schon sehr lange. Und wenn gestern gesagt wurde, wenn man dauernd von Katastrophe und wirtschaftlicher Notlage rede, dann tue man dem Land keinen guten Dienst, weil man dadurch die Kreditwürdigkeit des Landes beeinträchtige, so möchte ich denn doch darauf verweisen, was die „Arbeiter-Zeitung" die ganze Zeit geschrieben hat. Bitte, „Arbeiter-Zeitung" vom 18. Dezember: „Das Katastrophenbudget des Herrn Müllner". „Arbeiter-Zeitung" von heute, 21. Dezember: „Herr Müllner hat abgewirtschaftet" — „Ein Katastrophenbudget". So geht das weiter. Ich könnte Ihnen hier eine

Fortsetzung dieser Artikelserie bringen. Aber Sie lesen ja wahrscheinlich auch die „Arbeiter-Zeitung" so genau wie ich, und daher brauche ich keine weiteren Beweise mehr anzuführen. *(Landesrat Brachmann: Hat er vielleicht aufgewirtschaftet?)* Darf ich Ihnen aber folgendes sagen: Schöne Reden, Forderungen nach Wirtschaftsprogrammen, lügenhafte, verleumderische Artikel, sind nicht die Hilfe, sind nicht die Maßnahmen, die Niederösterreich heute braucht.

Es kann sich der Herr Oskar Pollak es leisten, in einem gewissen Ton zu schreiben, der vielleicht in der Polakei üblich ist. In Niederösterreich gelten normalerweise mitteleuropäische Verhältnisse, und wir erwarten hier einen anderen Ton. Als ich das Bild in der „Arbeiter-Zeitung" vom 13. Dezember sah „Der Köder und der Karpf", hat es mir ein leichtes Lächeln abgerungen. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wer hat sich als was betroffen gefühlt?)* Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben meinen Schlußsatz dazu noch nicht gehört, und zwar im Zusammenhang mit der Anleihe für die NIOGAS, also alles Dinge, die eine große Initiativkraft und eine sehr agile Politik darstellen, die von unseren Vertretern hier im Lande geübt wird. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wo haben Sie es geübt? — Ruf bei der SPÖ.: In der „Tageszeitung" ist es gestanden.)* Herr Landeshauptmannstellvertreter, werden Sie nicht so nervös! Nun habe ich bisher immer gehört, daß die Agilen, die Wendigen, die Initiativen nicht die Karpfen sind; wenn wir also so initiativ und agil sind; kann das nicht stimmen. Wer sich also als untätiger Karpf fühlt, der wartet, was geschieht. Das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen, meine sehr geehrten Herren von der Sozialistischen Partei. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir würden es wünschen, daß zum Budget so geredet wird, wie Herr Präsident Wondrak gestern begonnen, und nicht so, wie der Herr Abg. Wenger heute fortgesetzt hat. Es ist nicht damit abgetan, immer schön Regierungspartei, Koalitionspartei zu spielen, überall mit dabei zu sein. Jawohl, wir sind für eine Zusammenarbeit, sie hat sich für ganz Österreich und besonders für Niederösterreich gut ausgewirkt, aber man muß auch den Mut zur Mitverantwortung haben. Man darf nicht in den Zeitungen etwas anderes schreiben als man wirklich macht, um vor der Bevölkerung etwas schöner dazustehen und einen parteipolitischen Schachzug zu machen. Wenn der Herr Abg. Wenger hier einige Dinge angeschnitten und gleich zu Beginn seiner Rede die Festsitzung des Landtages zum Anlaß genommen hat, um an der Person des Herrn Präsidenten und des Herrn Landeshauptmannes Kritik zu üben, so finde ich das aus Anlaß der Zehnjahresfeier ein bißchen geschmacklos. Noch dazu haben Sie dabei gar nicht recht gehabt. Ich habe mir von der Landtagskanzlei den Text der Reden geben lassen und habe mir bei flüchtiger Durchsicht ein oder zwei Stellen angezeichnet. Wer diese würdige Zehnjahrfeier des niederösterreichischen Landtages miterlebt hat, kann doch beim besten Willen nicht irgend eine klassenkämpferische Absicht herausgehört haben. Da muß man schon mit Scheuklappen herumlaufen, wenn man zu solchen Folgerungen kommt. Ich lese Ihnen wortwörtlich aus der Rede des Herrn Präsidenten des Hohen Hauses vor *(liest):* „Daß unser Land diese Zeit überstehen konnte, daß es trotz allem seinen Rang unter den Ländern wahren konnte, ist nicht zuletzt das Verdienst seines braven Volkes". Ich glaube, zu dem braven Volk gehören alle, sind alle mit einbezogen, ohne Ausnahme, welchem Berufsstand sie angehören. Es wäre besser gewesen, wenn Sie Ihre Rückfälle, Herr Abg. Wenger, in klassenkämpferische Urlaute unterlassen hätten, noch dazu, wo sie im Zusammenhang mit einer Festsitzung des Landtages und einer Festrede, die aus diesem Anlasse gehalten wurde, erfolgt sind. Herr Abg. Wenger, ich könnte zweifellos zu den verschiedensten Punkten Ihrer Rede einiges sagen. Ich erspare es mir aber, im Einzelnen darauf einzugehen. Ihre Schwarzmalerei, Ihre triste Darstellung paßt gut zu der Überschrift der heutigen „Arbeiter-Zeitung" und auch zu Ihrer Ausführung, daß Landesrat Müllner das Land in Grund und Boden hineingewirtschaftet hätte. Herr Abg. Wenger, Sie haben verdammt oft mitgestimmt bei allen Beschlüssen des Landtages. So kann man das nun nicht machen, daß man sich immer die Zibeben und Zuckerln herausholt und die Verantwortung die anderen tragen läßt.

Es ist auch das Wort von potemkinschen Dörfern gebraucht worden. Wo sind potemkinsche Dörfer aufgebaut worden? Ich kann mich erinnern, wie Sie seinerzeit eine Rede über die Kamptalwerke gehalten haben. Ich bedaure nur, daß unsere Reden hier nicht auf Magnetophonbänder aufgenommen werden, ich würde diese Rede gerne abspielen lassen und würde gerne hören, wie Sie heute auf Ihre damalige Rede selber reagieren würden, in der Sie wie ein Prophet über die Kamptalkraftwerke gesprochen haben. Und was sind heute die Kamptalwerke? Seien Sie doch etwas vorsichtiger bei Ihren Behauptungen! Ich glaube, daß jeder niederösterreichische Abgeordnete — und Sie sind doch auch ein solcher — mit Stolz vor diesen Leistungen stehen kann. Nur in den Plenarsitzungen des Landtages werden diese Leistungen immer wieder herabgesetzt und darüber gestritten, wer das Hauptverdienst an diesen Leistungen hat, dieser oder jener Teil. Seien Sie doch froh, daß der Herr Landeshauptmann auch einen Gedan-

ken von Ihnen aufgegriffen hat. Wird einmal eine Anregung, die von Ihrer Seite kommt, aufgegriffen und über diese Sache ernst gesprochen, so ist es auch nicht recht. Was soll der Herr Landeshauptmann, was soll der Herr Finanzreferent denn dann machen? Wie sie es machen, recht wird es dem Herrn Abg. Wenger nie sein. Ich könnte auch über die Frage des Wohnbaues sprechen. Glauben Sie es uns, Herr Abg. Wenger, daß es gerade uns sehr schmerzlich trifft, wenn wir hier Abstriche vornehmen mußten, denn seit dem Jahre 1950 ist die Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich ein innerstes Anliegen von uns gewesen, für das wir von Anfang an gekämpft haben. Seien Sie aber auch versichert, daß der Herr Landesrat Müllner, der angeblich das Land in Grund und Boden hineingewirtschaftet hat, schon im Jahre 1956 noch eine Möglichkeit finden wird, daß diese Landeswohnbauförderung so durchgeführt wird, wie wir es im Interesse unserer Bevölkerung und nicht zuletzt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Niederösterreichs wünschen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben uns, vielleicht unbewußt, eine hohe Anerkennung zuteil werden lassen, wenn Sie sagen, daß sich die ÖVP. mit der Familienpolitik so lange und so intensiv beschäftigt. Ja, wir bekennen uns dazu; vielleicht habe ich im Laufe der Spezialdebatte noch die Gelegenheit, auf diese Frage einzugehen. Wir haben uns von Anfang an mit dieser Frage eingehend beschäftigt und haben auch hier konstruktive Vorschläge gemacht. Gerade das Land Niederösterreich, als das geburtenärmste Land, hat hier immer eine vorbildliche Familienpolitik betrieben, und das wird von den Landesbeamten aller Schattierungen auch ungeschmälert anerkannt.

Wenn Sie über das Wohnungsanforderungsgesetz hier polemisieren, Herr Abg. Wenger, muß ich Ihnen folgendes sagen: Erstens haben Ihre Parteifreunde drüben im Parlament dabei mitgestimmt, warum Sie daher hier dagegen reden, weiß ich nicht. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bei was mitgestimmt?)* Es ist das also eine Kritik des Abg. Wenger an den Sozialisten? *(Zu Landeshauptmannstellvertreter Popp gewendet:)* Mitgestimmt für die Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie sind ein ahnungsloser Engel! — Abg. Staffa: Wo wurde über den Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes abgestimmt?)* Im Ministerrat wurde beschlossen, daß es nicht verlängert wird. Warten wir einmal ab. In einem Jahr werden wir sehen, ob das sehr schlecht war oder ob sich nicht dadurch eine Besserung auf diesem Gebiete ergibt. Lassen wir die Nichtverlängerung dieser Bestimmung ein Jahr erproben, und nach einem Jahr reden wir weiter. Ist das wirklich schlecht gewesen, dann können wir immer noch polemisieren. Bisher hat es sich gezeigt, wenn eine Bewirtschaftung aufgehoben wurde, daß immer eine Erleichterung auf diesem Gebiete zu spüren war.

Auch bei der Marchfeldbewässerung und bei den Maschinenstationen hat sich das Gleiche gezeigt. Ich glaube mich nicht zu irren, Herr Abg. Wenger. Der Herr Abg. Zeyer wird bereit sein, Sie zu einer Maschinenstation in seinem Bezirk zu führen, damit Sie sich über den Stand dieser Angelegenheit informieren können. Sie können sich heute kein anderes Urteil darüber bilden, weil Sie noch keine solche Maschinenstation gesehen haben. Ich bin aber davon überzeugt, wenn Sie diese Einrichtungen sehen, werden Sie ein ganz anderes Urteil gewinnen, allerdings nur, wenn Sie objektiv sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einleitend gesagt, ich hätte mich etwas zu früh gefreut, und es wäre nur die Rede des Abg. Wenger die Ursache gewesen, wenn ich in meinen Ausführungen auch etwas polemisch geworden bin. Ich wünsche aber im Interesse des niederösterreichischen Landes, im Interesse der Beratungen zu diesem Voranschlage, daß wir in der Debatte jene Atmosphäre schaffen, die gestern nach der Rede des Herrn Landesfinanzreferenten und nach der Rede Ihres ersten Sprechers, des Herrn Vizepräsidenten Wondrak, geherrscht hat. Diese Einstellung verlangt die Würde dieses Hauses, diese Einstellung verlangt die Notwendigkeit, den Wiederaufbau des wiederbefreiten Niederösterreich wirklich durchführen zu können. Alle diese Fragen können in Sachlichkeit gelöst werden. Es mag Differenzen, Meinungsverschiedenheiten oder verschiedene Auffassungen geben, aber in sachlicher Diskussion wird man einen gemeinsamen Weg finden. Und um diese sachliche Diskussion sind Sie noch einmal gebeten.

Es gehört zur Bereinigung dieser besonderen Lage Niederösterreichs der Mut, neue Wege zu gehen, neue Möglichkeiten auszuschöpfen, um für dieses Land Niederösterreich und seine Bevölkerung einen Vorteil zu schaffen. Es gehört dazu vor allem der Mut zur Verantwortung in guten und in schlechten Tagen, auch bei einem Budget, das am Anfang etwas eng aussehen mag, und nicht nur bei einem Budget, das sehr viele Mittel beinhaltet und wo man daher freigebiger ausgeben kann.

Sachlichkeit, der Mut, alle Möglichkeiten auszunützen, mutig alle Wege zu beschreiten, und der Mut zur Verantwortung, das sind die Notwendigkeiten. Auf unserer Seite werden Sie diese Voraussetzungen finden. Wir bitten Sie, daß Sie uns auf diesem Wege, soweit es geht, entgegenkommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste zur Generaldebatte ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Einleitung in die Spezialdebatte zum ordentlichen Voranschlag.

PRÄSIDENT SASSMANN *(Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte):* Angenommen.

Wir gelangen zur Spezialdebatte.

Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Voranschlages nach Gruppen vorzunehmen, die Beratung und Beschlußfassung des außerordentlichen Voranschlages über alle Gruppen, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1956, des Dienstpostenplanes 1956 je unter einem abzuführen, und nach Verabschiedung des ordentlichen Voranschlages, des außerordentlichen Voranschlages, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1956 und des Dienstpostenplanes 1956 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1956 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und auch über den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlage Punkt 1 bis Punkt 12, Punkt 14 und Punkt 15, und Punkt 13 im Wortlaut des Gesetzes abstimmen zu lassen.

Ich ersuche nun den Herrn Referenten, Abg. Schöberl, zu Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, zu berichten.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Die Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, weist ordentliche Ausgaben im Betrage von 238,909.500 S aus, denen Einnahmen von 16,927.000 S gegenüberstehen. Hiebei sind entsprechende Anträge des Finanzausschusses gegenüber der Regierungsvorlage berücksichtigt. Es ergibt sich daher ein Nettoerfordernis von 221,982.500 Schilling.

Diese Gruppe enthält die Ausgaben und Einnahmen, soweit sie den Landtag, die Landesregierung, das Amt der Landesregierung, die Bezirkshauptmannschaften, besondere Verwaltungsbehörden, die Gebarung mit den Ruhe- und Versorgnungsgenüssen und sonstige in diesen Rahmen fallende Aufwendungen betreffen.

Die Ausgaben dieser Gruppe umfassen 28 Prozent des Gesamtaufwandes, während sich die gleiche Verhältniszahl im Vorjahr mit 25,5 Prozent bezifferte.

Der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 56,7 Millionen Schilling. Er entspricht dem Mehraufwand an Personalkosten. Zurückzuführen ist dieser Mehraufwand auf die sich nun ganzjährig auswirkende 3. Etappe der Bezugserhöhungen auf Grund der Bezugszuschlagsverordnung 1953 sowie auf die Gewährung von Überbrückungsvorschüssen in analoger Anwendung des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1955, betreffend dienstrechtliche Bestimmungen für die Bundesbediensteten und Landeslehrer. Des weiteren mußte für die zu erwartenden generellen Bezugsregelungen im Jahre 1956 vorgesorgt werden.

Als Neuerung in dieser Gruppe ist zu erwähnen, daß die Kosten der Leopoldistiftung der niederösterreichischen Landesregierung mit einem Betrage von 50.000 S erstmalig im Voranschlag eingesetzt sind und daß der Voranschlagsansatz 09-66, Kosten der Gemeinderatswahlen 1955, in Wegfall gekommen ist.

Die Mehreinnahmen von 2,9 Millionen Schilling ergeben sich in der Hauptsache aus den Mehreinnahmen an Pensionsbeiträgen von rund 1 Million Schilling und den erstmalig vorgesehenen Rückzahlungsraten von Wohnbaudarlehen für Landesbedienstete in der Höhe von rund 1,1 Millionen Schilling.

Gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit, eine Reihe von Krediten als gegenseitig deckungsfähig zu erklären, um der Verwaltung eine zweckentsprechende Bewirtschaftung zu ermöglichen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Spezialdebatte zu Gruppe 0 zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort als Kontraredner hat sich Herr Abg. Pospischil gemeldet.

ABG. POSPISCHIL: Hohes Haus! In dieser Gruppe steht der Abschnitt Landtag an der Spitze und wir glauben, daß das in Anbetracht der Tatsache, daß der Landtag das höchste Organ im Lande ist, auch vollkommen richtig ist. Wenn aber der Landtag eine Spitzenstellung in dieser Gruppe einnimmt, so soll das auch unserer Meinung nach darin zum Ausdruck kommen, daß die Leistung dieses Landtages und das Verhalten dieses Landtages gewürdigt werden kann. Ich möchte jetzt im Gegensatz zum Herrn Abg. Stangler, der sich ja über das Verhalten des Landtages gerade geäußert hat, keine Polemik beginnen, sondern möchte in dieser Gruppe auf einige besonders bedeutsame Tatsachen hinweisen.

In unserem Landtag werden Fragen behandelt, die von den beiden Regierungsparteien angeschnitten werden, und hiebei kommen jene Belange zu kurz, die von der Bevölkerung hier angeschnitten werden, jedoch infolge der sehr trüben Proporz- und Koalitionswirtschaft nicht

behandelt werden. Der § 64 der Geschäftsordnung des Landtages sieht vor, daß die Bevölkerung sich direkt mit Bittschriften und Eingaben an den Landtag wenden kann, und zwar dann, wenn diese von einem Abgeordneten dem Präsidenten des Landtages übergeben werden. Ich stelle fest, daß in der Vergangenheit verschiedene Organisationen in unserem Lande, unter anderem das Kinderland, die Sozialrentner und die Mieter, solche Bittschriften und Eingaben durch einen Abgeordneten dieses Landtages dem Herrn Präsidenten übergeben haben. Mit Bedauern muß ich aber feststellen, daß diese Bittschriften und Eingaben in den jeweiligen Ausschüssen nicht zur Behandlung gekommen sind, obwohl wir uns davon überzeugen konnten, daß der Herr Präsident diese den Ausschüssen überweisen hat lassen. Es gibt vielleicht hiefür Ursachen. Wir haben jedenfalls gehört, daß sich angeblich dafür kein Berichterstatter in diesen Ausschüssen gefunden hat. Wenn das aber so ist, dann sieht die Geschäftsordnung vor, daß solche Eingaben und Bittschriften, die in den betreffenden Ausschüssen nicht zur Behandlung kommen, der Landesregierung zur geeigneten Verfügung zu überweisen sind. Nun, die betreffenden Organisationen — ich habe sie hier genannt — haben keine Benachrichtigung von der Landesregierung erhalten, bzw. es ist auch sonst nicht irgendeine fühlbare Erledigung dieser überreichten Eingaben und Bittschriften festzustellen gewesen.

Ich möchte betonen, daß das eine nicht zu unterschätzende Mißachtung der Bevölkerung durch den Landtag und durch die Landesregierung ist und daß dabei nicht nur die Bevölkerung mißachtet wurde, sondern daß das auch eine Mißachtung der Demokratie ist.

Ich erlaube mir daher, aus den von mir hier angeführten Gründen dem Landtag einen Resolutionsantrag vorzulegen *(liest):*

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft die Bestimmungen des § 64 der Geschäftsordnung des niederösterreichischen Landtages zu beachten und Eingaben und Bittschriften entsprechend zu behandeln."

Ich muß bedauerlicherweise feststellen, meine Damen und Herren dieses Landtages, daß sich die hier aufgezeigte Willkür auch gegen die Abgeordneten dieses Landtages richtet. Auch hier wieder nur Tatsachen.

Es ist in fast allen parlamentarischen Körperschaften unseres Landes eine Gepflogenheit, daß die Sitzungstermine und die Tagesordnungen der Sitzungen jeweils zwischen dem Präsidenten und den Klubobmännern besprochen werden. Ich möchte feststellen, daß in der letzten Zeit auch die zweitstärkste Partei, die SPÖ., bei verschiedenen Anlässen übergangen wurde. Aber das ist Sache der SPÖ. Wir stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, daß man die Demokratie nicht erst bei einem bestimmten Proporz beginnen kann, sondern daß sie ungeteilt und restlos eingehalten werden muß.

Es gibt auch andere Gebiete, wo so ein Mangel zu verspüren und festzustellen ist, zum Beispiel beim Finanzkontrollausschuß. Ich möchte darauf hinweisen, daß die derzeitige Zusammensetzung des Finanzkontrollausschusses zwar der Landesverfassung entspricht, aber keineswegs dem Geiste einer wirklichen Demokratie. Dazu ist zu sagen, daß hier eine Kontrolle durch die Bevölkerung, die ja die Steuermittel aufbringt und daher an einer Kontrolle interessiert sein muß, nicht vorhanden ist. Man kann nicht von einer Kontrolle sprechen, wenn sich zwei Regierungsparteien durch einen Finanzkontrollausschuß, der nur aus Vertretern dieser beiden Regierungsparteien besteht, selbst kontrollieren. Man müßte es als selbstverständlich voraussetzen, daß, wenn man schon von einer Kontrolle spricht, eine Möglichkeit besteht, daß auch die Vertreter der Opposition an dieser Kontrolltätigkeit teilnehmen.

In dieser Gruppe 0 nehmen auch die Bezirkshauptmannschaften einen bedeutenden Platz ein. Gerade hier im niederösterreichischen Landtag ist in den vergangenen Jahren schon des öfteren über die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften gesprochen worden. Es wurden Anträge in dieser Richtung vorgelegt und sogar beschlossen, ja sogar von allen Fraktionen gemeinsam beschlossen. Ich verweise darauf, daß auch die SPÖ.-Fraktion schon des öfteren über diese Frage gesprochen und auch Anträge vorgelegt hat. Aber bis heute ist auf diesem Gebiete soviel wie nichts geschehen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, vor allem an die Kollegen der SPÖ.-Fraktion die Frage zu stellen: Wie viele Jahrzehnte müssen wir eigentlich noch einen sozialistischen Innenminister haben, bis dieser endlich einmal auf die Idee kommt, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen, damit die jahrzehntelange Forderung der Arbeiter, die Bezirkshauptmannschaften zu demokratisieren, einer Verwirklichung zugeführt werden kann? Ich glaube, daß man die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften nicht auf die leichte Schulter nehmen kann und soll, denn gerade einige Beispiele aus der letzten Vergangenheit beweisen, wie notwendig es wäre, diese Demokratisierung zu verwirklichen. Ich verweise auf die Bezirke Gänserndorf, Mistelbach und Melk, wo in einer ungesetzlichen Weise die Gendarmerie mißbraucht wurde, die Kleinpächter einzuschüchtern.

In dem vorliegenden Budget, in der Gruppe 0, kommt auch zum Ausdruck, daß wir das kom-

mende Jahr erhöhte Personalausgaben haben werden, und zwar vor allem durch eine beträchtliche Vermehrung des Personalstandes. Im Bericht zum Budget kann man feststellen, daß diese beträchtliche Vermehrung des Personalstandes 532 Dienstposten ausmacht und daß davon eine echte Vermehrung für das Land mit 214 Dienstposten festzustellen ist. Die Gruppe 0, meine Damen und Herren, betrifft nun die Art und Weise, wie diese Vermehrung durchgeführt wird. Ich meine damit, daß endlich einmal der Forderung Rechnung getragen werden sollte, die hier im Landtag schon des öfteren erhoben wurde, nämlich daß die Ausschreibung von Stellen für den Landesdienst in aller Öffentlichkeit erfolgen sollte. Es ist aber kein einziger Abgeordneter hier, der imstande wäre, mir auch nur ein einziges Amtsblatt zu zeigen, in dem eine solche öffentliche Ausschreibung von Dienstposten in der Landesverwaltung erfolgt wäre.

Bei der Besetzung der pragmatischen Dienstposten soll auch nach § 7 Abs. 4 der Dienstpragmatik, auf die immer hingewiesen und die immer wieder als ein Muster bezeichnet wird, bei sonst gleicher Voraussetzung auf die bereits in der Landesverwaltung beschäftigten Vertragsbediensteten in erster Linie zurückgegriffen werden. Die Nichtzugehörigkeit solcher Bediensteter zu einer Mehrheitspartei ist offensichtlich die Ursache, daß in der Richtung nicht vorgegangen wird. Ich muß sagen, daß das sehr, sehr wenig mit einer wirklich demokratischen Auffassung zu tun hat. Die Nichtbeachtung der demokratischen Grundregeln findet auch in der Tatsache eine Fortsetzung, daß die Landesregierung im eigenen Machtbereich sozusagen Beförderungsrichtlinien für die Landesbediensteten beschlossen hat, die sie aber selber bemerkenswerterweise nicht einhielt.

Ein anderer Mangel im Personalwesen unseres Landes und in den Rechten der Landesbediensteten ist auch das Fehlen gesetzlicher Bestimmungen für die Vertragsbediensteten, die in einer ähnlichen Weise Regelungen treffen sollen, wie sie die pragmatischen Bediensteten ja bereits haben. Dieser Mangel muß dazu führen, daß die Vertragsbediensteten in ihrer Behandlung einer Willkür ausgesetzt sind, und zwar — das ist klar — einer Willkür der Mehrheitsparteien. Solange diese Mängel nicht behoben werden, sind wir der Auffassung, daß niemand hier im Lande das Recht hat, von einer fortschrittlichen Personalverwaltung zu reden.

Ich habe nun an einigen Beispielen aufgezeigt, daß es hier noch arge und ernste Mängel gibt, die dem Zustandekommen einer echten demokratischen Gesinnung entgegenstehen, und ich glaube, daß auch noch als ein anderes Beispiel für diesen Mangel an demokratischer Gesinnung die nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgte und gehandhabte Vergebung der Wohnbauförderungskredite zu bezeichnen ist. Ich verweise darauf, daß der Landtag am 11. März dieses Jahres auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes von 1954 ein Gesetz über die Errichtung eines Wohnbauförderungsbeirates beschlossen hat. In diesem Gesetz heißt es im § 2 Absatz 4 *(liest)*: „Vor der erstmaligen Ausübung der Funktion haben der Vorsitzende dem Landeshauptmann und die übrigen Mitglieder dem Vorsitzenden mit Handschlag zu geloben, daß sie ihre Funktion gewissenhaft und unparteiisch ausüben werden." In dem Landesgesetz über die Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds für das Bundesland Niederösterreich heißt es im § 6 Absatz 3 über die Begutachtung der Anträge zur Gewährung einer Fondshilfe *(liest)*: „Der Wohnbauförderungsbeirat hat seiner Zusammensetzung und Mitgliederzahl nach der Zusammensetzung und Mitgliederzahl der Landesregierung zu entsprechen; die Mitglieder sind von den in der Landesregierung vertretenen politischen Parteien zu entsenden."

Ich möchte dazu nur kurz feststellen, daß man eine Mißachtung dieser Bestimmung konstatieren muß, denn augenscheinlich wird die Vergebung dieser Kredite nicht nach demokratischen Grundsätzen, sondern nach einseitigen parteipolitischen Erwägungen durchgeführt. Es fehlt also noch sehr viel zu einer wirklichen Demokratie, sowohl hier im Landtag als auch in der Landesverwaltung.

Abschließend möchte ich zu dieser Gruppe sagen, daß zwar auch die niederösterreichsche Bevölkerung mit großer Genugtuung den Abschluß des Staatsvertrages begrüßt hat, insbesonders auch das Neutralitätsstatut Österreichs, daß man aber untrennbar mit dieser Neutralitätserklärung auch im Inneren des Staates und damit auch im Inneren unseres Landes eine echte Demokratie verbinden muß. Erst wenn diese Demokratie auch im Inneren unseres Landes gefestigt, wirklich hergestellt wird, kann man davon reden, daß die von Österreich erklärte immerwährende Neutralität auch als gesichert zu betrachten ist.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Gerhartl.

ABG. GERHARTL: Hoher Landtag! Wir alle hatten Gelegenheit zu sehen, daß der Krieg und die Nachkriegszeit eine Völkerwanderung auslösten. Hunderttausende wurden von ihren Heimstätten vertrieben und mancher von uns hatte als Soldat Gelegenheit, in der Gegend von Znaim oder im Banat zu sein und zu beobachten, wie die Menschen von dort nur deshalb weggetrieben wurden, weil sie der deutschen Sprache mächtig waren und dort in sehr soliden wirtschaftlichen Verhältnissen lebten. Sie wurden als Nationalisten, also aus politischen Beweggründen aus ihren

Häusern getrieben und mußten mit ihren wenigen Habseligkeiten ihre Heimat verlassen und — wir haben sie oft und oft begegnet — nur mit dem Notwendigsten versehen, mit etwas Essen für die nächsten paar Tage, alles was sie und ihre Vorfahren sich in schwerer Arbeit erworben haben, zurücklassend, in eine neue Heimat flüchten. Sie flüchteten nach Österreich, in eines der nächsten ruhigen Grenzländer, wo ihnen also eine gewisse Freiheit winkte. Hier haben sich dann hunderttausende dieser Flüchtlinge niedergelassen. Sie haben begreiflicherweise bald eingesehen, daß ein Zurück fast aussichtslos erscheint, sie mußten sich also damit abfinden, und sie suchten daher hier wirtschaftlich, wohnungsmäßig und auch menschlich Kontakt zu finden und Wurzel zu schlagen. Sie versuchten aus diesem Grunde aus ihrer unsicheren Stellung als Staatenlose, aus dieser Ausnahmestellung herauszukommen und bemühten sich, den Schutz des Gesetzes, den jeder Staatsbürger besitzt, auch für sich zu beanspruchen. Das heißt, sie haben um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft angesucht. Man könnte nun annehmen, daß für jene Menschen, die durch das Schicksal meist schuldlos von ihren Heimstätten vertrieben wurden und hier eine neue Heimat gefunden haben, nur die Beurteilung der menschlichen Charaktereigenschaften genügen würde, um ihre Ansuchen um die Verleihung der Staatsbürgerschaft in irgendeiner Form günstig zu erledigen. Wir konnten feststellen, daß es teilweise rasch gegangen ist; bei anderen, ganz gleich gelagerten Fällen mußten wir aber die Feststellung machen, daß es vier, fünf, ja jetzt schon sechs Jahre dauert, ohne daß es möglich wäre, die Verleihung der Staatsbürgerschaft durchzusetzen. Ich verstehe vollkommen, daß jeder Staat und jedes Land auf das sorgfältigste und genaueste prüft, wen er in seinen Verband als Staatsbürger aufnimmt. Das zuständige Referat, das also diese Überprüfungen durchzuführen hat — ich möchte gleich dazu sagen, daß es für seinen guten Ton im Verkehr mit diesen verfolgten Menschen zu loben ist —, hat sich also bemüht, die Unterlagen zu sammeln, sie durchzusieben und die Erhebungen bei den Bezirkshauptmannschaften und bei den zuständigen Wohnsitzgemeinden durchzuführen. Es hat also das ganze Material, das die gesetzlichen Voraussetzungen für die Staatsbürgerschaftsverleihung bringen soll, geordnet und es der entscheidenden Stelle weitergegeben. Es hat Spreu von Weizen gesondert, hat festgestellt, der oder der kommt nicht in Frage, er ist irgendwie bedenklich. Aber es sind tausende übrig geblieben, die für die Verleihung der Staatsbürgerschaft in Frage kämen. Wenn man nun in das Referat hinüberkommt und sich für den einen oder den anderen Fall interessiert, kann es einem passieren, das man hört: Herr Abgeordneter, von uns aus ist der Akt fertig, er ist auf x Listen verzeichnet, er ist mit einem Wort sitzungsreif, das heißt, er müßte aufgerufen werden und in eine Landesregierungssitzung kommen, sonst sind alle Bedingnisse, wie sie das Gesetz verlangt, erfüllt. Es ist aber für viele, viele Hunderte, die vom Amt die Voraussetzungen zugesprochen bekommen haben, nicht möglich, die Verleihung der Staatsbürgerschaft zu erreichen. Der Herr Innenminister hat im Jahre 1954 einen abgekürzten Weg vorgeschlagen. Das Parlament hat am 2. Juni 1954 dieses Gesetz über die Staatsbürgerschaftserklärung der Volksdeutschen beschlossen. In diesem Gesetz heißt es also im § 1 *(liest):* „Die Personen deutscher Sprachzugehörigkeit, die staatenlos sind, oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist (Volksdeutsche), erwerben durch Erklärung, der österreichischen Republik als getreue Staatsbürger angehören zu wollen, die Staatsbürgerschaft, wenn sie die im § 2 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen." Im § 3 heißt es dann *(liest):* „Das Amt der Landesregierung hat von amtswegen zu ermitteln, ob die in diesem Bundesgesetz für den Erwerb der Staatsbürgerschaft, gegebenenfalls auch für den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Rechtsfolge vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind. Hierüber ist ein Bescheid zu erlassen. Sind die Bedingungen erfüllt, ist im Bescheid auszusprechen, daß der Erklärende, gegebenenfalls auch die im § 4 bezeichneten Personen die Staatsbürgerschaft im Zeitpunkte der Abgabe der Erklärung erworben haben."

Wir in Niederösterreich müssen nun feststellen, daß dieses gutgemeinte Gesetz nicht den Erfolg gebracht hat, den sich die Urheber des Gesetzes vorstellten. In Niederösterreich wurden daraufhin 2050 Erklärungen abgegeben. Bis heute — 6 Monate Frist sollen zur Erlassung eines Bescheides gesetzt sein — seit 2. Juni 1954 haben sich also 2050 Volksdeutsche gemeldet, die im Wege der Erklärung die Staatsbürgerschaft haben wollen. Davon sind bis heute 373 positiv und 150 negativ erledigt worden. Die Burgenländer waren diesbezüglich weitaus fleißiger und haben den Menschen, die seit langen Jahren um ein neues Zuhause ringen, mehr Entgegenkommen gezeigt. Von 645 abgegebenen Erklärungen wurden 578 positiv und nur 1 negativ erledigt. Auch das Land Wien hat von 4280 abgegebenen Erklärungen 3119 positiv und 183 negativ erledigt. Wir verstehen es also nicht, daß man sich jetzt, wo doch schon die Erledigung der Normalfälle bei Staatsbürgerschaftsansuchen 4, 5 und 6 Jahre gedauert hat und manche Ansuchen noch immer nicht erledigt sind, diese schleppende Erledigung gefallen läßt. Es wäre doch Aufgabe der Allgemeinen Verwaltung, wenn sie auf ihr Ansehen bedacht ist, daß sie diese Zustände abstellt. Ich möchte also hier ersuchen, dahin zu wirken, daß sich die maßgebenden Stellen nicht vom poli-

tischen Standpunkt eines Bewerbers leiten lassen — eine andere Erklärung gibt es für diese schleppende Erledigung nicht —, sondern daß sie das menschliche Gefühl zu Worte kommen lassen. Bedenken Sie doch, was diese Menschen verloren haben, in welchen Verhältnissen sie gezwungen sind, jetzt zu leben! Erleichtern Sie ihnen das Dasein wenigstens dadurch, daß sie den Schutz durch die Sozialrechte unserer Republik in Anspruch nehmen können. Die Staatsbürgerschaftserklärung hat doch den Sinn gehabt, den Volksdeutschen einen leichteren Weg gehen zu lassen. Ich bitte daher die maßgebenden Stellen in diesem Hause, vor allem den Herrn Landeshauptmann als den zuständigen Mann dafür, diese ganzen Ansuchen zu kontrollieren, zu überprüfen und endlich diesen Menschen das Recht, das ihnen gebührt, zuzuerkennen.

Ich benütze nun auch die Gelegenheit, nachdem mir das Wort erteilt ist, über meinen Kollegen Dubovsky einige Bemerkungen zu machen. Er hat vormittags gemeint, wir werden in Zukunft bezüglich der Anleihe einen Wettbewerb zwischen zwei Großmächten erleben, und er ist ohne weiteres dafür zu haben, daß Amerika zu den gleichen Bedingungen eine Anleihe uns anbietet. Er wolle in diesem Falle für die Aufnahme der Anleihe stimmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir 10 Jahre lang auf diesem Gebiete einen Wettbewerb hatten. 1945 begann die UNRRA mit ihrer Hilfsaktion, sie wurde vom Marshallplan abgelöst und dann bekamen wir die ERP-Mittel. Ich frage hier den Abg. Dubovsky, was der zweite Wettbewerbspartner dagegen in den 10 Jahren Österreich gegeben hat? Er hat u. a. auch gesagt und den Vorwurf an die sozialistische Fraktion gerichtet, daß er sich nicht vorstellen kann, daß man eine Stunde gegen eine Sache reden und dann in einer einzigen Minute dafür stimmen kann. Aber der Herr Abg. Dubovsky hat dabei auf eines vergessen, nämlich daß er die ganze Zeit — und seine Kollegen haben ihm dabei assistiert — gegen die Niogas geredet und in einem Atem dazu die Finanzierung angeboten hat. Das heißt also, die Niogas könnte mit dem Beschluß an sich nicht gefährlich werden, erst wenn sie über die finanziellen Mittel verfügt, dann könnte die Sprengung des großen Erdölbetriebes gelingen, und dazu sei die Anleihe notwendig. Auf meine Frage durch einen Zwischenruf, er möge die Heimkehrer über das russische System reden hören, hat er geantwortet, das seien Verbrecher. Er hat es dann umgedeutet auf den Kriminalrat Sanitzer. Das ist aber nicht auf Sanitzer allein gemünzt, sondern zweifellos auf alle Heimkehrer, die in den letzten Monaten heimgekommen sind. Erhärtet wird diese Feststellung durch den Ausspruch seines Kollegen im Nationalrat, der erklärt hat, es wären nur mehr Kriegsverbrecher in Rußland. Wir hatten nun Gelegenheit, in den letzten Tagen mit jenen Männern zu reden, die jetzt erst aus Rußland gekommen sind. Da kann ich dem Herrn Abg. Dubovsky sagen, daß diese Männer für harmlose Dinge, und zwar nach österreichischer Auffassung für ganz harmlose Dinge in Rußland 25 Jahre Kerkerstrafen bekommen haben. Wenn diese Dinge in Österreich ebenfalls nach sibirischem Recht abgeurteilt würden, ich glaube der Abgeordnete Dubovsky müßte viermal zur Welt kommen und dann jedesmal hundert Jahre leben, um diese Strafen absitzen zu können. In diesem Zusammenhang denke ich an die Rolle, die er im Oktober 1950 in seinem Verhalten gegen Österreich gespielt hat. Dazu kam noch die ausgesprochene Schäbigkeit, dem Innenminister in der Art des Rufmordes Fälle anzuhängen. Dazu kam noch die Angelegenheit, die der Bildtelegraph in übler Kritik dem Bürgermeister Wehrl von Wiener Neustadt unterschoben hat. Ich glaube, in dieser Angelegenheit wird noch an Ort und Stelle weitergesprochen werden müssen. Es entspricht sicher nicht der Würde dieses Hauses, Beschuldigungen so leichtfertig auszusprechen.

Zum Schluß möchte ich noch auf das zurückkommen, was der Herr Abg. Dubovsky bezüglich der Behandlung in den Kerkern und Konzentrationslagern der Nazis geschildert hat. Für mich ist es unverständlich, daß der Herr Abgeordnete Dubovsky ein System deckt, das die gleichen Bestrebungen, nämlich den Widerstand gegen ein unbequemes System, durch Strafen viel ärger wertet, als es die Nazis getan haben. Er findet es in Ordnung, wenn dafür 20—25 Jahre Kerker, noch dazu unter unmenschlichen Verhältnissen, verhängt werden. Deshalb glaube ich mit der Feststellung schließen zu können, daß, wer die Nazikerker gekannt und die Literatur darüber studiert hat, sagen kann, daß sie fürchterlich waren. Aber wer die jetzigen Systeme in den Volksdemokratien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei kennt, wo man jede Regung des Protestes grausam unterdrückt, wo man die politischen Gegner, die Sozialdemokraten und die Priester einsperrt, wo die Abgeordnete Anna Kethly in Ungarn lange Zeit in Haft gehalten wurde, der muß sagen, daß derjenige, der diese Systeme deckt, moralisch nicht das Recht hat, einen Protest gegen ein anderes Gewaltregime auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Tesar.

ABG. TESAR: Hohes Haus! Lassen Sie mich kurz, Herr Abg. Pospischil, punkto Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften sagen, daß in Ausführung ergangener Vorschriften ein Beirat geschaffen wurde, der sich speziell mit größeren Fürsorgefragen, die draußen auftauchen, beschäf-

tigt, und daß damit schon eine teilweise Fühlungnahme mit den Gemeinden in diesen wichtigen Fragen stattfindet. Im übrigen können wir feststellen, daß schon vor 10 Jahren über diese Demokratisierung der inzwischen in der Gefangenschaft verstorbene Abg. Gruber und dann später Abg. Staffa gesprochen haben. Zu unserem Erstaunen lesen wir nun in der „St. Pöltner Rundschau", Ihrem Parteiorgan, daß dem scheidenden Hofrat Suchanek, der als vom Landeshauptmann ernannter Bezirkshauptmann von St. Pölten dort wirksam gearbeitet und als Beamter voll und ganz seine Pflicht in objektiver Weise erfüllt hat, Dank und Anerkennung ausgesprochen wurden. Gleichzeitig wurde der kommende Bezirkshauptmann Dr. Hamböck begrüßt. Wir verzeichnen dies mit Genugtuung, weil es ein Zeichen dafür ist, daß sich die Bezirkshauptleute infolge ihrer Arbeit durchgesetzt haben. Wollen wir hoffen, daß die Forderung nach Demokratisierung nicht mehr erhoben wird.

Punkto Staatsbürgerschaften können wir zu den Ausführungen des Abg. Gerhartl wohl sagen, daß das Referat in jeder Weise bemüht ist, alles das zusammenzubringen, was eben aktenmäßig notwendig ist. Daß das eine mühevolle Arbeit ist, das wird jeder Abgeordnete, ganz gleich, welcher Parteirichtung er angehört, bestätigen. Wir alle haben das Bestreben, diesen notleidenden Menschen, die ohne ihre Schuld zu uns gekommen sind, zu helfen und ihnen auch, staatsbürgerlich gesehen, eine Heimstätte zu geben.

Wir haben gestern vom Finanzreferenten in seinem Schlußwort das Wort Verantwortungsbewußtsein gehört, als er sein Finanzprogramm oder, besser gesagt, den Landeshaushaltsplan 1956 hier vertreten hat. Wenn wir wissen, daß 70 Millionen im ordentlichen und 30 Millionen im außerordentlichen Haushalt als Fehlbetrag aufscheinen, dann wäre es wohl nützlich gewesen, wenn die Gegenseite Vorschläge vorgebracht hätte, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können. Diese Vorschläge müßten darin gipfeln, wo wir neue Einnahmen hernehmen können. Der Landesfinanzreferent hat schon auf diese Notwendigkeit hingewiesen, weil es sonst zu einem Abbau bestimmter Aufgaben kommen muß. Wir unterstützen den Finanzreferenten in seinen Bestrebungen, der immer und immer wieder mit Recht über die derzeitige Form der Teilung der Abgaben zwischen Bund und Ländern Klage führt. Der Herr Abg. Stangler hat schon auf die Budgetdebatte in den Landtagen von Vorarlberg und Tirol hingewiesen. Auch wir Abgeordnete des niederösterreichischen Landtages können das Vorgehen des Bundes auf diesem Gebiete nicht auf die Dauer gutheißen.

In dasselbe Horn wie hier der Landesfinanzreferent müssen die Mandatare der Gemeinden und Bezirke draußen blasen, die dafür Sorge tragen müssen, die Mittel aufzubringen, um im kommenden Jahr ihre Lasten tragen zu können. Es ist daher unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, daß wir nichts unversucht lassen, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Wir müssen Mittel und Wege suchen, um Einnahmen zu ergattern, damit wir jene Ausgaben tätigen können, die wir machen müssen, damit nicht ein nicht wiedergutzumachender Schaden eintritt.

Wenn wir feststellen müssen, daß in Niederösterreich — Abg. Stangler hat ja bereits dementsprechende Ziffern vorgebracht — die Steuereinnahmen fast um 40 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegen, dann kann man die Schwierigkeiten verstehen, denen wir in unserem Lande begegnen. Hier soll durch ein sogenanntes Nachziehverfahren eine Wiedergutmachung herbeigeführt werden.

Der Abg. Wenger hat in seinen Ausführungen dieses Nachziehverfahren, das von uns vorgeschlagen wurde, ins Lächerliche zu ziehen versucht, indem er behauptete, man sei bei der Aufstellung dieser Forderungen zu leichtfertig vorgegangen. Ich möchte ihm darauf erwidern, daß sich jedes Bundesland bemüht, in seine Städte Garnisonen zu bekommen. Gott sei Dank ist Niederösterreich durch die Unterstützung der zuständigen Bundesstellen hier nicht zu kurz gekommen, wir können uns nicht beklagen, daß wir in dieser Beziehung etwa schlecht abgeschnitten hätten.

Es ist richtig, daß uns noch nicht die Erfüllung aller unserer Forderungen zugesagt worden ist. So ist die Frage der Übernahme von hunderten Straßenkilometern durch den Bund natürlich nicht von heute auf morgen zu lösen. Aber auch hier werden wir sehen, daß der Bund dem Lande Niederösterreich sehr wirksam helfen wird.

In der Gruppe 0 spielt die Verwaltung eine große Rolle. Gerade hier müssen wir darauf hinweisen, daß in der Verwaltung die größte Sparsamkeit walten muß, weil rechnungsmäßig fast 40 Prozent der Gesamtausgaben auf Personallasten entfallen. Ohne vielleicht in irgendeiner Form gegen die Beamten und Angestellten des Landes gehässig zu sein, muß unsere Forderung lauten, daß keine neuen Schreibtische mehr geschaffen werden sollen, schon aus dem Grund, weil wir auf dem Personalsektor für das kommende Jahr 9000 Posten vorgesehen haben. Wir haben daher die verdammte Pflicht und Schuldigkeit darum besorgt zu sein, daß die Personallasten, die Gehälter, auch tatsächlich ausbezahlt werden können.

Ich möchte auch hervorheben, daß Vorsorge getroffen werden muß, daß auch die Rechnungen, die dem Lande für die Sachausgaben kredenzt werden, so wie bisher pünktlichst bezahlt werden, denn es hat Jahre gegeben, wo die Lieferanten,

Unternehmer usw. monatelang auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten mußten. Hier ist es Gott sei Dank besser geworden, und dafür möchte ich dem Finanzreferenten wahrhaftig in objektiver Weise herzlichst danken. Ich hoffe, daß es auch in Zukunft so bleibt.

Nicht minder wichtig als diese Forderung „Keine neuen Schreibtische!" ist der Ruf nach einer Verwaltungsreform. Das Volk wartet mit Ungeduld darauf. Ich weiß, daß hier das Land weniger als der Bund Remedur schaffen kann. Ich erinnere nur, daß wir immer und immer wieder in jeder Bugdetdebatte die Forderung aufstellen, daß beispielsweise das Amt für Statistik und dergleichen nicht immer unzählige Zetteln hinausgeben möge, um Erhebungen auch bei kleinsten Werkstätten, kleinsten Unternehmungen und dergleichen durchzuführen, weil wir draußen die Landwirtschaftskammern, die Bezirksstellen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, die Bezirksstellen der Arbeiterkammer haben, die in viel leichterer Art und Weise, vielleicht auch objektiver als durch die Zettel des Statistischen Amtes, die nötigen Unterlagen liefern können. Hier wäre es wohl gut und nützlich, wenn man diese Unmengen von Papier in irgendeiner anderen Art und Weise, etwa zum Export oder dergleichen, bereitstellen würde. Diese Papiermengen, die hier unnütz aufgebracht werden und aufgebracht werden müssen, könnten einer nützlicheren Verwendung zugeführt werden.

Eine nicht minder wichtige Forderung ist die, daß draußen bei den Finanzämtern den Finanzamtsleitern, die das Recht haben, über gewisse Beträge selbständig zu entscheiden, dieses Recht in der Weise erweitert wird, daß sie auch bei den Grunderwerbsteuer-, bei den Erbschaftssteuerangelegenheiten und dergleichen sagen wir bis zu Beträgen von 10.000 oder 20.000 Schilling selber entscheiden können und den Akt nicht erst an das Gebührenamt nach Wien senden müssen, wo ungeheure Stöße von Akten sich ansammeln und daher die Leute monatelang warten müssen, um nach Erhalt der Aufforderung zur Einzahlung der Gebühren einen Grundbuchauszug oder dergleichen erhalten zu können.

Das sind ein paar Beispiele, die den Bund betreffen. Aber ebenso wichtig ist es, daß wir auch beim Land, angefangen vom höchsten Beamten bis hinunter zum letzten Kanzlisten, bestrebt sind, nichts unversucht zu lassen, die Verwaltungsreform in eigener Regie so durchzuführen, damit das Volk die Meinung bekommt, daß wir hier mit gutem Beispiel vorangehen. In erster Linie wäre das eine Angelegenheit der Gesetzgebung, in zweiter Linie aber auch der Verwaltung. Es müßten auch einheitliche Richtlinien bei den Bezirkshauptmannschaften zu Nutz und Frommen der Gemeinden erlassen werden. Von gleicher Wichtigkeit wäre es, wenn eine einheitliche Geschäftsordnung eine Kompetenzenregelung treffen würde, und daß weiters überholte Gesetze als nicht mehr gültig erklärt werden.

In diesem Sinne, meine verehrten Herren Abgeordneten, gestatte ich mir, einen Resolutionsantrag zur Gruppe 0 zu stellen, der lautet *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in engster Zusammenarbeit mit dem Finanzkontrollausschuß alle ihr möglich scheinenden Vorkehrungen zu treffen, um die Verwaltung des Landes zu vereinfachen."

Es ist fast wie ein roter Faden in den Ausführungen der Redner der Gegenseite das Bestreben zu erkennen gewesen, die Finanzlage Niederösterreichs in möglichst düsteren Farben zu schildern. Der Kollege Stangler hat darüber schon Ausführliches gesagt, und wir bedauern die Tatsache, daß diese Mitteilungen über diesen Saal hinausgegangen sind, aus dem einfachen Grunde, weil wir niederösterreichischen Mandatare meiner bescheidenen Meinung nach die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, für unser Land zu sprechen, für unser Land zu arbeiten. Wir können wohl sagen, vor zehn Jahren waren es beherzte Männer, Niederösterreicher, die damals die schwierige Situation gemeistert haben: ein Figl damals in der Bundesregierung als Kanzler, unter den schwierigsten Verhältnissen nicht nur besorgt für sein Niederösterreich, sondern auch für die Stadt Wien, auf der einen Seite in den Ernährungsangelegenheiten unterstützt von unserem damaligen Ernährungsreferenten Steinböck, und auf der anderen Seite wieder unterstützt durch Landeshauptmannstellvertreter Kargl in der Herbeischaffung von Autos, damit der damals so schwierige Verkehr in Ermangelung anderer Transportmittel bewältigt und durchgeführt werden konnte. Und wenn wir heute sagen können, daß wir wieder beherzte Männer an der Spitze der Regierung haben, die uns 1955 den Staatsvertrag gebracht haben und im Lande Niederösterreich bestrebt sind, nichts unversucht zu lassen, um auch hier wieder das Bestmögliche zu schaffen, dann können wir wohl sagen, daß wir Niederösterreicher, wenn auch etwas spät, als heimattreues Land in diesem großen Vaterstaat Österreich das eine erreichen werden, nämlich daß wir mit ruhiger Zuversicht in die Zukunft blicken können, wenn eben nicht Bosheit, wenn nicht Unvernunft die Wege kreuzen, die unsere verantwortungsbewußten Männer zu Nutz und Frommen unseres Vaterlandes Niederösterreich gehen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Kuntner.

ABG. KUNTNER: Hohes Haus! Es ist eine betrübliche Tatsache, daß die Jugend — das ist bereits wiederholt festgestellt worden — am öffentlichen Leben nicht jenen Anteil nimmt und nicht jenes Interesse an der Beschäftigung mit politischen Fragen zeigt, wie man von ihr mit Rücksicht auf die Entwicklung des Staates verlangen könnte. Deshalb wurden, und das wird schon in verschiedenen Ländern und Gemeinden praktiziert, die Jungbürgerfeiern eingeführt, über die schon einige Erfahrungen vorliegen. Es erscheint nun notwendig, auch darüber ein paar Worte zu sprechen.

Die Idee der Jungbürgerfeiern ist von der Schweiz, der ältesten demokratischen Körperschaft Europas, ausgegangen. Diese Jungbürgerfeiern wurden dort schon im Jahre 1923 eingeführt und sind seit dem Jahre 1943, nach der 650-Jahrfeier der Schweiz, schon zu einer ständigen Einrichtung geworden. Sie wurden vom Lande Vorarlberg übernommen, und zwar über Initiative der Arbeiterkammer in Bregenz, die diese Idee aufgegriffen hat. Diese Jungbürgerfeiern in Vorarlberg wurden in den Jahren 1947/1949 organisiert, und es haben dort sehr prominente Redner, und zwar Dr. Karl Renner und der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Dr. Adamovich, die Festreden gehalten. Es haben sich mit dieser Frage alle Faktoren, die damit irgendwie in Berührung gekommen sind, beschäftigt, vor allem die überparteiliche Organisation des Österreichischen Bundesjugendringes, die dazu auch eine Broschüre herausgegeben hat. Auch die Landesjugendreferenten haben anläßlich einer Tagung im Oktober 1954 dazu Stellung bezogen. Der Zweck der Jungbürgerfeiern ist klar. Es sollen die jungen Menschen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, also in einem Jahr das aktive Wahlrecht erreichen, in einer Feier auf dieses staatsbürgerliche Ereignis vorbereitet werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Feiern nur in einem festlichen Rahmen abgehalten werden können, in der der Jugend nicht nur die demokratischen Rechte, sondern auch ihre Pflichten aufgezeigt werden sollen. Gleichzeitig soll ihnen bei diesen Feiern gleichsam als Abschluß und Höhepunkt der staatsbürgerlichen Erziehung zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nunmehr vollwertige Staatsbürger geworden sind. Bei dieser Gelegenheit wäre auch die Möglichkeit gegeben, sie mit den Repräsentanten des Staates, vor allem aber auch der Gemeinden, in persönlichen Kontakt zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß man hier nicht eine einseitige propagandistische Schulung für irgendeine Partei machen darf, sondern daß es sich hier um eine überparteiliche Maßnahme, um eine rein staatsbürgerliche Erziehung handeln muß, bei der nicht das Gift des einseitigen Denkens oder der Intoleranz eingeimpft wird, sondern bei der die Menschen zu aufgeschlossenen Staatsbürgern, aus passiven zu aktiven Bürgern, herangezogen werden sollen. Als eines der Mittel dazu wurde von den Körperschaften, die sich damit beschäftigt haben — es waren dies sowohl der Gemeindeverband, der Gemeindebund als auch der Städtebund — vorgeschlagen, bei diesen Feiern ein Jungbürgerbuch, das allerdings erst im Jahre 1956 zur Ausgabe gelangen soll, zu überreichen.

Dazu wäre nun noch grundsätzlich folgendes zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß der Veranstalter dieser Feiern nur jene Körperschaft sein kann, die am unmittelbarsten mit der Bevölkerung in Berührung steht, die am unmittelbarsten mit den jungen Menschen zu tun hat, und das ist die Gemeinde. Daher soll auch die Gemeinde die Verantwortung für diese Veranstaltung tragen. Ich unterstreiche das deswegen ganz besonders, weil es auch mit den Erfahrungen der Landesregierung Vorarlberg übereinstimmt, die bereits eine Mitteilung darüber herausgegeben hat. Die steirische Landesregierung und auch der Bundesjugendring haben die gleiche Meinung. Der Landesjugendreferent und die damit befaßten Stellen des Bundes sind wohl dazu da, Anregungen zu geben, die Unterlagen herbeizuschaffen und die Veranstaltungen zu unterstützen, keinesfalls aber, hier zentral zu lenken oder zu dirigieren. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinden, die als Veranstalter zeichnen, auch die Kosten dafür zu tragen haben. Ebenso undenkbar wie eine zentrale Dirigierung der Veranstaltung ist auch eine zentrale Gestaltung des Programms. Es ist selbstverständlich, daß die Programmgestaltung örtlich verschieden sein wird und daß es immer der Initiative der Gemeinde überlassen bleiben muß, die Feier würdig und festlich auf möglichst hohem künstlerischem Niveau zu veranstalten. Aber überparteilich heißt nicht nur die staatsbürgerliche Idee, die Idee der Politik, das heißt die Anteilnahme an der Öffentlichkeit, sondern vor allem die Demokratie und die politische Toleranz zu manifestieren. Es ist selbstverständlich, daß zu diesen Feiern auch alle Jungbürger eingeladen werden, und es wird zum Teil zweckmäßig sein, nachdem es sich bei diesen Feiern keineswegs um eine Belustigung, sondern um eine festliche Veranstaltung handelt, einen Höhepunkt darin zu finden, daß man unter Umständen eine staatsbürgerliche Schulung für die Jugend — die Schulbildung wird ja nach Abschluß der Schule einigermaßen unterbrochen — von Gemeinde wegen durchführt. Bei dieser Gelegenheit sollen die Rechte und Pflichten theoretisch besprochen werden.

Ich habe betont, daß die Durchführung der Feiern eine Gemeindeangelegenheit sein soll. Es ist daher selbstverständlich, daß die Bürgermeister als Veranstalter im Mittelpunkt stehen und daß neben der künstlerischen Mitwirkung eine Fest-

rede von einem Referenten gehalten werden soll, der weniger der Repräsentant einer Partei als ein solcher des Staates sein soll. Es ist daher bedenklich, wenn von zentraler Stelle aus versucht wird, sozusagen ein ausschließliches Recht für die Referentenbestellung zu erwirken und diese vielleicht dazu zu benützen, um Referenten einer einseitigen Parteirichtung hier durchzudrücken. Es wäre vielmehr zweckmäßig und richtig, daß wir gerade hier den wirklich demokratischen und überparteilichen Standpunkt zum Ausdruck bringen, um den Staatsbürgern, die wir doch erst für die Teilnahme am Staate besonders gewinnen wollen, nicht ein schlechtes Beispiel der Unduldsamkeit geben. Es ist wichtig, daß bei diesen Feiern das Gelöbnis des Jungbürgers erfolgt, dieses Gelöbnis in die Hand des Bürgermeisters geleistet und der Jungbürgerbrief in würdiger Form überreicht wird. Wenn nun in einzelnen Orten auch gesellige Feiern angeschlossen werden, muß es wohl mit Rücksicht auf die Würde dieser Feiern unterbleiben, eine solche gesellige Feier unmittelbar anzuschließen. Es soll vor allem die Jungbürgerfeier und die gesellige Feier räumlich getrennt erfolgen und Veranlassung getroffen werden, daß keine Entartungen oder Auswüchse entstehen, worunter die Würde dieser Jungbürgerfeiern leiden könnte.

Ich darf zusammenfassend sagen: Wir begrüßen die Einführung der Jungbürgerfeiern, weil wir darin einen Weg sehen, die politisch mündig gewordene Jugend für die Demokratie und die staatsbürgerliche Gesinnung zu aktivieren. Wir erblicken aber darin eine Gemeindemaßnahme, die zur Anteilnahme am öffentlichen Leben erziehen und bei der es uns vor allem darum gehen soll, die demokratischen Verhältnisse in der Gemeinde und darüber hinaus im Lande und Staate zu festigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Hilgarth.

ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Bei der Behandlung der Gruppe 0 sehen wir, daß die größte Post die Personalausgaben sind. Es ist bekannt, daß gerade aus diesem Grunde der Voranschlag in eine gewisse Enge kam. Ich habe bereits bei der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß nun die Forderungen der öffentlichen Bediensteten eine Erfüllung finden, und zwar Forderungen, die nicht von gestern stammen, sondern schon seit längster Zeit anerkannt sind und als ein Nachziehverfahren gegenüber anderen Berufsständen endlich zur Durchführung gelangen. Wenn dagegen der Herr Abg. Pospischil erwähnt hat, daß die hohen Personalkosten durch die Vermehrung im Personalstand Niederösterreichs eingetreten sind, so ist das unrichtig. Ich bitte die Mitglieder dieses Hohen Hauses, das zur Kenntnis zu nehmen. Dienstpostenplan und Personalstand sind nicht das gleiche, und wenn auch im vorliegenden Dienstpostenplan eine Summe von Dienstposten ausgewiesen erscheint, die bedeutend größer ist als die vorjährige, so ist noch lange nicht damit gesagt, daß der tatsächliche Personalstand des Landes auf dieselbe Summe erhöht wurde. Ich glaube, alle Mitglieder des Hohen Hauses wissen, daß die Vermehrung der Personalkosten auf Grund von Verhandlungen, die in den gesetzgebenden Körperschaften stattfanden, eingetreten ist, deren Ergebnis in der Tagespresse zur Genüge erörtert wurde. Es handelt sich dabei in erster Linie um die seit 1. Juni 1955 durchgeführte sogenannte Überbrückung zum neuen Gehaltsgesetz, und wir wissen, daß diese Aktion allein ein Mehrerfordernis von 45 Millionen Schilling für das Land beinhaltet. Noch während der Drucklegung und der Auflage des Voranschlages wurden die Verhandlungsergebnisse bekannt, die mit 1. Februar 1956 als Gehaltsregulierung für den öffentlichen Dienst allgemein eingeführt werden sollen. Damit ergibt sich aber eine weitere Belastung um 26 Millionen Schilling, wobei noch aus einigen anderen gesetzlichen Bestimmungen 7 Millionen dazukommen, sodaß die ziemlich umfangreiche Post, die diese Mehraufwendungen verursachen, im Haushaltsplan festgelegt wurde.

Ich glaube, das Land Niederösterreich kann mit Berechtigung darauf verweisen, daß es eine vorbildliche Gesetzgebung in personeller Hinsicht besitzt, und es ist kein Geheimnis, daß andere öffentliche Körperschaften, d. h. die Bediensteten dieser öffentlichen Körperschaften, die niederösterreichischen Angestellten um ihre Stellung beneiden.

Es ist auch auf die Familienpolitik Rücksicht genommen worden, und wenn der Herr Abg. Pospischil sagt, wir hätten kein Recht, diese Arbeit des Landes als wirklich mustergültig hinzustellen, weil angeblich die Vertragsbediensteten nicht eingeschlossen sind, dann kann ich nur das eine dazu sagen, und ich bitte das Hohe Haus, auch das zur Kenntnis zu nehmen: Die Vertragsbediensteten des Landes Niederösterreich werden nach dem Vertragsbedienstetengesetz für Bundesangestellte behandelt. Sie stehen also unter einer gesetzlichen Regelung. Ich kann aber noch mehr dazu sagen: Alle Zuwendungen, die den pragmatischen Bediensteten des Landes Niederösterreich auf Grund der Dienstpragmatik gegeben werden, stehen auch den Vertragsbediensteten zu, selbst wenn diese Leistungen über das zitierte Vertragsbedienstetengesetz für Bundesangestellte hinausgehen. *(Abg. Pospischil: Das ändert nichts an meinen Feststellungen!)* Das ändert insoferne etwas, als erstens die Mehrausgaben von 56 Millionen nicht auf eine Personalvermehrung zurückzuführen sind, sondern auf eine Regelung der

Bezüge der Angestellten, und zweitens daß die Vertragsbediensteten nicht rechtlos sind, sondern nach einem Gesetz behandelt werden und darüber hinaus die Zuwendungen — gleich den pragmatischen Bediensteten des Landes — voll ausbezahlt erhalten.

Ich möchte aber weiters noch auf die verschiedenen Äußerungen des Herrn Abg. Pospischil, die er im Zusammenhang mit dem Finanzkontrollausschuß gemacht hat, etwas eingehen. Herr Abgeordneter Pospischil, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß der große Meister, der es zuwege gebracht hat, daß auch ein Vertreter Ihrer Partei in der Landesregierung Sitz gehabt hat, eben heute nicht mehr drinnen ist, weil wir jetzt die Zusammensetzung aller Körperschaften nach den bei uns geltenden Grundregeln demokratischer Auffassung gebildet haben. Wenn ein Verhältnis aufgestellt werden sollte, das es ermöglichen würde, ein Mitglied von Ihnen in diesen Ausschuß aufzunehmen, dann dürfen wir nicht bei sechs Mitgliedern stehen bleiben, so wie es in der Verfassung vorgesehen ist — das wirkt sich bei unserer jetzigen Anzahl von Abgeordneten im Ausschuß eben 3 : 3 aus —, sondern wir müßten diesen Finanzkontrollausschuß, wenn wir unseren Ansichten treu bleiben, mindestens auf 19 oder 20 Mitglieder erhöhen, damit auch ein Mitglied Ihrer Gruppe dabei sein könnte. Ich glaube wohl, daß das kein Finanzkontrollausschuß wäre, sondern ein Vizeparlament dieses Landtages, und damit wäre die Tätigkeit durch diese ominöse Aufblähung so erschwert, daß eine gedeihliche Arbeit nicht mehr gewährleistet wäre. Ich glaube auch, es ist schwer zu behaupten, was Sie gemeint haben, daß sich die Regierungsparteien selber kontrollieren, denn Sie wissen ganz genau, daß die Referate verschieden verteilt sind und daß da nicht immer große Liebe und Einigkeit in der Behandlung der anderen Regierungsgruppe herrscht. Es genügt daher diese Zusammensetzung, um eine Kontrolle nach demokratischem Brauch durchführen zu können.

Ich bin der festen Überzeugung, daß niemand, der dem Finanzkontrollausschuß als Mitglied angehört, jemals die Absicht gehabt hätte, gerade durch seine Tätigkeit im Finanzkontrollausschuß eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse herbeizuführen. Soweit ich mich davon selber überzeugen konnte, herrscht diesbezüglich volle Offenheit, um die Dinge so zu betrachten, wie sie wirklich sind und um daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, was meiner Meinung nach die Hauptaufgabe dieses Ausschusses ist. *(Abg. Pospischil: Ändert nichts an der Tatsache, daß nur die Koalitionsparteien das Kontrollrecht haben. — Unruhe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ändert aber auch nichts an der Tatsache, daß Sie nur im Verhältnis 3 zu 53 in diesem Hause vertreten sind. Es ist auch beim Obersten Rechnungshof nicht anders, da ist dieselbe Situation vorhanden. Ich glaube, das zu entscheiden, müssen Sie wohl jenen Grundsätzen überlassen, die in diesem Hause für die Zusammensetzung aller Körperschaften allein gelten. Ich kann aber verstehen, daß es unangenehm ist, gewisse Vorteile, die man in der Vergangenheit gehabt hat, jetzt nicht mehr zu besitzen. Aber wir scheuen uns nicht, alle diese Angelegenheiten offen im Hause zur Diskussion zu stellen, und auch Sie werden Gelegenheit haben, in voller Offenheit zu diesen Dingen Stellung nehmen zu können. Ich möchte mich daher dagegen verwahren, den Finanzkontrollausschuß als eine Angelegenheit zu betrachten, die gleichsam durch einen Vorhang irgend etwas absperrt, um Dinge zu verheimlichen, bei denen es einfach nichts zu verheimlichen gibt. Ich lege aber größten Wert darauf, daß wir uns im Finanzkontrollausschuß all der Mittel richtig bedienen, die uns zur Verfügung stehen. Da ist in erster Linie das Kontrollamt mit seinen Angestellten und Beamten, für deren Weiterausbildung ich immer Sorge tragen werde. Dazu ist es vor allem notwendig, daß das erforderliche Material, wie Zeitungen und Fachschriften zur Verfügung steht. Was mir aber besonders am Herzen liegt, ist, daß die Beamten ihre Erfahrungen mit den Kontrollämtern anderer Bundesländer austauschen, um eine gleichgeartete Kontrolltätigkeit herstellen zu können. Und das ist auch gelungen. Ich möchte auch betonen, daß es möglich war, in der letzten Zeit innerhalb des Bauamtes eine Kontrollstelle zu errichten, die ebenfalls dem Kontrollamt zur Verfügung steht und es bei seinen Aufgaben bestens unterstützen wird.

Es besteht zwischen der Kontrolle des Rechnungshofes und zwischen der Kontrolle, die der Kontrollausschuß ausübt, ein wesentlicher Unterschied. Der Rechnungshof prüft bekanntlich alle anfallenden Fälle im nachhinein, und die zur Verfügung stehenden Unterlagen und die erstatteten Berichte kommen oft erst Jahre nachher im Landtag zur Verhandlung. Bis dahin sind die Dinge aber meist gar nicht mehr interessant, da ist die betreffende Sache schon längst vorüber. Der Landtag hat nichts davon, wenn nachher eine Sache festgestellt wird. Beim Kontrollausschuß stehe ich auf dem Standpunkt, daß dieser in jede Phase der Tätigkeit der Verwaltung Einsicht zu nehmen hat und daß er die Ergebnisse dieser Einsicht rechtzeitig dem Landtag berichten muß, damit der Landtag seine diesbezüglichen Beschlüsse entweder abändern oder aufrechterhalten kann. Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß es in Zukunft nicht zu umgehen sein wird, daß jedes Bauvorhaben oder andere Projekte erst dann in Angriff genommen werden können, wenn eine vollständige technische und finanzielle Planung vorliegt. Erst wenn diese Erfordernisse als

gegeben erscheinen, soll es möglich sein, die Arbeiten an irgendwelchen Vorhaben zu beginnen. Es ist auch notwendig, daß wir darauf hinarbeiten, daß die gesamte Baukostensumme eines solchen Projektes dem Landtag vor der Beschlußfassung bekannt ist, denn dann werden wir es uns ersparen, von Jahr zu Jahr im grünen Heft des außerordentlichen Voranschlages Posten finden zu müssen, bei denen immer wieder steht: „zur Vollendung", „zur Vollendung", denn wenn diese Angabe: „zur Vollendung", stimmen würde, dann müßten manche Bauten in Niederösterreich nicht nur einmal, sondern schon zwei-, drei oder viermal „vollendet" worden sein, was ich mir aber nicht gut vorstellen kann.

Nun noch ein paar Worte zu den Einbürgerungen und den Staatsbürgerschaftsverleihungen. Über diese Frage wurde bereits auch im Finanzausschuß gesprochen und es wurde dort gesagt, daß diese Ansuchen nur schleichend erledigt werden. Da möchte ich schon zur Klarstellung des Sachverhaltes feststellen, daß innerhalb der Jahre von 1945 bis 1955 eine sehr, sehr ansehnliche Summe von Staatsbürgerschaftsakten erledigt wurde. Insgesamt wurden 70.724 Fälle behandelt. Es ist also keine Kleinigkeit, was hier an Arbeit geleistet wurde. Wenn im Ausschuß die Behauptung aufgestellt wurde, daß manche Fälle bereits sechs Jahre liegen, so möchte ich dazu sagen: Ja, das ist richtig, es gibt Fälle, die sechs Jahre liegen. *(Abg. Wondrak: Aber fertige!)* Ich weiß schon, welche Fälle das sind. *(Abg. Wondrak: Vollständig abgeschlossene Fälle!)* Ja, es sind unter Umständen fertige Fälle darunter, aber meistens solche, die nicht erledigt werden können, weil bei diesen fertigen Fällen beispielsweise noch Vorstrafen vorliegen, die derzeit eine Erledigung unmöglich machen. Vielleicht haben Sie bestimmte Fälle im Auge, ich nicht. *(Abg. Wondrak: Man kann die Fälle nicht ewig liegen lassen!)* Das ist eine Frage, die Sie beim Referat selbst erledigen können. Ich meine jene Fälle, die positiv zu erledigen wären, die aber nicht erledigt werden können, weil Vorstrafen vorliegen. Diese Ansuchen weist das Amt aber nicht zurück, um nicht für die Zukunft den Menschen den Weg abzuschneiden. Das Amt läßt solche Fälle liegen, bis die Tilgungsfrist abgelaufen ist. Dann ist die Erledigung auch solcher Ansuchen möglich. Es gibt aber auch Fälle, wo eine langjährige Wartefrist gerechtfertigt ist. Das sind Fälle, bei denen sich das Amt sagt: Es ist besser, wenn solche Personen nicht Staatsbürger des österreichischen Staates werden. Es gibt Akten mit dem Vermerk: Raufer, Trunkenbold usw. In solchen Fällen ist es bestimmt nicht angezeigt, die Ansuchen besonders rasch zu erledigen. Daß es andere Fälle geben sollte, bei denen nicht solche Umstände vorliegen und die trotzdem jahrelang nicht erledigt werden, kann ich mir nicht vorstellen, und ich bin nicht darüber informiert, da ich ja nicht als Beamter in dieser Abteilung sitze. Die im Hinblick auf die Gesamtsumme der erledigten Ansuchen verbleibenden wenigen Fälle rechtfertigen es jedenfalls keineswegs hier von einer schleichenden Erledigung zu sprechen. Von den 70.724 vorliegenden Fällen sind etwas über 1000 nicht erledigt; immerhin nur ein Siebzigstel aller dieser Ansuchen, die bis jetzt angefallen sind. Und bei jenen Fällen, die noch offen sind, sind Erhebungen oder andere solche Angelegenheiten, die ich jetzt erwähnt habe, noch zu berücksichtigen.

Ich bin daher der Meinung, daß die Beträge, die in dieser Gruppe 0 als Ausgaben aufgewendet werden und die zum Teil ja Personallasten sind, voll gerechtfertigt erscheinen, daß damit dem Wunsche der öffentlichen Bediensteten Rechnung getragen wurde, wenn auch noch nicht vollinhaltlich, denn sämtliche Wünsche werden auch durch das Gehaltsgesetz 1956 noch nicht erfüllt werden. Und daher ist unsere Fraktion für die Annahme der Ziffern der Gruppe 0. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Staffa.

ABG. STAFFA: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich dort anschließen, wo Kollege Hilgarth geendet hat, nämlich bei den Staatsbürgerschaften. Sicherlich ,Hohes Haus, gibt es unter den ziemlich lange laufenden Fällen auch solche, die bisher aus den vom Herrn Abg. Hilgarth hier angeführten Gründen nicht erledigt wurden. Aber wenn wir von einer schleppenden Erledigung der Staatsbürgerschaftsfälle sprechen, dann haben wir nicht derlei Fälle im Auge, sondern dann haben wir andere Fälle im Auge. Ich möchte hier ausdrücklich betonen: Wenn wir Kritik üben, dann kritisieren wir nicht die Beamtenschaft des zuständigen Landesamtes, denn die Beamten haben bei allen diesen Fällen, die wir da im Auge haben, voll ihre Pflicht erfüllt und getan. Die Akten sind vollkommen abgeschlossen und entscheidungsreif. Es gibt auch keine irgendwie vorliegenden gesetzlichen Hindernisgründe wie Vorstrafen usw., sondern diese Akten warten nur darauf, daß sie vom Herrn Landeshauptmann, dem zuständigen Referenten in der Landesregierung, für eine Landesregierungssitzung aufgerufen werden, um entschieden und beschlossen zu werden. Aber bis ein solcher Aufruf erfolgt, da vergehen oft Monate und Jahre.

Das sind die Fälle, die wir im Auge haben, wenn wir kritisieren. Da glauben wir, daß es gut und notwendig und wichtig wäre, wenn man hier ein etwas rascheres Tempo forcieren würde wenn weiters dabei ohne Unterschied der Partei vorgegangen und man nach Möglichkeit die Akten auch so erledigen würde, wie sie einlangen. Wir

wissen schon, daß nicht genau nach der fortlaufenden Nummer der Akten eine Erledigung erfolgen kann, weil der eine Akt einer längeren Erhebungszeit und der andere einer kürzeren bedarf. Wir wissen auch, daß es Menschen gibt, die ein Ansuchen eingereicht haben, die aber in ihrer Person die gesetzlichen Voraussetzungen der notwendigen Jahre noch nicht erfüllen, sodaß nun das Amt den Ausweg wählt, anstatt den Fall in die Sitzung zu bringen und dort einer Ablehnung zuzuführen, weil ja die Landesregierung in diesen Fällen ja gar nicht anders könnte, den Akt ganz einfach liegen zu lassen, bis die notwendige Anzahl von Jahren angesammelt ist.

Alles das steht aber nicht zur Diskussion, sondern zur Diskussion stehen jene Fälle, die seit Jahren auf nichts anderes warten als auf den Aufruf, zur Sitzung zu kommen und dort entschieden zu werden. Wenn das einmal eintritt, wenn alle diese Fälle — und wir möchten den Herrn Landeshauptmann ersuchen, einmal überprüfen zu lassen, wie viele solche Fälle es gibt — so rasch wie möglich für die nächsten Landesregierungssitzungen aufgerufen würden, so wäre alle unsere Kritik erledigt und alles wäre vorüber. Und wie vielen Familien und Menschen wäre durch die endliche Zuerkennung der Staatsbürgerschaft ein wirklich großer Dienst erwiesen!

Wenn ich nun zur Gruppe 0 spreche, so wurde schon in der Generaldebatte das Wort von potemkinschen Dörfern gebraucht. Der Herr Abg. Stangler hat erklärt, man möge ihm doch sagen, wo es in Niederösterreich solche potemkinschen Dörfer gibt. Nun, Herr Abg. Stangler, ich werde mich der Mühe unterziehen, Ihnen eines von diesen Dörfern zu zeigen. Es gibt einige, aber ich möchte mich in aller Bescheidenheit mit einem begnügen. Der Herr Abg. Stangler hat sich anläßlich der Diskussion bei der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1954 in diesem Hohen Hause in der Sitzung vom 16. Dezember 1953 auch mit der Frage des Archivs bei der niederösterreichischen Landesregierung beschäftigt, und ich stelle aus dem stenographischen Protokoll fest, daß er damals wörtlich erklärt hat *(liest):* „Im übrigen möchte ich zum Abschnitt ‚Was uns nicht gefällt' vor allem einen Punkt herausgreifen. Uns gefällt besonders nicht, daß, wie schon mein Herr Vorredner sagte, das Archiv im Rahmen des Kulturreferates allzulange ein Aschenbrödeldasein führt. Die Öffentlichkeit und auch die Wiener Presse haben sich in den letzten Wochen zu wiederholten Malen mit dem niederösterreichischen Landesarchiv beschäftigt, und zwar im Zusammenhang mit dem Wasa-Gymnasium. Ich muß ehrlich sagen, ich war einige Male erschüttert, welch unobjektive Stellungnahme in manchen Wiener Blättern zu finden war. Ein Blatt hat sogar festgestellt, es könnte es nicht verstehen, daß das Wasa-Gymnasium, dieses niederösterreichische Stiftungshaus, nicht wieder seinem ursprünglichen Zweck zugeführt wird, sondern daß man daran denke, ‚verstaubte Akte dort zu stapeln'. Ich möchte also vor allem an die Presse dahin appellieren, sich doch einmal dieses niederösterreichische Landesarchiv anzusehen. Ich möchte aber auch an den zuständigen Herrn Referenten appellieren, nun wirklich nichts unversucht zu lassen, damit dieses niederösterreichische Landesarchiv eine würdige Stätte findet. Wir hören die Botschaft, daß es nun zum Bau eines neuen Amtsgebäudes am Minoritenplatz kommen soll. Ich hoffe, daß auch alle Niederösterreicher in der Bundesregierung wirklich dafür sorgen werden, daß dieses Amtsgebäude für Niederösterreich errichtet werden kann und daß dann das niederösterreichische Landesarchiv in dem neuen Gebäude untergebracht wird."

Anschließend beschäftigte sich dann der Herr Abg. Stangler mit der kulturellen Bedeutung der Akten, die in diesem Archiv gelagert sind, um unter Anführung einiger besonders wichtiger Fragen fortzufahren *(liest):* „Diese Aufzählung über Größe und Wert der Bestände wurde von mir deshalb so eingehend gebracht, weil ich es für notwendig halte, daß alle zuständigen Stellen nun wirklich ehestens Sorge dafür tragen, daß das Archiv aus den Kellern und Unterkellern hervorgeholt und wirklich in würdigere Räume gebracht wird. Ich habe mich vor allem in den letzten Tagen nochmals genau interessiert und vergewissert, ob ich nicht übertreibe, aber es ist wirklich fürchterlich, mit ansehen zu müssen, wie im zweiten Kellergeschoß der Bankgasse, also zwei Stock unter der Erde, wertvollste Archivbestände tatsächlich dem Verfall preisgegeben sind, obwohl sich die zuständigen Beamten des Referates bemühen, diesen Verfall aufzuhalten. Man kann hier an den Schweinslederbänden wahre Schimmelpilzkulturen finden. Obwohl die Angestellten immer wieder durch ständiges Abwischen die Bücher reinigen, obwohl sich das Referat bemüht, durch eine Exhaustoranlage für frische Luftzufuhr zu sorgen, ist es einfach nicht aufzuhalten, daß sich innerhalb weniger Wochen diese Schimmelpilzkulturen vermehren und immer wieder diese Bände befallen. Ich wollte dem Hohen Landtag — nicht aus irgend welcher negativen Kritik heraus — einen solchen Band mit Schimmelkulturen vorlegen, um uns allen in eindringlichster Form zu zeigen, wie notwendig es ist, daß das niederösterreichische Landesarchiv eine würdigere Unterbringungsstätte erhält. Ich wollte den Beamten keine weiteren Schwierigkeiten bereiten, um solche verschimmelte Bände in natura vorführen zu können, sondern ich habe mich begnügt. eine Photographie herstellen zu lassen, die ich allen Herren dieses Hohen Hauses zur Verfügung stelle. Ich stelle sie auch der Presse zur Verfügung, damit man sieht, daß hier nicht

übertrieben wird und daß es notwendig ist, Abhilfe zu schaffen." Nebenbei bemerkt ist dieses Bild, diese Photographie, schon am 27. November 1953 im „Kleinen Volksblatt" zu finden gewesen.

Der Herr Abg. Stangler sagte dann weiter *(liest):* „Es ist ein Alarmruf 5 Minuten vor Zwölf an alle jene die es angeht, damit hier nach dem Rechten gesehen wird. Ich möchte zu diesem Punkt ‚Was uns nicht gefällt' also abschließend sagen: Wir hoffen, daß tatsächlich auch alle Niederösterreicher in der Bundesregierung nun ehebaldigst wirklich ein Versprechen einlösen, das es uns ermöglichen wird, dieses wunderbare und an seltenen Werten so reich ausgestattete Landesarchiv würdig unterbringen zu können. Es wäre geradezu eines der schönsten Weihnachtsgeschenke für Niederösterreich, wenn vielleicht schon der nächste Ministerrat diesbezüglich zu einem endgültigen Beschluß kommen könnte."

An dieser Stelle hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp den Zwischenruf gemacht: „Bringen wir einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag ein auf Bewilligung von 10 Millionen Schilling". Daraufhin sagte Herr Abg. Stangler *(liest):* „Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie können sehr viel dazu tun, daß es bald zu einer Lösung kommt. Als erstes ist der Beschluß notwendig, daß der Grund zur Verfügung gestellt wird und dann werden wir sicherlich auch Wege finden, um auf diesem Grund ein entsprechendes Gebäude zu errichten."

Ich glaube, wenn ich richtig unterrichtet bin, steht mittlerweile der Grund dem Lande Niederösterreich schon eine geraume Zeit zur Verfügung, und wenn ich mich richtig erinnere, hat der Landtag von Niederösterreich eine Zweihundert-Millionen-Anleihe bewilligt und beschlossen. Von diesen 200 Millionen Schilling hätte auch ein sehr erklecklicher Teil zur Errichtung eines neuen Amtsgebäudes am Ballhausplatz dienen sollen. Dieser Beschluß wurde ja auch in ganz Niederösterreich als ein neuer Beitrag der ÖVP. zum Aufbau im Lande Niederösterreich von der ÖVP. mit der notwendigen Tatkraft und mit dem notwendigen Stimmaufwand verkündet. Nun frage ich Sie, was ist aus dem 200-Millionen-Schilling-Darlehen geworden und wo ist das neue Amtsgebäude? Man kann doch nicht behaupten, daß das Archiv mittlerweile weniger wertvoll geworden oder besser untergebracht worden wäre. Im Gegenteil, die Zustände haben sich dort noch verschlechtert und wer heuer im Sommer zufälligerweise in die Bankgasse gekommen ist, konnte dort einmal feststellen, daß Männer mit Kübeln voll Wasser über den Hof gegangen sind. Auf eine Frage, was hier eigentlich los sei, wurde einem geantwortet, diese Kübel Wasser seien aus dem zwei Stock tief gelegenen Landesarchiv heraufbefördert worden, wo eine eigene Maschine zur Luftentfeuchtung eingesetzt wurde. Diese Maschine produziert zweimal täglich einen solchen Kübel voll Wasser, der dieser Luft entzogen wurde. Das hat einige Zeit gedauert, dann hat man die Maschine abgezogen. Die Luft ist zwar nicht trockener geworden, die Archivbestände schimmeln fleißig weiter, aber aus dem potemkinschen Dorf eines neuen Amtsgebäudes mit einer würdigen Unterbringung des Archivs ist nichts geworden. Es ist also eines der Dörfer, die man mit dem bekannten und berühmten Wort bezeichnet.

Es gibt in Niederösterreich und in der niederösterreichischen Verwaltung leider auch einige andere Dinge, die man einmal in diesem Landtag mit großen Worten vertrat, um sie dann später in Vergessenheit geraten zu lassen. Ich möchte das Hohe Haus daran erinnern, daß die Mehrheit dieses Hauses am 16. Dezember 1954 einen Antrag beschlossen hat — und zwar nach unserer Auffassung von damals und auch heute noch, sogar unter dem Bruch der Geschäftsordnung —, der die Geschäftsordnung in seinem Paragraph 9 abändert mit der Begründung, daß es in Zukunft verhindert werden müsse, daß eine Minderheit die Beschlußfassung eines Gesetzes verzögere oder sogar überhaupt verhindere. Nun wurde dem Paragraph 9 der Geschäftsordnung ein neuer Absatz hinzugefügt, der lautet: „Beschlossen in der Sitzung des Landtages am 16. Dezember 1954: Jederzeit, auch während der Ausschußverhandlungen, kann der Landtag auf Vorschlag des Präsidenten einem Ausschusse eine Frist zur Berichterstattung stellen. Der Präsident bestimmt, in welchem Zeitpunkte während der Sitzung des Landtages über seinen Vorschlag abzustimmen ist. Nach Ablauf der dem Ausschuß zur Berichterstattung gestellten Frist kann der Gegenstand im Landtag unmittelbar zur Beratung und Beschlußfassung gelangen. Sollte der Ausschuß auch nicht in der Lage sein, mündlich Bericht zu erstatten, so bestimmt der Präsident den Berichterstatter." So die damals beschlossene Änderung des Paragraphen 9.

Einen typischen Fall der Verhinderung eines Gesetzesbeschlusses erlebten wir seinerzeit in diesem Hohen Hause, und merkwürdigerweise wird hier nicht von einer Minderheit obstruiert, sondern die Obstruktion wird von der Mehrheit dieses Hauses betrieben. Es gibt ein Gesetz, zu dem das Land Niederösterreich auf Grund eines Bundesgrundsatzgesetzes verpflichtet ist, ein Ausführungsgesetz, innerhalb eines Jahres zu beschließen. Dieses Ausführungsgesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz, hätte also auf Grund des Bundesgrundsatzgesetzes bereits im Mai des heurigen Jahres beschlossen werden müssen. Das erstemal wurde dieser Entwurf vom zuständigen Referat dem Hohen Hause am 16. Mai dieses Jahres zugeleitet. Wir schreiben heute den 21. Dezember

1955, aber das Hohe Haus hat dieses Gesetz noch nicht beschlossen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Es tut mir leid, vielleicht hat es der Ausschuß schon beschlossen, aber das Gesetz als solches ist noch nicht beschlossen. Ich höre noch jetzt die Worte des Herrn Landesrates Müllner, der gestern hier gesagt hat: „Mögen wir auch gesetzlich zur Beschlußfassung eines solchen Gesetzes verpflichtet sein, ich erkläre Ihnen, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß man uns zu nichts zwingen kann, wozu wir die Mittel nicht haben. Und deshalb können wir ein solches Gesetz erst beschließen, wenn wir wissen, woher wir die Mittel bekommen."

Ich frage nun, wohin eine Verwaltung kommen soll, wenn sie Dinge, die sie zu beschließen gesetzlich verpflichtet ist, unerledigt läßt und sagt: was interessiert mich das Gesetz!

Nun steht in gleichem Atemzug der Abg. Tesar auf und behauptet, wir Sozialisten hätten angeblich die finanzielle Lage dieses Landes so desolat und schwarz geschildert. Da möchte ich Herrn Abg. Tesar fragen: Gibt es eine schwärzere Malerei eines finanziellen Zustandes eines Landes, als wenn der Finanzreferent aufsteht und erklärt: Ich bin nicht in der Lage, zu den gesetzlich verpflichteten Aufgaben zu stehen und sie zu erfüllen. *(Landesrat Müllner: Wer hat das gesagt?)* Sie haben gestern erklärt: „Ich bin der Meinung, ein Gesetz kann nur beschlossen werden, wenn die Mittel dazu vorhanden sind." *(Landesrat Müllner: Klar!)* Wir sind mehr als 3/4 Jahre mit dem Gesetzesbeschluß im Rückstand. *(Landesrat Müllner: Was heißt im Rückstand, das ist doch kein Rückstand!)* Herr Landes-Finanzreferent, Sie wissen genau so gut wie wir, daß, wenn morgen der Bund ein solches Ausführungsgesetz — wozu er berechtigt ist, weil wir es bisher versäumt haben — beschließt, *(Landesrat Müllner: Das soll er probieren!)*, Sie die Mittel dazu zur Verfügung stellen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Und wenn der Herr Abg. Tesar von einer Schwarzmalerei spricht, so kann ich nur sagen, nicht wir, sondern der Herr Landes-Finanzreferent Müllner war es, der im Finanzausschuß von einer trostlosen finanziellen Lage *(Landesrat Müllner: Die Ihre Partei verursacht hat. Sie sind schuld daran!)* gesprochen hat, und nicht wir. Der Herr Nationalrat Weinmayer war es, der im Nationalrat erklärt hat, Niederösterreich stehe vor einer finanziellen Katastrophe. *(Unruhe. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen. — Landesrat Müllner: Ihre Parteifreunde sind schuld daran! — Zwischenruf links: Sie werden nicht irgendjemandem etwas in die Schuhe schieben, das Sie selbst getan haben!)*

Auf der einen Seite beschließen Sie eine Geschäftsordnung, die dem Präsidenten eine ungeheure Machtfülle gibt, aber dort, wo der Herr Präsident die Möglichkeit und Verpflichtung hätte, eine derartige Verhinderung einmal ganz einfach unmöglich zu machen, da hat der Herr Präsident bisher von seiner Machtvollkommenheit nicht Gebrauch gemacht.

PRÄSIDENT SASSMANN: Sie haben die Ergänzung des § 9 genau verlesen.

ABG. STAFFA *(fortfahrend)*: Es heißt darin: „Jederzeit, auch während der Ausschußverhandlungen, kann der Landtag auf Vorschlag des Präsidenten einem Ausschusse eine Frist zur Berichterstattung stellen." Herr Präsident, Sie haben dem Landtag einen Vorschlag zu machen, dann kann der Landtag über diesen Vorschlag beschließen, aber Sie müssen den Vorschlag machen. Das steht wortwörtlich in der Geschäftsordnung. *(Abg. Stangler: Von „müssen" steht nichts hier!)* Glauben Sie mir, daß ich nichts anderes zitiere, als in der Geschäftsordnung steht. *(Präsident Sassmann: Ist nicht immer der Fall!)*

Es ist in diesem Landtag Brauch, Dinge, die der Landtag wünscht, ganz einfach als nicht vorhanden zu betrachten. Schauen Sie, da gibt die Geschäftsordnung den Abgeordneten dieses Hohen Hauses das Recht, an die Mitglieder der Landesregierung Anfragen zu richten. Nach der Geschäftsordnung sind die zuständigen Mitglieder der Landesregierung verpflichtet, eine solche Anfrage der Herren Abgeordneten auch zu beantworten. Nun haben die sozialistischen Abgeordneten am 2. Juni 1955 an den Herrn Landeshauptmann eine Anfrage, betreffend die Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Räumung der USIA-Betriebe in Niederösterreich eingebracht. Sie lautet *(liest)*:

„1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, unverzüglich der Bundesregierung einen Bericht über derartige Vorkommnisse in den von der USIA verwalteten niederösterreichischen Betrieben zu erstatten?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß geeignete Schritte unternommen werden, um diese Demontagen und Schlägerungen sofort zur Einstellung zu bringen?"

Der Herr Landeshauptmann hat es seit dem 2. Juni nicht für notwendig erachtet, diese an ihn gerichtete Anfrage zu beantworten. So wird das Hohe Haus vom Herrn Landeshauptmann eingeschätzt.

Eine am 14. Juli 1955 eingebrachte Anfrage der sozialistischen Abgeordneten, betreffend den Verbleib des ehemaligen Landtagsabgeordneten Franz Gruber, ist bis heute vom Herrn Landeshauptmann unbeantwortet geblieben. Wir haben leider, leider, mittlerweile — zwar nicht vom Herrn Landeshauptmann, sondern von Sowjet-

rußland — die Nachricht zur Kenntnis nehmen müssen, daß das ehemalige Mitglied dieses Hohen Hauses, der Abgeordnete Franz Gruber, in Rußland gestorben ist. Der Herr Landeshauptmann *(Landesrat Müllner: Hätte es nicht verhindern können!)* hat es nicht für notwendig befunden, sich auch nur über den Verbleib zu erkundigen, denn sonst hätte er uns wenigstens sagen müssen *(Unruhe bei der ÖVP. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen. — Landesrat Müllner: Auf solche Anfragen kann man nicht antworten!)*: „Hohes Haus! Es war mir nicht möglich, etwas über den Verbleib zu erfahren!" Aber nicht einmal das hat er dem Hohen Hause geantwortet.

Eine Anfrage der sozialistischen Abgeordneten vom 5. November, betreffend die Übergabe einer Schulmatrik an den Bürgermeister, ist bis heute ebenfalls unbeantwortet geblieben. Ich begnüge mich mit diesen drei hier angeführten Beispielen, aber man könnte ihnen noch eine ganze Anzahl weiterer hinzufügen. Sie sehen also, wie der Landtag vom Herrn Landeshauptmann behandelt wird. *(Landesrat Müllner: Ist der Staffa der Landtag?)* Der Abgeordnete Staffa gehört zu diesem Landtag so wie der Herr Landesfinanzreferent Müllner, ob es Ihnen paßt, Herr Müllner oder nicht. Dem Staffa hat der Herr Landeshauptmann keine Antwort zu geben, wohl aber hat er nach der Geschäftsordnung und nach der Verfassung den Abgeordneten dieses Hohen Hauses Rede und Antwort zu stehen. *(Landesrat Müllner: Unser Klub ist der Meinung, daß diese Anfrage einen Mißbrauch des Anfragerechtes darstellt!)* Ich werde Ihnen einmal sagen, was Sie schon alles mißbraucht haben. *(Landesrat Müllner: Mit dem Schicksal eines Abgeordneten macht man kein politisches Geschäft!)* Wenn man sich um das Schicksal eines Abgeordneten dieses Hohen Hauses interessiert, dann nennen Sie das einen Mißbrauch des Anfragerechtes? *(Landesrat Müllner: Jawohl, das ist ein politischer Mißbrauch!)* Wir werden uns diese Äußerung sehr gut merken und Sie daran erinnern, wenn Sie es wieder einmal wagen, sich als Retter der Demokratie aufzuspielen. *(Landesrat Müllner: Sie retten die Demokratie mit solchen Anfragen! Das werden w i r uns merken! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Und nun, Hohes Haus und werter Herr Präsident, bitte ich um Entschuldigung, wenn ich nochmals auf etwas zu sprechen komme, wovon schon in der Generaldebatte die Rede war. Aber da auch der Herr Abg. Tesar alle möglichen Dinge von der Gruppe 0 bis zur Gruppe 7 besprochen hat, glaube ich, daß mir das nicht angelastet wird.

Es wurde heute schon sehr viel von einer Anleihe gesprochen, die Niederösterreich von den Russen gewährt werden sollte, und es wurde in diesem Zusammenhang hier und im Finanzausschuß auch immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß wir Sozialisten keine niederösterreichische Politik betreiben, ja die Interessen Niederösterreichs verraten, weil wir nicht ganz einfach Ja und Amen zu Ihren Plänen sagen. Es ist im übrigen ja bezeichnend, daß Sie da wieder einmal so schön in einer Linie mit dem Herrn Abg. Dubovsky stehen. *(Heiterkeit bei der Volkspartei. — Landesrat Müllner: Das zweite politische Geschäft!)*

Wenn Sie von uns verlangen, daß wir positiv zu einer solchen Anleihe Stellung nehmen, dann müssen Sie vorher die notwendigen Voraussetzungen dazu schaffen. Wenn bisher diese Russenanleihe auf nichts anderem basiert als auf einem Gespräch bei einem Glas Wein zwischen dem Herrn Landeshauptmann Kargl und einem Vertreter der russischen Botschaft *(Abg. Endl: Das war ja Wodka!)*, wenn Sie weder imstande sind, einen Vertrag oder einen Vorvertrag noch irgendein anderes schriftliches Angebot von Rußland oder sonst einen Beweis vorzulegen, dann sprechen Sie auch nicht von einer Verhinderung einer Anleihe. *(Abg. Stangler: Das Gespräch regt Sie auf!)* Schaffen Sie zuerst die nötigen Voraussetzungen, damit man genau weiß, zu welchen Bedingungen und von wem immer Niederösterreich eine Anleihe erhalten kann, dann werden wir bereit sein, über die Möglichkeit einer Anleihebeschaffung zu reden, und wir werden uns den Notwendigkeiten Niederösterreichs nicht verschließen. *(Landesrat Müllner: Eine neue Motivierung!)*

Es wäre im Interesse des Landes und seiner Finanzlage wahrscheinlich besser gewesen, Sie hätten vorher den Landtag und die Landesregierung genau über die Möglichkeiten und die Voraussetzungen einer Anleihe informiert und alle Vorarbeiten durchgeführt, noch ehe der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl sein privates Flugzeug nach Moskau startbereit gemacht hat. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Landesrat Müllner: Eine neue Motivierung!)* Na, entschuldigen Sie, das stammt nicht von mir, sondern von einem Abgeordneten Ihrer Seite, daß der Herr Landesrat Müllner und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl jede Stunde bereit sind, nach Moskau zu fliegen und den Anleihevertrag zu unterzeichnen. *(Landesrat Müllner: Bitte, nennen Sie den Namen des Abgeordneten!)* Seinen Namen sollt ihr nie erfahren — er heißt Cipin! *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Cipin: Aber nicht mit dem „Privatflugzeug", nicht dem Flugzeug des Herrn Landeshauptmann Kargl!)*

Und nun noch einiges zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dubovsky; er soll nicht sagen, daß er stiefmütterlich behandelt wird. Der Herr Abg. Dubovsky hat im Rahmen der Generalde-

batte sehr viel geklagt über die Not Niederösterreichs und über die Benachteiligung Niederösterreichs, er hat uns hier geschildert, welch fürchterliche Situation wir in Niederösterreich haben, und er hat auch erklärt, daß daran die beiden Regierungsparteien die allein Schuldigen sind. Darf ich den Herrn Abg. Dubovsky daran erinnern: Worin liegt denn die Ursache, daß Niederösterreich weitaus schlechtere wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse hat als alle übrigen Bundesländer unseres Landes Österreich? Doch wahrscheinlich darin, daß wir leider zehn Jahre hindurch von einer Besatzungsmacht besetzt waren, die uns nicht die Möglichkeiten gegeben hat wie die Besatzungsmächte der anderen Zonen. Wer war denn in all den zehn Jahren der Nutznießer von dieser Not und von diesem Besatzungsdasein? *(Abg. Dubovsky: Ihr! Sonst hättet ihr keine Russenhetze machen können! — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Nur die Kommunistische Partei. *(Weitere Zwischenrufe.)* Der geschädigte Teil war das Land Niederösterreich. Die Nutznießer, das waren die Kommunisten, einerseits durch die USIA-Gelder, die ihnen jetzt verlorengegangen sind und die sie zehn Jahre in Anspruch nehmen konnten, und zweitens politisch. Wer ist denn neun Jahre hindurch entgegen Recht und Gesetz in dieser Landesregierung gesessen, obwohl ihr *(zu den Kommunisten gewendet)* niemals auf einen solchen Sitz auf Grund einer österreichischen Bestimmung und auf Grund eines demokratischen Gesetzes Anspruch gehabt hättet? *(Zwischenrufe bei der Volksopposition.)* Von der Gnade der Besatzungsmacht ist der ungekrönte König des Waldviertels Mitglied der Landesregierung gewesen, von der Gnade der Russen ist der Herr ungekrönte König des Waldviertels vier Jahre hindurch Mitglied dieses Hauses gewesen, ohne gewählt gewesen zu sein. *(Zwischenrufe des Abg. Lauscher.)* Vielleicht erinnert sich der Herr Abg. Dubovsky, unter welchen Umständen der Herr Genner damals im Jahre 1945 Mitglied dieses Hauses wurde. Nach österreichischem Wahlrecht wäre er es niemals geworden. Nur dem Druck der Russen hat er es zu verdanken gehabt, daß er in diesem Haus als Abgeordneter einziehen konnte, nicht dem Willen der österreichischen Wähler.

Ich möchte dann nur kurz noch eines sagen. *(Zwischenrufe der Abg. Dubovsky und Pospischil. — Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.)* Der Herr Abg. Dubovsky hat sich gestern und auch heute während seiner Reden eines Tones befleißigt, der hier in diesem Hause nicht üblich ist. Ich werde mich bemühen, Herr Präsident, nicht in den gleichen Ton zu verfallen, obwohl die Tonart des Herrn Abg. Dubovsky nicht leicht zu ertragen ist. *(Erneute Zwischenrufe.)* Leider hat der Herr Präsident diese Äußerungen zugelassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich habe es nicht gehört. Ich werde es im stenographischen Protokoll nachlesen lassen.

ABG. STAFFA *(fortsetzend):* Ich nehme an, der Herr Präsident hat es deshalb nicht gerügt, weil er es nicht gehört hat. Aber der Herr Abg. Dubovsky hat sich gestern in der Art einer Revolverpresse, vermutlich unter dem Schutz der Immunität dieses Hauses, Angriffe gegen den Herrn Innenminister Helmer geleistet *(Abg. Dubovsky: Auf Grund der Erfahrungen, die ich hier gesammelt habe!)*, ohne bereit, ja wahrscheinlich ohne in der Lage zu sein, die notwendigen Beweise für derartige hinterhältige Beschuldigungen auf den Tisch des Hauses legen zu können. Herr Abg. Dubovsky, ich möchte dir eines sagen: Ein Mensch, der zehn Jahre lang Ritter einer ausländischen Besatzungsmacht war und heute noch förmlich in einer Art des freiwilligen Arbeitsdienstes die Interessen dieser ehemaligen Besatzungsmacht hier vertritt, hat nach unserer Auffassung kein Recht, einen Mann, der zeit seines Lebens es sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen Unrecht und Ungerechtigkeit anzukämpfen, in der hinterhältigsten Art und Weise zu beleidigen. *(Abg. Dubovsky: Eine Lumperei nach der anderen!)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich rufe den Herrn Abg. Dubovsky zur Ordnung!

ABG. STAFFA *(fortsetzend):* Noch dazu, Herr Abg. Dubovsky, wenn man weiß, daß sich der Innenminister Helmer den Haß eines Dubovsky und seinesgleichen nur deshalb zugezogen hat, weil er nicht bereit war, in seiner Funktion als Innenminister die ihm unterstellte Polizei für volksdemokratische Experimente zu mißbrauchen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Pospischil.)*

Das, Hohes Haus, wäre alles, was ich zur Gruppe 0 zu sagen gehabt hätte. Ich möchte nur abschließend sagen: Hier wurde schon sehr viel von Zusammenarbeit gesprochen. Ja, wir sind zu einer Zusammenarbeit bereit, nur muß die Mehrheit dieses Hauses bedenken, daß Zusammenarbeit nicht kritikloses Zurkenntnisnehmen von dem bedeutet, was die andere Partei wünscht. Auch Sie haben nicht die Verpflichtung, alles kritiklos zur Kenntnis zu nehmen, was unsere Ansicht ist. Wir haben mit Ihnen keinen Pakt geschlossen, daß wir alles zur Kenntnis nehmen müssen, was Sie wünschen. Zusammenarbeit bedeutet nicht Unterordnung. Wünschen Sie Unterordnung von uns, dann werden Sie ein entschiedenes „Nein" erhalten. Wünschen Sie Zusammenarbeit, dann sind wir dazu bereit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Zeyer.

ABG. ZEYER: Hohes Haus! Ich möchte mich ganz kurz zur Gruppe 0 mit der Agrarbezirksbehörde befassen. Wir wissen alle, daß im Rahmen der Grundzusammenlegungen viele Wünsche in allen Gebieten Niederösterreichs offen sind. Ich möchte darauf verweisen, daß durch den unseligen Krieg und seine Entwicklung unsere besten Beamten an die Front gehen mußten und gefallen sind, andererseits sich aber die Arbeit so angehäuft hat, daß die Bauern mit der Tätigkeit der Beamten nicht zufrieden sein können. Wenn in diesem Voranschlagsansatz rund 8 Millionen für Verwaltung, d. h. für Personalaufwand, aufscheinen, so glaubt der Laie draußen, das ist eine besondere Summe und er kann auch besondere Leistungen dafür erwarten. Aus der Erfahrung wissen wir aber, daß es auf diesem Gebiet ziemlich langsam vor sich geht. Verschiedene große Verhandlungen sind notwendig, und es war lange Zeit überhaupt nicht möglich, damit anzufangen. Trotzdem möchte ich darauf verweisen, daß gerade in unserem Gebiet, der Kornkammer Niederösterreichs, viele Gemeinden noch immer ohne Grundzusammenlegung sind und darauf warten und hoffen, daß diese bald vorgenommen wird. Unser Gebiet ist ziemlich stark technisiert, das heißt viele unserer Landwirte haben Traktoren, Mähdrescher usw., und wir möchten gerne mehr Maschinen ankaufen, wenn uns die kleinen Parzellen nicht zu stark hindern würden. Ich möchte darauf verweisen, daß es 20 bis 25 Joch große Wirtschaften gibt, die 70 bis 90 Parzellen haben. Daß der Bauer da nicht mit dem Mähdrescher fahren kann, ist selbstverständlich.

Wenn heute schon auf die Maschinenhöfe verwiesen wurde, so möchte ich feststellen, daß gerade in unserem Gebiet der Wunsch nach Maschinenstationen voll und ganz die Erfüllung gefunden hat. Wir wissen auch, daß in Niederösterreich durch die Kammer bereits 30 oder 40 solche Maschinenstationen errichtet wurden und alle als aktiv zu bezeichnen sind. Ich möchte noch darauf verweisen, daß in meinem Bezirk, im Kammerbereich Hainburg, rund 280 Traktoren und über 100 Mähdrescher laufen. Es ist bei uns in der Erntezeit üblich, daß auch die kleinsten Bauern, ja selbst die Eisenbahner, die eine kleine Wirtschaft mit 1/2 bis 3/4 Joch führen, auf der Straße warten, bis der Mähdrescher kommt und die Frucht aufladet. Es kann uns also kein Vorwurf gemacht werden, daß wir nicht alles versuchen, den kleinen und kleinsten Bauern zu helfen.

Deshalb möchte ich die Bitte stellen, alles daranzusetzen, daß die Grundzusammenlegungen durchgeführt werden, damit den Wünschen der niederösterreichischen Bauernschaft, die so viel gelitten und die so Wesentliches zur Ernährung der Bevölkerung in den Jahren 1945 bis 1951 beigetragen hat, entsprochen wird. Diese Grundzusammenlegungen sind auch deshalb notwendig, damit unsere Maschinen wirklich restlos ausgenützt werden können. Ich hoffe, daß die niederösterreichische Landesregierung dazu beitragen wird, daß auch auf diesem Gebiete unsere Wünsche zum Durchbruch gelangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wenger.

ABG. WENGER: Hohes Haus! In der Gruppe 0 nimmt die Frage des Personals wohl den breitesten Raum ein. Die Protokolle einer jeden Budgetdebatte in den letzten Jahren geben Zeugnis davon, wie Sie im Lande Niederösterreich Personalpolitik betreiben. Ich erinnere daran, daß bis 1949 die einzige rechtmäßige Interessenvertretung der Arbeitnehmer in Österreich, also der Österreichische Gewerkschaftsbund mit seiner zuständigen Gewerkschaft, bei der Behandlung von Personalangelegenheiten im Lande Niederösterreich mitgewirkt hat. Im Jahre 1949 hat Herr Landesrat Müllner gefunden, daß die von dort gestellten Vertreter eigentlich nicht zurecht funktionieren und daß man daher die Behandlung von Personalangelegenheiten besser den Politikern übertragen, bzw. überlassen sollte. Im Jahre 1950 hat sich die Notwendigkeit eines Abbaues im Rahmen der Landesangestellten erhoben und da hat man wieder vorübergehend gefunden, daß es doch vielleicht zweckmäßiger wäre, bei der Ausführung dieser unangenehmen Aufgabe die bestellten Vertreter der Gewerkschaft mitwirken zu lassen. Ich erinnere daran, daß diese Kommissionen sicherlich sehr viele Anwürfe zu ertragen gehabt haben, weil es schwer gefallen ist, die richtige Auswahl bei einer zweifellos notwendigen Abbaumaßnahme zu treffen. Nachdem aber diese Schwierigkeiten überwunden waren, ist man systematisch bei der Behandlung von Personalangelegenheiten zu einer neuen Übung übergegangen. Man hat gefunden, daß es vielleicht von Ihrem Gesichtspunkte aus besser ist, daß das Präsidium der niederösterreichischen Landesregierung zusammen mit Ihrer politischen Organisation, dem Arbeiter- und Angestelltenbund, Personalfragen behandelt und erledigt. Und so ist es gekommen, daß Neuaufnahmen, Pragmatisierungen, Beförderungen von Angestellten, nur mehr in diesem Forum zur Durchführung gelangen. Daß es dabei selbstverständliche Übung war, daß nur jene Angestellten Berücksichtigung gefunden haben, die ihre Seele sozusagen dem Teufel verschrieben, das heißt sich irgendwie zum Arbeiter- und Angestelltenbund bekannt haben, ist eine Tatsache, die, glaube ich, nicht bewiesen zu werden braucht.

Wir schreiben heuer das Jahr 1955 und können feststellen, daß sich bisher an dieser geübten Praxis nichts geändert hat. Ich wiederhole das, was ich im vorigen Jahr anläßlich der Budgetdebatte gesagt habe, daß das Dienstalter und die Qualifikation, diese meiner Meinung nach fast zwingenden Voraussetzungen, erst in zweiter Linie von Ihnen als wichtig angesehen werden, daß sie also sekundär sind. Primär ist die Voraussetzung, daß der betreffende Angestellte, der bei einer solchen Maßnahme in Betracht gezogen werden soll, entweder der ÖVP., bzw. dem ÖAAB. angehört oder zumindest diesen so nahe steht, daß kein Zweifel über seine politische Gesinnung besteht. Das geht so weit, daß wir des öfteren sogar feststellen müssen, daß selbst die Zulassung zu Dienstprüfungen, also beispielsweise die Prüfung für die Gruppe C nicht davon abhängig gemacht wird, ob der betreffende Landesangestellte bereits einen Posten nach C ausfüllt, sondern vorerst abhängig gemacht wird, ob der Betreffende dem ÖAAB. angehört oder, wie gesagt, ihm nahesteht. Das geht auch beispielsweise so weit, daß, um es nur zu illustrieren, bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt plötzlich festgestellt wird, daß es zweckmäßig wäre, einen dort beschäftigten Hausarbeiter zu entfernen, nicht deshalb, weil man ihn nicht mehr brauchen würde — das hätte sich im Laufe der letzten fünf Jahre zweifellos herausstellen können —, sondern deshalb, weil seine politische Gesinnung dort nicht hineingepaßt hat. Man ist also großmütig, kündigt ihn und setzt ihn per sofort außer Dienst. Gegen diese Kündigung wird Einspruch erhoben, dem Einspruch wird stattgegeben. Aber das verficht beim Land Niederösterreich und seinen politischen Verwaltern nichts, es wird sofort eine neuerliche Kündigung für den nächsten Termin ausgeschrieben und er wird neuerlich außer Dienst gestellt, sodaß sich folgende Situation ergibt: Dieser beim Land Niederösterreich Beschäftigte ist ein halbes Jahr oder länger außer Dienst gestellt und bezieht für diese Zeit seine vollen Bezüge, nur deshalb, weil seine politische Gesinnung dort nicht hineinpaßt, weil man ihn los haben will. Ich frage nun, kann sich das Land Niederösterreich mit seinen derzeit eingeengten Finanzen das leisten, Angestellte ein halbes Jahr lang außer Dienst zu stellen, sie voll zu bezahlen nur deshalb, weil sie einer anderen Partei, nicht der Österreichischen Volkspartei, bzw. dem ÖAAB. angehören? Natürlich sind auch Vertrauensmänner, die im Lande dienen und die es mit der Interessenvertretung der im Landesdienst Beschäftigten ernst nehmen, nicht gerne gesehen.

Wohltuend anders ist das in einzelnen Bundesministerien. Ich habe z. B. einen Erlaß vom Bundesministerium für Inneres vor mir — ich könnte Ihnen gleiche Erlässe vom Bundesministerium für soziale Verwaltung, vom Bundesministerium für die verstaatlichte Wirtschaft zeigen —, der die Zahl 37.268/3-1955 trägt und vom Mitbestimmungsrecht des Personals im öffentlichen Dienst spricht. Aus diesem Erlaß geht vollkommen klar hervor, daß bei der Mitbestimmung, bei der Mitsprache des Personals. bzw. der Personalvertretung auf keinen Fall diese Mitsprache so verstanden wird, daß nur einer bestimmten Partei Zugehörige mitzusprechen haben, sondern einzig und allein die gewählten Funktionäre, die gewählten Vertrauensmänner haben dort in weitgehendstem Maße das Mitspracherecht, eine Möglichkeit, die beim Lande Niederösterreich selbstverständlich nicht besteht. Das Land Niederösterreich kennt nur den Arbeiter- und Angestelltenbund, und der hat ja in wichtigen Dingen, wie wir beim Betriebsaktionenverbotsgesetz deutlich genug gesehen haben, praktisch nicht viel mitzureden. Aber ich sage noch einmal, wenn hier ein mutiger Vertrauensmann auf Rechte pocht, die ihm selbstverständlich zustehen und wenn er gar erst eine Meinung hat und diese Meinung laut und unverblümt sagt, wie es beispielsweise in der Landespflegeanstalt Gugging bei dem dortigen Betriebsrat, dem dortigen Vertrauensmann geschehen ist, dann scheint das geradezu fast eine Gefahr für ihn zu bedeuten; da heißt es, dem muß sofort abgeholfen werden, der Mann muß sofort ausgeschlossen werden. Was hat der Mann praktisch wirklich getan? Ich glaube, es ist nichts Weltbewegendes, aber er hat sich gestattet, an den Herrn Bundeskanzler, in allem Respekt vor dem Oberhaupt der Regierung, einen Brief zu schreiben, der Ihnen zweifellos nicht bekannt sein wird, aber den ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringen will. Er schreibt *(liest):* „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Mit viel Aufmerksamkeit und Interesse folgte ich Sonntag, den 18. September 1955 Ihren Ausführungen in der ‚Sendung des Bundeskanzlers', welche durch Radio Wien übertragen wurde. Interessant waren für mich unter anderem Ihre Feststellungen über die Rückgliederung der USIA-Betriebe in den österreichischen Wirtschaftskörper; hier jedoch ganz besonders Ihre Meinung über die Personalpolitik. Ich gestatte mir, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, diesen Ausschnitt Ihrer Rede kurz zu wiederholen: ‚. . . ich verurteile aufs schärfste irgendwelche Maßregelungen aus persönlichen Gründen, insbesondere aus Gründen irgendwelcher Parteizugehörigkeit. Niemanden soll aus der Tatsache, daß er dieser oder jener Partei angehört, ein Schaden erwachsen. Was du nicht willst, das dir geschieht, das füg' auch keinem andern zu. Toleranz, vor allem auf politischem Gebiet, ist die Voraussetzung für ein harmonisches Zusammenleben!' Diesen klaren und eindeutigen Worten pflichte ich vorbehaltlos bei, jedoch drängt sich mir die Frage auf, ob Sie diese Ihre Meinung nur auf den Komplex der USIA-Be-

triebe, das heißt also der dort befindlichen Kommunisten und deren Mitläufer beschränkt wissen wollen, oder ob Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, im weiteren der Auffassung sind, daß dies den demokratischen Grundsätzen entsprechend, in allen Dienststellen und Betrieben innerhalb unseres freien Landes Geltung haben müßte. Sollten Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, letzteres als Ihre Meinung zum Ausdruck bringen, erachte ich es als notwendig, folgendes festzustellen: In den nö. Dienststellen, Landesanstalten und Betrieben herrscht praktisch seit mehr als zwei Jahren der gleiche personalpolitische Zustand wie dieser in den USIA-Betrieben vor der Übernahme durch die österreichischen Behörden bestanden hatte. Bei allen Personalmaßnahmen, die in dieser Zeit getroffen wurden, war ausschließlich das Mitgliedsbuch Ihrer Partei maßgebend. Ich bin in der Lage, in bedenklich vielen Fällen den einwandfreien Nachweis zu erbringen, daß Kollegen dieser Dienststellen ausschließlich aus politischen Gründen, das heißt weil diese entweder der sozialistischen Partei angehören oder parteilos sind und dem Ansinnen von ÖVP.-Funktionären, der ÖVP. beizutreten, nicht entsprechen, nicht aufgenommen, pragmatisiert oder befördert werden. Die Art dieser ungleichen Behandlung der Bediensteten hat in den einzelnen Dienststellen, Anstalten, Betrieben und darüber hinaus erklärlich merkliche Unruhe gebracht. Auf Grund dieser Tatsachen kann ich also feststellen, daß es in den nö. Dienststellen, Landesanstalten und Betrieben viele aufrichtige und anständige Arbeiter und Angestellte gibt, die harte politische Schädigungen erdulden müssen. Auf Grund Ihrer Ausführungen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, — so ich diese gut verstanden habe — kann ich erkennen, daß Sie diese ungute Sachlage ebenso verurteilen. Infolge dieser Erkenntnis erlaube ich mir Sie, werter Herr Bundeskanzler, höflichst um Ihre geschätzte Stellungnahme im Allgemeinen zu ersuchen. Sollte sich diese mit meiner Auffassung decken, so würde ich Sie weiters um die Mitteilung bitten, ob Sie in der Lage sind, in Ihrer Stellung als Bundeskanzler und Vorsitzender der Bundesparteileitung der ÖVP., zum Zweck einer Änderung der bisherigen Praxis im Bundesland Niederösterreich Ihren Einfluß geltend zu machen. Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung . . ."

Der Herr Bundeskanzler hat den Brief zur Prüfung der darin enthaltenen Anfragen zweifellos der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Aber siehe da, in der Landesregierung ist man nicht in sich gegangen, hat man nicht erkannt, daß es nunmehr zweckmäßig wäre, von dieser Art Personalpolitik abzugehen, sondern man hat sich beeilt, die von dem Vertrauensmann zum Ausdruck gebrachte Meinung in der Praxis zu bestätigen.

Wie das geschieht, ist einfach. Man leitet gegen den Vertrauensmann ein Disziplinarverfahren ein, weil er angeblich seine dienstlichen Verpflichtungen gröblich vernachlässigt und die Dienstzeit dazu verwendet hat, um seinen ihm auferlegten gewerkschaftlichen Aufgaben nachzukommen. Aber dann stellt man plötzlich fest, daß dem Mann ja Freizeit gewährt worden ist, man kann also nicht so einfach ein Disziplinarverfahren einleiten. Also schreibt man dem Mann nachträglich einen zweiten Brief, worin mitgeteilt wird, daß die bisherige Dienstfreistellung aufgehoben ist. Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, sage ich dazu noch, daß der Bedienstete des öfteren versucht hat, Klarheit darüber zu bekommen, wie weit ihm dienstfreie Zeit gewährt wird — die ihm ja offiziell bewilligt wurde —, in welchem Umfang er sie nehmen kann. Man hat es aber nicht der Mühe wert gefunden, ihm dezitiert zu sagen: Sie haben die Möglichkeit, am Vormittag oder am Nachmittag Ihren Aufgaben nachzukommen, obwohl dieser Vertrauensmann unbestreitbar große Aufgaben in der Personalvertretung hat.

Man stellt ihn also unter Disziplinaranklage, weil er widerrechtlich dienstfreie Zeit für gewerkschaftliche Aufgaben in Anspruch genommen habe, und im zweiten Brief teilt man ihm mit, daß man die ihm seinerzeit gewährte Dienstfreistellung, die eine Disziplinaranklage von vornherein ausschließt, aufhebt. Dazu kann ich nur sagen, daß das eigentlich einem Schildbürgerstreich gleichkommt. Man kann also gespannt sein, Hohes Haus, wie das Präsidium im Auftrage der Landesregierung aus diesen eigenen Widersprüchen herausfinden wird.

Der Geist, der hier praktiziert wird — eigentlich ist es ein Ungeist —, hätte zwar in den Vormärzzeiten seine Berechtigung gehabt, zweifellos hat er sie aber nicht mehr im Jahre 1955. Derselbe Geist zeigt sich darin, daß zum Beispiel der Herr Abg. Stangler meint, wir hätten eigentlich die verdammte Pflicht, brav zu sein. Nachdem der Herr Vizepräsident Wondrak in sachlicher Weise zum Budget, wie wir es sehen, Stellung genommen hat, dürften wir also keine zusätzliche Meinung mehr haben, die sich mit der Meinung des Herrn Vizepräsidenten selbstverständlich deckt. Der Herr Abg. Stangler meint also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Fraktion der Österreichischen Volkspartei in diesem Hause beschließen und entscheiden soll, worauf dann nach der neuesten Devise, die wir bereits kennen, abgestimmt wird, und damit basta! Damit soll sich die sozialistische Fraktion in diesem Hause abfinden.

Es hat mich sehr gewundert, daß der Herr Präsident dieses Hauses — ich sage das bei allem Respekt vor seiner Funktion — meine Beschwerde darüber, daß hier in den letzten Stunden oder

Tagen ein Geist eingekehrt sei, der diesem Hause nicht würdig ist, damit beantwortet hat, daß er mir einen Pauschalvorwurf macht und meint, wir sollten uns korrekt verhalten. Ich würde den verehrten Herrn Präsidenten sehr bitten, mir eine Rüge zu erteilen, wenn er tatsächlich sagen kann, daß ich mich in meinen Ausführungen gegen die Würde des Hauses vergangen habe. Ich glaube, es würde ihm zweifellos schwer fallen. Aber ich bin denn doch der Meinung, daß es Aufgabe des Präsidenten in diesem Hause ist, wirkliche Entgleisungen, die die Würde des Hauses herabsetzen, entsprechend zu rügen oder die Maßnahmen zu treffen, die eine Fortsetzung solcher Entgleisungen verhindern.

Um nun aber wieder zu Personalfragen im speziellen zurückzukehren, möchte ich sagen, daß unserer Meinung nach eine solche Art der Personalpolitik, wie sie hier im Hause und in den Bezirkshauptmannschaften und Landesanstalten immer mehr und mehr geübt wird, zweifellos auf die Moral der Beamtenschaft, auf die Dauer gesehen, keine gute Wirkung haben kann, wenn man in diesem Hause nur etwas erreichen kann — und zweifellos will jeder Angestellte erreichen, daß er pragmatisiert wird, daß er befördert wird, daß ihm das zukommt, was ihm zusteht —, wenn man Mitglied des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes ist. Wenn eine bloße Nachfrage von meiner Seite, bzw. von unserer Seite genügt, um den Betreffenden ein für allemal für irgendwelche Maßnahmen auszuschalten oder zumindest auf längere Zeit auszuschalten, dann glauben wir, daß solche Dinge nicht geeignet sind, die Heranbildung eines Beamtentums zu fördern, das im Rahmen seines zweifellos schweren Dienstes jederzeit aufrecht für Recht und richtige Entscheidungen einzutreten hat.

Ich bin fast der Meinung — es erweckt wenigstens den Anschein —, daß Ihnen daran gelegen ist, mit der Zeit einen Zustand herbeizuführen, daß Sie nur von Menschen umgeben sind, die Leisetreter werden, die sich nicht getrauen, sich zu irgendeiner politischen Weltanschauung zu bekennen, weil ihnen das Bekennen zu einer anderen Weltanschauung, als es die Ihre ist, zweifellos dienstliche Erschwernisse eintragen würde, die sich letzten Endes auch pekunär auswirken würden.

Es scheint uns auch nicht zweckmäßig — ich glaube, wir werden uns beim Kapitel Dienstpostenplan noch weiter mit dieser Frage befassen, aber es gehört auch hieher —, daß die Pragmatisierung von Landesangestellten, sofern sie eine gewisse Dienstzeit hinter sich haben und sofern sie eine erträgliche Qualifikation haben, Ihrer Willkür überantwortet bleibt. Wir sind der Meinung, daß man hier ein sehr lobenswertes Beispiel nachahmen könnte: Die Stadt Wien zum Beispiel pragmatisiert ihre Angestellten nach sechs Dienstjahren, vorausgesetzt daß sie mindestens die Qualifikation „gut" haben. Ich stelle auch fest, daß auf Ihrem Parteitag dieselbe Forderung erhoben wurde — ich weiß nicht, ob sie beschlossen wurde —, allerdings mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Aber ich sage noch einmal, die Stadt Wien pragmatisiert ihre Angestellten automatisch nach Vollendung des sechsten Dienstjahres unter der Voraussetzung, daß sie sich die Qualifikation „gut" erworben haben. Wir behalten uns vor, beim Kapitel Dienstpostenplan noch einen entsprechenden Antrag zu stellen. Aber wir glauben, daß das längst ein Beispiel wäre, das dem Lande Niederösterreich als nachahmenswert empfohlen werden könnte. Ansonsten ergibt sich der unleidige Zustand, daß Menschen, da sie 7, 8, 9, 10, 12 und mehr Jahre auf ihre Pragmatisierung warten, sich genau so verhalten, wie es von oben gewünscht wird, weil sie sonst davor zittern müßten, daß sie auch bei guter Qualifikation bei einer Pragmatisierung übergangen werden.

Zusammenfassend möchte ich erklären: Die Personalpolitik, die Sie hier im Lande Niederösterreich betreiben, stellt zweifellos kein Ruhmesblatt für die Politik des Landes überhaupt dar. Ich sage dazu — vielleicht ist dies etwas optimistisch, wenn ich daran denke —, daß wir, wenn wir einmal die Mehrheit in diesem Lande haben werden oder haben würden, auf diesem Gebiet vieles gutzumachen hätten, was Sie schlecht gemacht haben.

Hohes Haus! Wir würden uns aufrichtig darüber freuen, wenn Sie schon jetzt Einkehr halten und sich schon jetzt einer Personalpolitik befleißigen würden, die wir bedingungslos gutheißen könnten und die wir auch dann bei geänderten Voraussetzungen im gleichen Sinne fortzusetzen versprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Stangler.

ABG. STANGLER: Hoher Landtag! Bei der Gruppe 0 möchte ich sofort meinem verehrten Herrn Vorredner in Kürze antworten. Herr Abg. Wenger hat sich über die angeblich intolerante Personalpolitik in diesem Lande beschwert, er hat vom Ungeist des Vormärz gesprochen, von der Unduldsamkeit und so weiter. Ich glaube, namens meiner Fraktion feststellen zu können, daß in der Verwaltung dieses Landes noch keinem Landesbeamten wegen seiner Gesinnung eine unmenschliche oder menschenunwürdige Behandlung zuteil geworden ist. Ich weiß aber ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, wo Arbeitnehmer unmenschlich und menschenunwürdig behandelt worden sind, scheinbar auch unter Duldung des Landessekretärs des Österreichischen

Gewerkschaftsbundes von Niederösterreich. Ich nehme an, daß er die Maßnahmen dieser betreffenden Gewerkschaft gedeckt und bejaht hat. Es handelt sich um die skandalösen Vorgänge bei der Firma Gräf und Stift, wo Arbeiter, ja sogar Frauen auf die Straße gesetzt und brotlos gemacht wurden, weil sie eben nicht dem Gewerkschaftsbund beitreten wollten oder beigetreten sind, bzw. aus diesem ausgetreten sind. Herr Abg. Wenger, wer sich zu einer solchen Politik bekennt und — ich nehme an, daß Sie diese Maßnahme der sozialistischen Fraktion dieser Gewerkschaft decken —, hat das Recht verwirkt, vor einem anderen Forum von Unduldsamkeit zu reden. Mehr will ich darüber gar nicht sagen, denn darüber haben sich ja auch die Arbeiter und Angestellten der Firma Gräf und Stift schon ein Bild gemacht. Wenn Sie den Ausgang der Betriebsratswahlen der Arbeiter- und Angestelltenschaft dort verfolgt haben, dann haben Sie ja die richtige Antwort der Arbeitnehmer dort bekommen, die sich für dieses unanständige und menschenunwürdige Benehmen Ihrer Gewerkschaftsfraktion entsprechend revanchiert haben. Machen Sie die Politik nur so weiter, Sie werden unserer Richtung damit nur einen Dienst erweisen, weil heute in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft dieser Terror, den Sie hier vertreten, abgelehnt wird. Mehr will ich über diese Dinge nicht sagen. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ist besser, ja!)* Ich glaube, daß wir noch Gelegenheit haben werden, über diese Terrorfälle zu sprechen, aber ich überlasse das einem berufeneren Vertreter meiner Fraktion, der darüber auch noch etwas sagen wird. Aber Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, wenn Sie unbedingt glauben, ich wäre schon fertig, dann werde ich Ihnen beweisen, daß ich noch weiterreden kann. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bis am Weihnachtsabend können Sie weiterreden. Wir werden aber dann alle die 900 Fälle vom Land aufzählen, nicht die von Gräf und Stift!)*

Eines ist sicher, daß die überwältigende Mehrheit der Beamtenschaft dieses Landes sich zu unserer Richtung bekennt. Wenn Sie es nicht glauben, dann setzen Sie einmal mit Ihrem Widerstand gegen das Personalvertretungsgesetz aus, damit es endlich zu Personalvertretungswahlen kommen kann. Dann werden wir bei einer geheimen Wahl sehen, wieviel sich zu Ihnen und wieviel sich zum Arbeiter- und Angestelltenbund des Hauses bekennen. Aber ich habe das Gefühl, daß Sie das Personalvertretungsgesetz sehr fürchten, nicht nur hier, sondern auch wo anders. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wer hat das Gesetz zu machen, wer?)* Wenn wir das Personalvertretungsgesetz in Österreich hätten, dann hätten wir die Möglichkeit, Personalvertretungswahlen durchzuführen und damit den Beweis anzutreten, daß unsere Politik von der großen Mehrheit der Landesbeamtenschaft bejaht und anerkannt wird. *(Abg. Kuntner: Werden muß!)* Bei der Wahl können Sie niemand zwingen, Herr Abg. Kuntner, da wird geheim abgestimmt. Jedenfalls sehen wir dieser Entwicklung mit Freuden entgegen.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Ich möchte bitten, zum ganzen Haus zu sprechen und nicht Zwiegespräche zu führen.

ABG. STANGLER *(fortfahrend)*: Ich glaube, der Redner hat auch das Recht auf einen Zwischenruf zu antworten. Das war bisher in diesem Hause nicht untersagt, und ich finde es eigenartig, daß ich hier jetzt aufmerksam gemacht werde, trotzdem es heute schon einige Male vorgekommen ist, daß auf Zwischenrufe reagiert wurde. Und das werde ich auch machen.

Zur Angelegenheit Jungbürgerfeiern, über die der Herr Abg. Kuntner gesprochen hat, erlaube ich mir noch einige Feststellungen zu treffen. Was den staatsbürgerlichen Sinn dieser Jungbürgerfeiern betrifft, decken sich unsere Ansichten mit denen der sozialistischen Fraktion, da herrscht Übereinstimmung. Wir begrüßen die Einführung dieser Jungbürgerfeiern und dürfen feststellen, daß die Initiative dazu in Niederösterreich vom Landesjugendreferat und damit von der Landesregierung ausgegangen ist. Ich darf feststellen — hier werde ich mich hoffentlich in Übereinstimmung mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp befinden —, daß diese Jungbürgerfeiern bisher sicherlich zu keinerlei Klagen Anlaß gegeben haben. Ich erinnere mich mit Vergnügen an die Jungbürgerfeier in Wieselburg, die zweifellos, so wie alle anderen Jungbürgerfeiern, dazu angetan war, dem Sinn zu entsprechen, von dem Herr Abg. Kuntner gesprochen hat. Selbstverständlich fällt es niemandem ein, daraus eine Parteifrage zu machen. Es sind die Jungbürgerfeiern vielleicht eine jener wenigen Angelegenheiten, wo wir über die Partei hinauswachsend unsere gesamten Aufgaben vor der jungen Generation zum Ausdruck bringen können. Ich muß lediglich hinsichtlich der Kompetenz eine verschiedene Auffassung zum Ausdruck bringen. Es ist nach unserer Meinung nicht so, daß für die Durchführung der Feiern nur die Gemeinde zuständig oder das Hauptgewicht auf die Gemeinde zu legen ist. Wir feiern hier nicht das Gemeindebürgerrecht, sondern es geht hier darum, daß der Jungbürger mit der Erreichung des vorgeschriebenen Alters in den Genuß der vollen Rechte des Staatsbürgers gelangt. Daher ist hier nicht nur die Gemeinde, sondern auch der Staat zu sehen, und zur Durchführung dieser Feiern ist somit das Land im übertragenen Wirkungsbereich des Staates mit berechtigt, ja geradezu mit verpflichtet. *(Abg. Kuntner: In der Steiermark und in Vorarlberg ist es anders!)* Was die Steiermärker und

Vorarlberger machen, steht in diesem Hause nicht so unmittelbar zur Debatte. Wir haben über Niederösterreich zu sprechen, und es haben sich diese Jungbürgerfeiern in Niederösterreich — einige kleinere Schwierigkeiten ausgenommen — gut bewährt. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Da bin ich entgegengekommen!)* Nun sehen Sie, wenn Sie entgegenkommen, geht es immer in Ordnung. Ich darf noch feststellen, daß die Entwicklung dieser Feiern gezeigt hat, daß es richtig ist, daß hier Land, Landesregierung und Gemeinden gemeinsam an diesem Werk weiterarbeiten und daß daraus keine Prestigefrage gemacht wird. Ich sage noch einmal, es handelt sich hier um die Erreichung der vollen Rechte des Staatsbürgers. Daher ist hier das Zusammenwirken von Gemeinde, Land und Staat auch die einzige mögliche Lösung, und wir hoffen, daß wir auch künftighin im Interesse der staatsbürgerlichen Erziehung unserer Jugend weiterhin einen gemeinsamen Weg beschreiten können, der sicherlich von Ihnen genau so gewürdigt wird, wie von uns. Wir hoffen nur, daß von Ihnen hier keine besonderen Prestigefragen aufgeworfen werden.

Bei diesem Kapitel erlaube ich mir, auch noch kurz zu einer anderen Sache Stellung zu nehmen. Es betrifft die Sicherheitsdirektionen. Die Aufgaben des Sicherheitswesens gehören zu den wichtigsten Aufgaben der inneren Verwaltung. Die Länder müssen daher besonderen Wert darauf legen, daß ihnen eine gewisse Einflußnahme bei diesem wichtigen Zweig der Verwaltung gewährleistet wird, und außerdem muß getrachtet werden, daß der Landeshauptmann unter Mithilfe des Amtes der Landesregierung die Führung der Sicherheitsaufgaben wieder so übertragen erhält, wie dies einmal hier üblich und im Gesetz verankert war. Es ist das auch im Interesse der Einheit der Verwaltung zweckmäßig. Während die Bundesverfassung von 1920 von der selbstverständlichen Annahme ausgegangen ist, daß die Angelegenheiten des Sicherheitswesens den Ländern in mittelbarer Bundesverwaltung zu übertragen sind — auch die Verfassungsnovelle 1925 hielt an diesem Grundsatz fest —, kam es durch die Verfassungsnovelle 1929, bedingt durch die damaligen politischen Verhältnisse zu einer Ergänzung des Kataloges des Art. 102, wo festgelegt wurde, daß unter außerordentlichen Verhältnissen für bestimmte, aufgezählte Angelegenheiten des Sicherheitswesens eigene Bundesbehörden in den Ländern errichtet werden können. Im Jahre 1945 wurden durch § 15 des Behördenüberleitungsgesetzes und durch die Verordnung vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung der Sicherheitsdirektionen die entsprechenden Grundlagen geschaffen. Die verfassungsmäßige Zuständigkeit wurde durch das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 142/1946, gegeben. Zweifellos werden auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 besondere Ausnahmeverhältnisse geherrscht haben. Nun glauben wir aber, meine sehr verehrten Herren des Hohen Landtages, daß wir 10 Jahre nach Kriegsende, wohl jetzt auch im Jahre der Freiheit, nicht mehr von solchen Ausnahmeverhältnissen sprechen können. Die Verhältnisse haben sich in politischer, in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht so normalisiert, daß wir doch heute hinsichtlich der inneren Sicherheit von geordneten friedensmäßigen Verhältnissen sprechen können. Schon aus dem Grunde scheint es uns nicht mehr notwendig, hier an einem Gesetz festzuhalten, das für Ausnahmezustände geschaffen wurde. Ich glaube, es muß aber auch festgestellt werden, daß manche bisher den Sicherheitsdirektionen übertragenen Aufgaben besser vom Landeshauptmann im Zusammenwirken mit dem Amt der Landesregierung geregelt werden können. Als weiteres Argument möchte ich anführen, daß es nicht übersehen werden darf, daß die Aufrechterhaltung der Sicherheitsdirektionen durch den Bund zweifellos eine nicht unbeträchtliche finanzielle Mehrbelastung mit sich bringt, und abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß die Wegnahme dieses Rechtes von den Landesregierungen und dessen Übertragung an eine Zentralbehörde eigentlich laut Bundesverfassungsnovelle 1929 dem bundesstaatlichen Grundsatz Österreichs entgegensteht. Es ist daher auch interessant, daß der Landtag von Vorarlberg vorgestern einen Beschluß zum Schutze der Länderinteressen vor der Überzentralisierung gefaßt hat, der die Auflösung der Sicherheitsdirektionen und die Übertragung der Sicherheitsrechte in die Hände der Länder in mittelbarer Bundesverwaltung zum Gegenstand hat.

Diese angeführten Gründe zeigen, daß die derzeitige Einrichtung der Sicherheitsdirektionen überholt erscheint, und so erlaube ich mir, einen Resolutionsantrag zu stellen, um dessen Annahme ich das Hohe Haus bitte *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß die in den Bundesländern als bundesunmittelbare Behörde errichteten Sicherheitsdirektionen aufgelassen und die von ihnen bisher besorgten staatlichen Aufgaben den Behörden der allgemeinen Verwaltung in den Ländern, also den Landeshauptmännern, in mittelbarer Bundesverwaltung übertragen werden." *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dubovsky.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Einige sozialistische Abgeordnete haben sich bei mir beschwert, daß ich im Verlauf der Debatte gegenüber dem Abg. Gerhartl den Ausdruck „Tepp"

gebraucht habe. Ich will den Ausführungen der sozialistischen Kollegen Glauben schenken, denn ich weiß nicht, ob er im stenographischen Protokoll enthalten ist. Aber soll dieser Ausspruch wirklich gefallen sein, so ziehe ich ihn mit aufrichtigem Bedauern zurück. Er ist bestimmt nur aus der Hitze der Debatte heraus entstanden. Aber diese Beschwerden muten doch einigermaßen sonderbar an, und ich möchte sagen, die sozialistischen Kollegen wirken gleichsam wie Mimosen, weil sie sofort reagieren, wenn sie einmal etwas härter angepackt werden. Die sozialistischen Kollegen sind es aber und vor allem der Kollege Wenger, der jede Rede, die er hier von uns hört, zu Beschimpfungen uns gegenüber benützt. Seine Worte „ausländische Agenten" scheint für ihn uns gegenüber so zu sein, wie das Amen im Vaterunser. Dieses Wort wird von ihm in jeder seiner Reden uns gegenüber gebraucht. Und nun frage ich, wer sind diese ausländischen Agenten? Wir von der Volksopposition sind nicht so empfindlich, wenn man uns einmal etwas härter angreift und wir verlangen nicht gleich vom Präsidenten Maßnahmen und Sanktionen dagegen. Aber wer sind die ausländischen Agenten? Da empfehle ich Ihnen, das Rot-Weiß-Rot-Buch nachzulesen, das die Österreichische Bundesregierung herausgegeben hat und in dem festgehalten wird, daß über 5000 meiner Genossen im Kampfe gegen den braunen Faschismus ihr Leben haben lassen müssen, damit dieses Österreich wieder auferstehen konnte. Das sollen also die ausländischen Agenten sein? Ein jeder, der in einem Konzentrationslager gewesen ist und nicht zuletzt Kollege Wenger selbst — und deshalb ist ihm seine Ausdrucksweise besonders arg anzurechnen — weiß, daß in diesem Buche steht, daß die Kommunisten durch ihre vorbildliche Haltung, durch ihre eiserne Disziplin, durch ihre Kameradschaftlichkeit und durch ihr Eintreten für alle Österreicher ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit — Sie können in der Volkspartei und in der Sozialistischen Partei fragen — ihren Mann gestellt haben. Dieses Auftreten hat dazu geführt, daß das österreichische Lagerkomitee, das von Kommunisten in Zusammenarbeit mit den anderen Parteien geleitet wurde und das den Widerstandskampf innerhalb der Konzentrationslager mit organisiert hat, im Rahmen des internationalen Lagerkomitees solche Achtung erworben hat, daß es an die Spitze der internationalen Lagerkomitees treten konnte. Die aufrechte Haltung der Kommunisten im Lager und ihr Einstehen für Österreich hat bewirkt, daß das Wort „Österreicher" mit Achtung ausgesprochen wurde. Letzten Endes wurden durch diese Lagerkomitees bereits zu jener Zeit Verbindungen mit anderen Ländern angeknüpft, auch mit westlichen, die mit dazu beigetragen haben, daß Österreich wirklich wieder das geworden ist, was wir uns alle vorgestellt haben, nämlich ein souveräner, ein freier Staat.

Es ist notwendig, dies festzustellen, um die Abgründigkeit der gegen die Kommunisten vorgebrachten Beschuldigungen aufzuzeigen. Man hat es sich heute nämlich zur Aufgabe gemacht, aufrechte Österreicher, nur weil sie Kommunisten sind — ich habe in der Generaldebatte schon darauf hingewiesen —, zu verfolgen, sie zu schikanieren und zu kujonieren. Mit dieser Methode werden Sie aber Schiffbruch erleiden!

Was wirft man denn den Leuten vor, die man heute verfolgt, was haben sie gemacht? *(Abg. Bachinger: Zur Sache!)* Sie haben nichts anderes gemacht als das, was im ersten Appell der provisorischen Regierung festgelegt wurde. In dieser Proklamation heißt es nämlich nach der Aufforderung, bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, bei der Beendigung der Kriegshandlungen, bei der Liquidierung des Nazierbes und bei der Festnahme und Bestrafung von Verrätern und Kriegsverbrechern aufs engste mit der Sowjetarmee zusammenzuarbeiten, wörtlich *(liest)*: „Suchet das Verständnis und die Hilfe der erreichbaren Befehlsstellen der Roten Armee. Arbeitet dort, wo die unmittelbaren Kriegshandlungen vorbeigezogen sind und der ruhigen Besetzung Platz gemacht haben, mit den Kommandeuren der Roten Armee zusammen." Ich bin nur neugierig, ob die damaligen Mitglieder der provisorischen Regierung, die heute noch in der Bundesregierung sitzen, ob der Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärf, Innenminister Helmer, Verkehrsminister Waldbrunner und Außenminister Figl zu dieser Aufforderung an die Bevölkerung, die sie damals erlassen haben, tatsächlich noch stehen werden. Andernfalls müßten sie gegen sich selbst die Anzeige wegen Aufforderung zum Menschenraub erstatten. Keine österreichische Regierung hat diesen ersten Appell aufgehoben, er hat nach wie vor Gesetzeskraft, und all das, was in der letzten Zeit geschieht, wo man begonnen hat, aufrechte Österreicher nur deswegen einzusperren, weil sie Kommunisten sind, hat nur zum Ziel, die Kommunisten einzuschüchtern. Wohin das führen kann, zeigt die Entwicklung. Von Kothbauer bis zu Wehrl ist nur ein kleiner Schritt gewesen. Ein weiterer kleiner Schritt ist, daß man auch bereits ÖVP.-Funktionäre, auch Demokraten, auf diese Weise abzuschießen beginnt. Und ich glaube doch, daß das nicht der Sinn des Kampfes aller aufrechten Österreicher gegen den Faschismus sein konnte, daß man jetzt, weil man aus bestimmten wahlstrategischen Momenten heraus um die Stimmen der damaligen Verbrecher buhlt, damit beginnt, die aufrechten Verfechter Österreichs zu verfolgen.

Ich habe schon gesagt: Wir halten es aus! Ob es aber die sozialistischen Funktionäre, ob es die

demokratischen Kräfte in der Volkspartei aushalten werden, wird sich erst herausstellen. Wir haben die Rückensteife, wir haben die Nackensteife, den Kampf aufzunehmen, den Kampf um die Herstellung des Rechtes, um die Anerkennung der Demokratie und die Durchführung der Demokratie.

Und noch etwas, worüber sich verschiedene sozialistische Redner beschwert haben, das auch in diesem Zusammenhang gesehen werden muß, weil es nur die Kehrseite der gleichen Medaille ist. Ich meine die Pardonierung, ja geradezu Förderung von Menschen in Österreich, die sich schwerste Verbrechen zuschulden haben kommen lassen und die nicht nur einen ermordet haben, sondern wo die Ermordungen in die Dutzende, ja Hunderte gehen. Dazu gehört der Fall Sanitzer, des Nazi-Kriminalrates Sanitzer, der zweifellos als eine der Bestien der Gestapo — wer mit ihm zu tun gehabt hat, kann ein Lied davon singen — gilt. Dieser Mann wird, obwohl er vom österreichischen Gericht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt ist, bei seiner Heimkehr aus der Sowjetunion, wo er war, weil er auch in der Sowjetunion seine Verbrechen verübt hat, in Freiheit gesetzt. Ich erinnere daran, daß leider — und die Kollegen, die in einem Lager waren, werden das bestätigen — gerade die österreichischen SS-Leute draußen sozusagen in der Schneid an den Gefangenen die Deutschen noch übertreffen wollten, weil sie den Beweis erbringen wollten, daß sie noch strammer sind als die Preußen. In jedem Lager hat man diese Feststellung gemacht, und auch bei den großen Vernichtungen, wo man hunderttausende Menschen wie in Kiew in den Fluß hineingetrieben hat, waren solche Leute dabei. Aber es ist doch so, daß, wenn Sie einen Pferdedieb fassen, keiner sagt, er hat ein Roß gestohlen, sondern er sagt bestenfalls: Ich habe ein Schnürl gefunden, und da ist ein Roß daran gehängt! Glauben Sie, daß es gegenüber jenen, die da wegen solcher Verbrechen verurteilt worden sind, nicht notwendig ist, daß auch Österreicher sich vor solchen Massenmördern schützen?

Und nun zum Fall Sanitzer, der sozusagen das Beispiel gibt. Ich habe hier die Frage aufgeworfen, wen Sanitzer schützt — nicht umgekehrt. Ganz bewußt! Denn sonst kann man einen solchen Mann nicht freilassen. Der Mann muß etwas wissen. Er muß zu bestimmten österreichischen Politikern und Stellen Beziehungen haben, Tatsachen wissen, die diese Politiker bloßstellen. Und dabei habe ich mich an folgendes erinnert: Nach dem Juliputsch des Jahres 1944, als ich wieder auf der Gestapo in einer Zelle saß, wo auch eine Reihe sozialistischer Funktionäre, wie z. B. der frühere Vizepräsident des Landtages Petznek, der ehemalige Abg. Pauppill und viele andere anwesend waren, wurden wir eines Tages — es war eine Formsache — zum Arzt geführt, ob wir haftfähig seien. Ich habe die ganze Prozedur schon vorher gekannt und wußte, selbst wenn man im Sterben gelegen ist, wäre das für die Gestapo noch immer kein Grund, enthaftet oder nicht ins Lager geschickt zu werden. Ich habe deshalb auch von vornherein nicht versucht, was die anderen begreiflicherweise taten, irgendeine Krankheit anzugeben oder vorzutäuschen, um enthaftet zu werden, denn ich wußte, daß das vergeblich war. Bei der ärztlichen Untersuchung stellte sich dort nun folgendes heraus: Schneidmadl, Petznek, Pauppill und einige andere, die nicht mehr zurückgekommen sind, waren alle krank. Nur zwei waren gesund, sie haben auch von vornherein gesagt, sie seien gesund. Das war der jetzige Innenminister Helmer und ich. Helmer war es, der zu mir gesagt hat: „Du, wir sind die zwei Gesunden in diesem Krankenhaufen da, aber ich habe keine Angst, ich komm' eh aussi." Der Abg. Petznek soll sich daran erinnern, daß er mir auf dem Transport nach Dachau in der Nacht erklärt hat, daß Helmer ihm versprochen habe, sich einzusetzen, damit auch er freigehen wird. Ich hätte es dem alten Mann vergönnt, daß ihm die Leiden des Dachauer Lagers erspart geblieben wären. Aber was müssen das für Verbindungen gewesen sein? Vielleicht überlegen wir es uns einmal. In der Zeit, wo der Krieg dem Ende entgegengeht, wo das Attentat in Berlin geschah, wo der ganze Kampf der Nazi darnach gerichtet war, alle einzusperren, alle Gegner ins Lager zu bringen, geht auf einmal einer frei! Und der Helmer war doch nicht ein Unbekannter, er war immerhin auch vor der Nazizeit einer der prominentesten Politiker Österreichs und der wird enthaftet? Fragen Sie die anderen, wieviel eingeschlagene Zähne es gegeben hat, wieviele Mißhandlungen vorgekommen sind, und der Helmer geht frei? Sind Sie der Meinung, daß das stimmen kann, daß da etwas nicht in Ordnung ist? Wenn man noch bedenkt, daß Helmer auch derjenige war, der sich nach 1945 für die Partei der Faschisten, den VdU. eingesetzt hat, damit dieser in Österreich gegründet werden konnte, wenn man hier den ganzen Zusammenhang seiner Entwicklung beobachtet und sieht, wie er in seiner ganzen bisherigen Tätigkeit sozusagen der Schutzengel der Faschisten, der Nazi, gewesen ist, dann wirft sich hier wirklich die Frage auf: Wer schützt wen? Das ist eine Frage, über die man nicht mit Herumreden hinwegkommen, die man nicht einfach mit irgendwelchen Redensarten aus der Welt schaffen kann. Man muß eingestehen und sagen, was da nicht in Ordnung ist, was da nicht stimmt, welche Beziehungen es auch zum Nazi-Stadtkämmerer von Wien gegeben hat. Das muß man sagen, da muß man auftreten. Wenn er glaubt, daß er diese Metternich-Methoden, die er im Innenministerium gegen uns Kommunisten eingeführt hat, erfolgreich fortsetzen wird können, will ich nur entgegnen:

Wir werden über ihn triumphieren, nicht er über uns! Wir haben schon über andere triumphiert als es der Helmer ist.

Das wollte ich sagen! Ich habe nicht die Absicht gehabt, zur Gruppe 0 zu sprechen. Sie werden mir aber das Recht zugestehen, daß man sich, wenn man angegriffen wird, verteidigt und die Angelegenheit klar zum Ausdruck bringt. Ich weiß, es ist kein angenehmes und erquickliches Kapitel, aber es ist angesichts der Methoden, die man glaubt gegen uns anwenden zu können, notwendig, darüber zu sprechen, weil das die erste Gegenaktion darstellt.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Weiß.

ABG. WEISS: Hohes Haus! Ich möchte hier nur ganz kurz zu den Ausführungen meines Kollegen Kuntner, betreffend die Jungbürgerfeiern, Stellung nehmen. Ich pflichte, ebenso wie der Kollege Stangler, ihm darin bei, daß diese Feiern in würdiger und überparteilicher Weise abgehalten werden sollten. Ich darf wohl nicht annehmen, daß mein Kollege Kuntner das Verhalten des sozialistischen Parteisekretärs von Gänserndorf als die überparteiliche Art meint, wie man Jungbürgerfeiern abzuhalten pflegt. In einem konkreten Falle im Bezirk Gänserndorf hat die Absicht bestanden, in einem Sprengel dieses Bezirkes, der aus acht Gemeinden besteht, eine Jungbürgerfeier abzuhalten, und der Herr Bezirkshauptmann von Gänserndorf wurde vom Jungbürgerreferat des Landes ersucht, er möge in diesen Gemeinden Erhebungen darüber pflegen lassen, wieviele Jungbürger sich in den einzelnen Gemeinden befinden. Der Herr Bezirkshauptmann von Gänserndorf hat ein diesbezügliches Schreiben an die Herren Bürgermeister gerichtet, in welchem die Aufforderung enthalten war, die Herren Bürgermeister mögen feststellen, wieviel Jungbürger in den einzelnen Gemeinden sind. In dem gleichen Schreiben war die Bitte und die Einladung an die Herren Bürgermeister gerichtet, mit ihren Jungbürgern zu der Jungbürgerfeier zu erscheinen. Daraufhin hat der Herr Bezirksparteisekretär der sozialistischen Partei von Gänserndorf den Herrn Bezirkshauptmann angerufen und ihn gefragt, mit welchem Recht er die Bürgermeister auffordert, zu einer Jungbürgerfeier der ÖVP. zu kommen. Der Herr Bezirkshauptmann hat ruhig und selbstverständlich erklärt, daß er lediglich eine Aufforderung an die Herren Bürgermeister richtete, um festzustellen, wieviele Jungbürger in den Gemeinden vorhanden sind und sie freundlicherweise eingeladen hat, zu der überparteilichen Jungbürgerfeier zu kommen. Die gleiche Absicht hat in einem anderen Ort im Bezirk Gänserndorf bestanden, und zwar in Auersthal, wo Landesrat Waltner bei einer solchen Veranstaltung sprach. Ich glaube nicht, daß die Jungbürger, die bei dieser Feier anwesend waren, dem Herrn Landesrat Waltner den Vorwurf machen könnten, er hätte nur in der leisesten Form hier von Parteipolitik gesprochen. Er hat den Jungbürgern lediglich in würdiger Weise klar gemacht, zu welchem Zweck diese Feiern abgehalten werden. Ich sage jetzt zur Ehre des Herrn Abg. Kuntner, der eben im Saal erschienen ist, daß er das Verhalten des Bezirksparteisekretärs selbst nicht gut geheißen hat. Ich habe es aber für notwendig erachtet, hier darauf hinzuweisen, daß das nicht die überparteiliche Art sein könnte, von der man hier in diesem Hause gesprochen hat.

Zu der Anfrage des Herrn Abg. Staffa, den Fall Gruber betreffend, möchte ich folgendes feststellen. Der Herr Abg. Staffa weiß so gut wie wir alle hier in diesem Hause, daß eine diesbezügliche Anfrage in Rußland sehr wenig Erfolg gehabt hätte, ja vielleicht das Gegenteil von dem erreicht worden wäre, was man sich hier versprochen hat. Ich darf sehr konkret zu diesem Fall vielleicht deshalb sprechen, weil ich einen Bruder habe, der elf Jahre lang in russischer Kriegsgefangenschaft verbracht hat. Ich habe jedenfalls nur einmal über das Außenministerium beim russischen Besatzungselement versucht, etwas über die Verurteilung meines Bruders zu erfahren. Diese Anfrage wurde aber als Beleidigung der russischen Justiz aufgefaßt. Warum mein Bruder zu zweimal 25 Jahren verurteilt worden war, wußte er selbst nicht. Nun ist es ihm gelungen, nach elfjähriger Gefangenschaft in die Heimat zurückzukehren, und es ist den Funktionären der sozialistischen Partei vorbehalten geblieben, seine Einstellung auf seinen früheren Posten, den er wieder beziehen wollte, vorerst zu verhindern, weil man versucht hatte, mit Hilfe seiner Einstellung einen Direktorstellvertreterposten für die sozialistische Partei zu erpressen. Ich glaube, dieses Verhalten einem Heimkehrer gegenüber, der elf Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft unschuldig verbracht hat, kann man nicht als sehr demokratisch bezeichnen. Das wollte ich hier auch einmal festgestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Hainisch.

ABG. HAINISCH: Hoher Landtag! Auch ich habe nicht die Absicht, durch meine Wortmeldung die ohnehin schon lang dauernde Debatte zur Gruppe 0 des Voranschlages unnütz zu verlängern. Wenn ich mich trotzdem zu Wort gemeldet habe, so nur deshalb, weil ich doch glaube, daß es notwendig ist, zu den Ausführungen des Herrn Abg. Staffa einiges zu sagen.

Der Herr Abg. Staffa hat einleitend heute wieder von den Staatsbürgerschaften, von den Einbürgerungen gesprochen. Hoher Landtag! Es

gibt viele Leute, die, wie man sagt, ein Hobby haben. Die einen schnapsen gern im Wirtshaus, die anderen spielen gerne Kegelscheiben, die dritten sammeln Briefmarken, und das Hobby des Abg. Staffa scheint zu sein, bei jeder Budgetdebatte über die schleppende Abwicklung der Staatsbürgerschaften Klage zu führen. Soweit ich mich erinnere, hat der Herr Abg. Staffa das in jeder Budgetdebatte getan. Ich würde mich darüber nicht gewundert haben, wenn nicht der Redner unserer Fraktion, sein unmittelbarer Vorredner, der Herr Abg. Hilgarth zu diesem Kapitel festgestellt hätte, daß von 70.000 Gesuchen nur rund 1000 nicht erledigt sind, das ist ein Siebzigstel der eingebrachten Gesuche. Unter den nichterledigten Gesuchen wird sich auch eine große Anzahl befinden, von denen man annimmt, daß die Einbürgerung dieser Personen gar nicht im Interesse unseres Staates steht. Wenn man also unter solchen Umständen neuerdings behauptet, daß diese Einbürgerungen absichtlich verschleppt und hinausgezogen werden, so muß ich sagen, daß ich das nicht recht verstehe und mich darüber wundere.

Abg. Staffa hat aber als zweites auch noch über den nicht erfolgten Neubau des Regierungsgebäudes am Ballhausplatz gesprochen und in dem Zusammenhang die 200-Millionen-Anleihe des Landes Niederösterreich erwähnt, von der ursprünglich ein Teil zur Errichtung dieses Regierungsgebäudes hätte verwendet werden sollen. Er hat die Nichterrichtung dieses Regierungsgebäudes ein Potemkin'sches Dorf genannt. Hoher Landtag, ich muß schon feststellen, daß Abg. Staffa in der Geschichte nicht genau orientiert ist, denn Potemkin'sche Dörfer waren seinerzeit Scheinbauten, die nicht errichtet wurden, aber nicht Gebäude, die nicht zustande kommen konnten deshalb, weil der für diesen Zweck vorgesehene Betrag von den Abgeordneten des Hohen Landtages eben anderweitig verfügt wurde. Sie können nicht leugnen, meine sehr geehrten Abgeordneten der sozialistischen Fraktion, daß bei den Budgetberatungen aller vergangenen Jahre immer und immer wieder von den Abgeordneten darauf hingewiesen wurde, und zwar von den Abgeordneten aller Parteien, daß die Budgetansätze in den einzelnen Kapiteln viel zu gering sind, daß doch dieses oder jenes dringend notwendig wäre und geschehen müßte und daß von Jahr zu Jahr im letzten Augenblick das Budget auch geändert wurde und in den meisten Fällen die Budgetansätze wesentlich erhöht wurden. Da das Geld hiefür nicht flüssig vorhanden war, mußten in all diesen Fällen eben Anleihen und Kredite in Anspruch genommen werden. Meine sehr geehrten Herren, wenn die Abgeordneten auch Ihrer Fraktion dazu beigetragen haben, daß das Geld, das ursprünglich für die Errichtung des Regierungsgebäudes vorgesehen war, eben für andere Budgetposten, die Ihnen wichtiger erschienen sind, verwendet wurde, dann kann man doch wohl nicht der Landesregierung einen Vorwurf machen und aus dieser Tatsache erklären, daß es sich hier um so ein Potemkin'sches Dorf handelt, das man nur zu politischen Zwecken gemacht hat.

Sehen Sie, meine Herren Abgeordneten der sozialistischen Partei, aus dem Grunde verstehe ich Ihre Haltung zu der Anleihe von 800 Millionen nicht. Ich gebe gerne zu, daß es auch mir sympathischer wäre, wenn wir so eine Anleihe zu 2 Prozent, die wir, wie es heißt, von der Sowjetunion bekommen können, von der Schweiz erhalten würden. Aber, meine Herren, wenn Not im Budget herrscht, wenn viele wirklich notwendige Dinge im heurigen Budget gestrichen werden mußten, dann muß man sich doch sagen — nachdem vom Finanzreferenten am gestrigen Tag ausdrücklich erklärt wurde, daß diese Anleihe in erster Linie dem Straßenbau und in zweiter Linie der Hilfe für den Fremdenverkehr, der für unser Bundesland besonders wichtig ist, dienen soll —, wenn man diese beiden wichtigen und großen Posten des Budgets aus den Mitteln dieser Anleihe befriedigen kann, dann werden im Budget Summen frei, die wir für all jene Budgetposten verwenden könnte, bei denen nach der Ansicht der Abgeordneten aller Parteien etwas geschehen müßte.

Aus diesen Gründen, meine sehr geehrten Herren der sozialistischen Partei, hoffe ich, daß auch bei Ihrer Fraktion endlich einmal jene Idee zum Durchbruch kommen wird, die sie dahin bringen sollte, persönliche Ressentiments zurückzustellen und das zu tun, was im Interesse des Landes Niederösterreich dringend notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Cipin.

ABG. CIPIN: Hohes Haus! Der Herr Abg. Wenger hat im Kapitel 0 auch zu den Personalangelegenheiten gesprochen. Ich könnte es mir nun insoferne ganz leicht machen, als ich ihm sagen könnte, er möge das Protokoll der letzten Budgetberatungen nachlesen. Das, was Kollege Wenger damals vorgebracht hat, hat er heute gesagt, und alles, was ich damals gesprochen habe, hat heute noch voll und ganz seine Gültigkeit. Es hat sich nämlich bei den anderen Körperschaften in der Personalpolitik diesbezüglich nichts geändert, es hat sich sogar wesentlich verschlechtert. Ich glaube nicht, daß Kollege Wenger so gedächtnisschwach wäre, daß er nicht wüßte, daß wir uns jetzt ein ganzes Jahr lang mit diesen Dingen in der Arbeiterkammer und im Gewerkschaftsbund beschäftigt haben. Ich habe ihm klar und deutlich jedes Argument, das er gegen uns, das heißt gegen die Beamten der Landesregierung

vorgebracht hat, widerlegen können. Ich weiß, daß er von seinen Vertrauensleuten nicht wahrheitsgemäß unterrichtet wird, daß sie ihm nicht die Wahrheit sagen, wie es tatsächlich steht. Dafür können aber wir nicht verantwortlich gemacht werden.

Kollege Wenger hat zum Beispiel erklärt, es sei nicht einmal möglich, einen Angestellten zu einer C-Prüfung zu bringen. Ich darf dich *(zu Abg. Wenger gewendet)* daran erinnern, daß ich über deinen Wunsch sofort für den sozialistischen Kollegen interveniert habe, damit er zur C-Prüfung zugelassen wird. Ich habe dir auch mitgeteilt, daß es aber nicht möglich ist, und zwar nicht deshalb, weil der Mann ein Sozialist ist — im Gegenteil, seine besonderen Fähigkeiten wurden hervorgestrichen —, sondern weil in seiner Dienststelle kein Dienstposten der Gruppe C frei war. Es macht natürlich böses Blut, wenn man die Leute die Prüfungen ablegen läßt und sie dann nicht in die entsprechenden Stellungen kommen können. Da heißt es: Ja, ich habe doch die Prüfungen abgelegt, ich möchte auch einen entsprechenden Dienstposten haben. — So verhält es sich in diesem Falle.

Der Herr Abg. Wenger hat ferner erklärt, in der Landesregierung werden ganz einfach Außerdienststellungen verfügt, und es werden Disziplinarverfahren eingeleitet, die vollkommen ungerechtfertigt sind. Ich weiß nicht, vielleicht hat er den Fall des sozialistischen Vertrauensmannes von Gugging vor Augen gehabt. *(Abg. Pettenauer: Er hat es deutlich gesagt!)* Es kann sein, daß ich das überhört habe; dann hat er also diesen Fall gemeint. Wenn dieser gute Mann jahrelang keinen Dienst verrichtet und nur einen Zettel auf den Tisch legt: „Komme heute nicht, bin heute nicht da, bin unterwegs!", seinen freien Tag aber ständig einhält, dann ist doch die Toleranz zu bewundern, mit der das hingenommen worden ist. Ich möchte einmal sehen, ob sich ein Referent oder ein sonstiger Angestellter der Arbeiterkammer oder des Gewerkschaftsbundes so etwas leisten könnte, ganz einfach einen Zettel auf den Tisch zu legen und zu sagen, daß er heute nicht da ist, ja jahrelang niemals zum Dienst kommt, während er aber an seinen freien Tagen niemals etwas als Vertrauensmann zu tun hat. *(Abg. Pettenauer: Hat man ihm Weisungen gegeben, was er zu tun hat? Sie wissen ja gar nichts und reden!)* Daß ein Angestellter seine Verpflichtungen einzuhalten hat, ist in allen Dienststellen und auch in der Privatwirtschaft üblich, auch dort, wo sozialistische Unternehmer auf den Plan treten. Wenn man sagen sollte, daß der Beamte vielleicht nicht gewußt hat, was er zu tun hat, dann ist das eine schlechte Ausrede. Ich kann Ihnen aber an Hand eines Beispieles aufzeigen, wie ein sozialistischer Unternehmer handelt. Der Herr Kommerzialrat Löw in Wiener Neustadt ist Inhaber einer Wäscherei und Bezirksobmann des Freien Wirtschaftsverbandes. Er geht sogar so weit, mir als Gewerkschaftssekretär zu verbieten, den Ortsgruppenobmann der Gewerkschaft anzurufen, der seiner Partei angehört und als Portier in der Portierloge sitzt, also gar nicht einmal vom Apparat wegzugehen braucht. Er verbietet ihm das Telephonieren und sagt, ihn interessiere die Gewerkschaft nicht. *(Hört! - Hört! - Rufe bei der ÖVP.)* Das macht Ihr Bezirksobmann des Freien Wirtschaftsverbandes. Wenn das ein Unternehmer wagen würde, der der Österreichischen Volkspartei angehört, dann gäbe es Streiks und Demonstrationen, dann müßte alles mögliche aufgeboten werden. Aber auch in den eigenen Reihen muß man gegen solche Erscheinungen einschreiten und darf nicht mit Scheuklappen durch die Welt gehen. *(Abg. Pettenauer: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten, das wissen Sie!)* Es ist sehr traurig, wenn solche Dinge bei einem Bezirksobmann einreißen. *(Abg. Stangler: Eine eigenartige Moral!)*

Es wird immer von der Überparteilichkeit des Gewerkschaftsbundes gesprochen, und auch dazu möchte ich dem Herrn Abg. Wenger als Landessekretär des Niederösterreichischen Gewerkschaftsbundes etwas sagen. Jawohl, wir sind der Meinung, daß der Gewerkschaftsbund überparteilich sein soll. Aber wer hält diese Überparteilichkeit ein? Wir als Fraktion christlicher Gewerkschafter wohl, das haben wir stets bewiesen. Aber ich frage: Mit welcher Berechtigung fahren sämtliche sozialistischen Gewerkschaftssekretäre und sämtliche Amtsstellenleiter der Arbeiterkammer mit den Autos, die sie von der Gewerkschaft, bzw. von der Kammer zur Verfügung gestellt bekommen haben, bei Wahlen für Parteizwecke der Sozialistischen Partei? *(Hört!-Hört!-Rufe bei der ÖVP.)* Wir christlichen Gewerkschafter fahren um unser eigenes Geld und bezahlen unser Benzin selbst, niemals geht das auf Kosten des Gewerkschaftsbundes. *(Abg. Kuntner: Und wie ist das bei der Bauernkammer?)* Wir reden hier von der Gewerkschaft, wo Geld allein für die sozialistische Fraktion mißbraucht wird. Das geht so weit, daß man sich nicht entblödet, muß ich schon sagen, mir vor einigen Wochen von meiner Fachgewerkschaft einen Brief zu schreiben, weil man mir nachgewiesen hat, daß ich im August drei Telephongespräche mit ÖVP.-Dienststellen geführt habe. Man hat mir also erklärt, wenn ich nicht nachweisen kann, daß diese Gespräche dienstlich waren, dann muß ich 30 S bezahlen. Ich habe selbstverständlich auch darauf entsprechend geantwortet: Ich bin gerne bereit, diese 30 S zu bezahlen, wenn man mir nachweist, daß die Gebühren für alle Telephongespräche, alle Portospesen, die vom Gewerkschaftsbund für die Sozialistische Partei getragen werden, und wenn alle Autofahrten, die für die Sozialistische Partei

gemacht werden, von dieser entsprechend honoriert werden. Ich habe auf dieses Schreiben keine Antwort bekommen. Es haben aber führende Gewerkschaftskollegen — und hier kann ich mit Freude sagen, auch der Kollege Wenger und auch der Kollege Flöttl — dazu Stellung genommen und gesagt, so eine Kleinlichkeit kann man sich nicht vorstellen. Aber dann darf man auch nicht irgendeine Kleinigkeit bei einer anderen Fraktion bekritteln.

In der Debatte hat der Herr Abg. Staffa erwähnt, ich hätte gesagt: Das Privatflugzeug des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Kargl wartet schon und ist startbereit, um mit ihm und dem Herrn Landesrat Müllner nach Moskau zu fliegen. Ich bezichtige ihn hier öffentlich als Lügner, wenn er das behauptet! Wir haben wohl vor einiger Zeit über das Zustandekommen des Anleihevertrages gesprochen. Da hat der Herr Abg. Staffa zu mir gesagt: Wie sollen wir dazu Stellung nehmen! Wir wissen ja nichts, davon hat man uns nichts gesagt! Darauf habe ich ihm erklärt: Dann ist es Schuld deiner Landesräte in der Landesregierung. Unsere Landesregierungsmitglieder haben uns im Klub informiert, wir wissen, worum es geht. Es kann nur eure Aufgabe sein, daß ihr hier beitretet und etwa im Parlament oder im Ministerrat alle sozialistischen Minister dazu bringt, daß sie mitstimmen, daß die Bundeshaftung übernommen wird. Dann kann sofort dieser Vertrag durch die Landesregierung, bzw. durch Landeshauptmannstellvertreter Kargl oder Landesrat Müllner unterfertigt werden!

Das habe ich gesagt, und man kann es nicht umdrehen und behaupten, ich hätte gesagt, das Privatflugzeug stehe schon bereit, um hinauszufahren.

Wenn aber, meine Herren, hier soviel von Terror in der niederösterreichischen Landesregierung gesprochen wird, den ich schon einige Male widerlegt habe, dann möchte ich den Herren der sozialistischen Fraktion einmal wirkliche Terrorfälle bekanntgeben, die sich erst in ganz letzter Zeit zugetragen haben.

Ich nenne Ihnen das Kalkwerk in Ernstbrunn, wo durch Terror und Beschimpfungen mit dem Arbeitsverlust gedroht wurde, als wir, die christlichen Arbeiter und Angestellten, erstmalig eine Liste eingebracht haben. Aber auch diese Drohung und der Terror haben nichts genützt, die christlichen Arbeiter und Angestellten haben dennoch zwei Mandate erhalten. Ich erinnere an das Kohlenbergwerk Grünbach, wo man durch Druck auf die Kollegenschaft 11 Kollegen unter Androhung des Verlustes ihrer Existenz dazu gezwungen hat, daß sie ihre Unterschriften von der Liste des ÖAAB. zurückziehen mußten. Wir konnten sie aber ersetzen. Ich erinnere an die Schuhfabrik Rehberg, wo durch Drohungen gegen unsere Kandidaten und Störversuche in Versammlungen schwerste Ausschreitungen vorgekommen sind. Ich erinnere weiter an die Vorfälle bei der Firma Proschovsky in Ziersdorf, wo eine ungesetzliche Betriebsversammlung stattgefunden hat, bei dem unser Vorschlag überhaupt nicht entgegengenommen worden ist, wo tätliche Drohungen erfolgt sind und man dann groß in ein Siegesgeheul im „Volksboten" vom 22. Oktober eingestimmt hat, weil es dem ÖAAB. nicht möglich war, Mandate zu erreichen, und weil der Gewerkschaftsobmann Glaser nunmehr als Obmann des Betriebsrates gewählt worden ist. Wir wurden als ehrliche christliche Gewerkschafter sogar beschimpft und als „Gelbe" bezeichnet, obwohl wir immer ehrlich zum Gewerkschaftsgedanken gestanden sind. Was war dann die Folge? Die Folge, meine lieben Freunde, war: Die Wahl mußte wiederholt werden. Bei dieser Wiederholung hat es sich gezeigt, wenn man die Menschen wirklich ehrlich entscheiden läßt, wie sie entscheiden: Der ÖAAB. hat 3 Mandate bekommen und die Sozialisten haben nur mehr eines erhalten *(Beifall bei der Volkspartei)*, weil die Leute genug haben von Ihrem Terror, weil sie sich abwenden von Ihnen, da sie den Terror, den die USIA auf sie ausgeübt hat, nicht in einer Fortsetzung oder in Reinkultur von Ihnen zur Kenntnis nehmen wollen. Ich kann Ihnen aber noch weitere Betriebe nennen. Zum Beispiel den Ölbetrieb in Neusiedl, wo sich der Buchhalter Zecker besonders übel benommen hat, weiters den Förderbetrieb Prottes, wo wir als schwarze Hunde *(Rufe bei der ÖVP.: Hört! Hört!)* hingestellt wurden und wo man uns mit Aussperrungen gedroht hat. Ich kann Ihnen Moosbierbaum, Korneuburg, die Gutsverwaltung Laxenburg nennen, wo sich der Herr Oberverwalter ebenfalls ganz besonders über uns ausgelassen hat. Darüber wird noch verschiedenes zu sprechen sein. Beklagen Sie sich nicht über einen Terror, der angeblich in der Landesregierung herrschen soll, denn hier ist noch niemandem ein Haar gekrümmt worden, und es ist in den letzten Jahren noch niemand verfolgt worden. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wer ist aufgenommen, wer ist befördert worden? Reden Sie doch nicht gegen Ihr eigenes Wissen!)* Sie können durch Zwischenrufe die Tatsachen nicht beseitigen. Das nützt Ihnen gar nichts, wenn Sie auch über diese Wahrheiten erschüttert sind. Die Arbeiter und Angestellten in Niederösterreich haben längst erkannt, daß mit Ihren Parolen, mit Ihren Lügen nicht weiter auf Menschenfang ausgegangen werden kann. *(Abg. Lauscher: Ich bring dir 12 Leute, denen Ihr gesagt habt: Tretet dem ÖAAB. bei, sonst werdet ihr entlassen!)*

Ich darf nun noch etwas sagen. Gestern bei der Generaldebatte hat einer Ihrer Herren erklärt, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich können wir nicht übernehmen,

die trägt einzig und allein die ÖVP. Jawohl, meine lieben Freunde der linken Seite, die ÖVP. hat ja seit eh und je die Verantwortung getragen, ich erinnere Sie nur an die große Arbeitslosigkeit im Jahre 1954. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK *(das Glockenzeichen gebend):* Es ist des Landtages unwürdig, solchen Palaver zu machen.

ABG. CIPIN *(fortsetzend):* Ich erinnere Sie daran. Wer hat sich damals richtig benommen, was hat man erklärt? Zuerst hat man versucht, mit dem Landtag Fühlung aufzunehmen .Damals war ich noch nicht Abgeordneter. Wir haben tatsächlich Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge wurden auch akzeptiert. Aber was hat man von Seiten der sozialistischen Fraktion gemacht, als man sah, jetzt setzen sie sich wirklich mit uns zusammen, nun will man wirklich Arbeit schaffen? Da hat man diese Zusammenarbeit gestört, ja man ist soweit gekommen, daß die Sitzung nicht abgeschlossen werden konnte. Wir haben die ganze Debatte auf Tonband aufgenommen, sie kann immer wieder vorgespielt werden, wenn noch irgend jemand zweifelt. Aber es gibt ja niemanden, der daran zweifeln könnte. Als diese Angelegenheit im Hohen Hause bekrittelt wurde, wurde diese Debatte damals schon den maßgebenden Herren vorgespielt. Wir haben zu einer Zeit bewiesen, daß wir bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen, wo Sie die Verantwortung gescheut haben. Sie haben sich stets, sei es bei der Arbeitsbeschaffung für die Kamptalwerke, sei es bei der Beschaffung der nötigen Kredite, immer dagegen gestellt. Wenn aber dann der Erfolg eingetreten ist, sieht man sich das Werk an und bewundert es und freut sich daran und sagt: Wir haben auch mitgewirkt. Wir gönnen Ihnen gerne Ihren Triumph, Ihr könnt auch daran zehren, aber eines steht fest: Eine aufrechte Arbeit in diesem Hause hat nur die Österreichische Volkspartei und sonst niemand geleistet.

Wenn hier auch gesagt wurde, die österreichischen Sozialisten sind an einer Not in Niederösterreich nicht interessiert, so sind das, meine lieben Freunde, schale Worte. Sie haben immer wieder das Gegenteil bewiesen, denn Sie haben uns gehemmt, vorwärts zu kommen, Sie haben uns immer wieder Hemmschuhe angelegt. Sie sind besonders in diesem Jahr an einer Arbeitslosigkeit interessiert, weil nächstes Jahr wieder Wahlen sind und da kann man so leicht Krebse fangen. Wenn es den Leuten schlecht geht, dann ist Ihnen das sympathisch, dann kann man sagen, die böse ÖVP. ist schuld, die hat es allein verbrochen, daß man das und das nicht erreichen konnte. Aber von der Mitverantwortung, von der Sie immer sprechen, bleibt, wenn sie in die Tat umgesetzt werden soll, nicht viel übrig.

Ich darf auch noch dem Herrn Abg. Wenger etwas sagen. Als er gestern das hohe Lied von der Verstaatlichung in England gesungen hat, hat er sie in begeisterten Farben geschildert und immer wieder darauf hingewiesen, daß darin das Allheilmittel liegt. Wir haben von der verstaatlichten Industrie eine andere Meinung und auch diejenigen, die in diesen verstaatlichten Betrieben arbeiten, haben in der Zwischenzeit auch eine spezielle Meinung darüber bekommen. Sie haben ganz genau gesehen, wie sie behandelt werden.

Dem Herrn Abg. Wenger möchte ich aber noch etwas anderes ins Gedächtnis rufen. Erinnern Sie sich, als wir gemeinsam in London waren, was uns die sozialistischen Emigranten aus Österreich, die heute noch drüben sind, gesagt haben, wie gerne sie in diesem Österreich, in dem sogenannten kapitalistischen Staat, leben würden, weil sich die Sozialpolitik hier so großartig entwickelt hat, daß sie das einfach nicht begreifen können. Sie bewundern einfach das Urlaubsgesetz, das Betriebsrätegesetz, das Feiertagsgesetz *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*, weil das alles in England, wo so lange eine Arbeiterregierung die Führung hatte, ganz einfach nicht vorhanden ist. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Da könnte man nur bravo Maisel sagen!)* Nicht einmal einen Kündigungsschutz gibt es dort. Mit solchen Problemen hat man sich dort erst auseinanderzusetzen. *(Abg. Staffa: Dort führt auch der Eden, falls Ihnen das nicht bekannt sein sollte!)* Ich darf Ihnen nur sagen, liebe Freunde, die englischen Gewerkschafter sind ganz anderer Meinung als die österreichischen Sozialisten, denn ein bißchen heller sind sie schon als hier bei uns! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf der sozialistischen Fraktion noch eines mit auf den Weg geben: Sie haben längst das Recht verloren, als alleinige Vertreter der Arbeiter und Angestellten aufzutreten, das ist längst vorbei, meine lieben Freunde. Wenn ich Ihnen heute sagen kann, daß wir 52.000 organisierte Arbeiter und Angestellte im Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund haben und das nur in Niederösterreich, und daß wir in diesem Jahr 7000 neue Mitglieder aus Ihren Reihen bekommen haben *(Abg. Sigmund: Aus den USIA-Betrieben!)*, dann ist es sicher betrüblich, wenn ich die Vergleichsziffern von Ihrem Parteitag nehme, wo Sie so groß die Werbetrommel rühren und trotz allem Druck in den Betrieben doch einen Verlust von 2452 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Das spricht dafür, daß die Menschen in Niederösterreich Ihre Politik erkannt haben, daß sie damit nicht einverstanden sind, daß sie wissen, wo wirklich gearbeitet und wo nur geredet wird. Sie reden, so wie Sie es brauchen, Sie zertreten die Worte und drehen sie in Ihrem Munde herum. Heute sprechen Sie hier so, morgen im Gewerkschaftsbund anders, übermorgen in der Kammer

und in der Sozialversicherung wieder anders, je nachdem, was Sie dort sind, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Dort, wo unsere Arbeiter und Angestellten einen Arbeitgeber von Ihrer Seite vor sich haben, schaut es wohl traurig aus, denn dort ist es vorbei mit allem Sozialismus.

Ich glaube also abschließend sagen zu dürfen: Würde nur in allen Institutionen, wo Sie die Führung haben, soviel Toleranz bestehen, wie in diesem Lande Niederösterreich, dann könnten wir und Sie zufrieden sein. Kümmern Sie sich um Ihre Betriebe, denn dort wäre soviel auszubessern. Wir als christliche Gewerkschaftsfunktionäre haben für unsere Arbeitnehmer die Garantie übernommen, daß es in jenen Betrieben, wo wir einen Einfluß haben, vorwärts geht. Das beweisen die Betriebsratswahlen und das beweisen die Austritte bei Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Fuchs.

ABG. FUCHS: Hohes Haus! Ich muß Ihnen ein Geständnis machen. Nach der Budgetdebatte im vergangenen Jahr habe ich in der niederösterreichischen Arbeiterkammer anläßlich einer Vorstandssitzung den Kollegen Cipin gefragt, warum er nach mir Behauptungen aufgestellt hat, die er doch nicht beweisen kann, Behauptungen, an die er selbst nicht glaubt. Die Antwort des Kollegen Cipin lautete: Im niederösterreichischen Landtag haben wir die Mehrheit und wir werden uns das immer so einrichten, daß beispielsweise ich, Cipin, immer nach dir spreche, denn dann hast du keine Möglichkeit mehr, meine Argumente zu widerlegen. Das ist die Einstellung des Kollegen Cipin. Ich würde keinen Gebrauch davon gemacht haben, wenn sich nicht der Kollege Cipin zu einer Reihe von Behauptungen verstiegen hätte, die er nicht beweisen kann. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß diese Diskussion nicht in das Landhaus, sondern daß sie in den Gewerkschaftsbund gehört. *(Abg. Endl: Dort werden wir niedergeschrien, so wie es mir ergangen ist. — Unruhe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich erkläre hier öffentlich, ich bin bereit, eine Kammervollversammlung einzuberufen und verpflichte mich, dem Kollegen Endl volle Redefreiheit zu garantieren. *(Abg. Endl: Ich beweise dir aus Protokollen, daß das nicht wahr ist.)* Präsident Endl kann mir seine Meinung in dieser Körperschaft, wo sie hingehört, sagen. Ich bin überzeugt, der Kollege Wenger wird das in der Gewerkschaft tun, wenn der Kollege Endl den Wunsch darnach hat.

Kollege Cipin sagt, wir hätten dem guten Mann keinen guten Dienst erwiesen. Er meint damit jenen, der unserer Auffassung nach in seinen gesetzlichen Rechten beeinträchtigt wird, beeinträchtigt vom Land Niederösterreich. Ich bin viele Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung tätig, ich kenne das Betriebsrätegesetz der Ersten Republik, ich war zehn Jahre Betriebsobmann in den größten niederösterreichischen Betrieben. Ich war freigestellter Betriebsrat, obwohl es noch keine gesetzliche Bestimmung zur Freistellung gegeben hat und niemals hat das rein privatkapitalistische Unternehmen Schoeller-Bleckmann mich in der Ausübung meiner Funktion irgendwie beeinträchtigt. Das bleibt nur Ihnen überlassen, ich muß mich nur wundern, daß ein Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gegen die österreichischen Sozialgesetze, gegen das österreichische Arbeitsrecht handelt. *(Zwischenruf: Hat er ja nicht!)* Jawohl, er hat erklärt: Mit welchem Recht bleibt der Betriebsrat vom Dienst weg, mit welchem Recht legt er einen Zettel auf seinen Tisch. Er hat aber weder einen Zettel hinzulegen, noch hat er sich zu entschuldigen, denn nach dem Betriebsrätegesetz wird einer freigestellt, wenn der Betrieb 200 Beschäftigte umfaßt. Das müssen Sie wissen und das muß vor allem der hauptbesoldete Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wissen. *(Abg. Cipin: Das ist kein freigestellter Bediensteter!)*

Ja, meine sehr verehrten Herren Abgeordneten, wer von uns behauptet denn, daß Unternehmer, die Mitglieder des freien Wirtschaftsverbandes sind, sich nicht auch gegen die bestehenden Gesetze vergehen? Haben Sie diese Behauptung jemals von uns gehört? Wir wissen aber, daß auch sie sich gegen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, gegen Bestimmungen des Urlaubsgesetzes, gegen das Jugendschutzgesetz und Lehrlingsschutzgesetz vergehen. Wir haben aber noch nie Hemmungen gehabt, auch dann gegen sie vorzugehen, wenn sie Mitglieder des freien Wirtschaftsverbandes sind. Kollege Cipin soll nun die Dutzende und Hunderte von Unternehmern anführen, die nicht dem freien Wirtschaftsverband angehören, sondern die Ihren Wirtschaftskreisen angehören und die die Sozialgesetze nicht beachten. Kollege Cipin hat nur einen angeführt, aber wir wissen, daß es noch viele gibt, die das Arbeitsrecht durchbrechen. Wenn Sie es wünschen, werde ich Ihnen eine Aufstellung der niederösterreichischen Arbeiterkammer geben, woraus Sie ersehen können, in wieviel hunderten und tausenden Fällen unsere Amtsstellenleiter, unsere Jugendschutzhelfer, eingreifen müssen, weil das Jugendschutzgesetz, weil das Lehrlingsschutzgesetz, durchbrochen wird. Sie wissen es doch, es waren hier diesbezüglich Auslieferungsanträge selbst gegen Abgeordnete Ihrer Partei gestellt. *(Zwischenruf links: Laferl!)* Er sitzt jetzt nicht hier, er ist hinausgegangen.

Kollege Cipin, ich würde dir vorschlagen, in Zukunft mit derartigen Dingen etwas vorsichtiger zu sein. Es hat keinen Sinn hier über Dinge zu reden, die nicht in dieses Forum gehören, son-

dern in die Arbeiterkammer. Ich würde wünschen, daß im Lande Niederösterreich jene Einschau- und Kontrollmöglichkeit bestehe, wie sie in der niederösterreichischen Arbeiterkammer besteht. Der Kollege Cipin weiß es, wir haben den Minderheiten freiwillig die Kontrolle gegeben, nämlich der ÖVP. und der KPÖ. *(Abg. Dubovsky: Hört! Hört!)* Die beiden kontrollieren die niederösterreichische Arbeiterkammer. Ich empfehle dem Kollegen Cipin in seinem Klub durchzusetzen, daß dies auch im Lande Niederösterreich so gemacht wird. *(Abg. Hilgarth: Jederzeit. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie wollten den Finanzkontrollausschuß abschaffen, das wissen Sie gar nicht mehr! Nur weil die Verfassung dagegen ist, konnte es nicht durchgesetzt werden. — Abg. Stangler: Verstärkt ist er worden der Finanzkontrollausschuß!)*

Hohes Haus! Ich will nicht ähnliche Äußerungen machen, wie sie der Herr Abg. Cipin hier mir gegenüber gemacht hat, denn ich glaube, daß es seine persönliche Einstellung zu verschiedenen Fragen ist. Müßte ich aber dazu Stellung nehmen, so bin ich überzeugt, es wäre nicht zum Besten des Kollegen Cipin.

Betriebsratswahlen! Wir haben tausende Betriebe in Niederösterreich, wo wir die Betriebsräte gewählt haben, und Kollege Cipin erklärt nun im Großton eines Siegers: Wir, der ÖAAB., haben ungeheure Erfolge erzielt. So nenne doch den Prozentsatz dieser Erfolge, nenne doch eure Erfolge bei der Arbeiterkammerwahl! *(Abg. Cipin: Nicht einmal das Wahlergebnis traut Ihr euch herauszugeben!)* Der Kollege Dubovsky hat mir vor mehreren Jahren den Vorwurf gemacht, daß wir aus Liebedienerei zur ÖVP., obwohl sie 7 Mandate verloren hat, ihr ein Mandat im Vorstand zugeschanzt haben. Wir haben der KPÖ. gesagt, wir stehen auf dem Standpunkt des Gesetzes und nach dem Gesetz — das ist ein Spiel der Arithmetik in unserer Wahlordnung — hat die ÖVP., obwohl sie Mandate verloren hat, im Vorstand eines gewonnen. Das gilt auch gleich als Antwort auf die Frage des Abg. Dubovsky vor einem Jahr. Wir haben auch recht behalten mit unserer Meinung, und die KPÖ. ist nicht zum Verfassungsgerichtshof gegangen, weil sie von ihren Juristen beraten war, daß die Vorgangsweise der niederösterreichischen Arbeiterkammer, oder wenn Sie wollen, der Sozialisten in der niederösterreichischen Arbeiterkammer, richtig war. Wir stehen immer auf dem Standpunkt des Gesetzes, auch wenn es Ihnen nützt. Und nun noch ein kleines Geheimnis: Weder Cipin, noch Dengler, noch Endl, hatten eine Ahnung davon, daß sie nach dem Gesetz Anspruch auf ein zweites Mandat hatten. Wir stehen also auf dem Standpunkt des Gesetzes und haben dieses Gesetz auch eingehalten.

Kollege Cipin beschwert sich über die Personalpolitik. Ja, wie sieht denn die Personalpolitik bei uns aus? Der Kollege Cipin weiß es ganz genau. Wir tragen den Wünschen der christlichen Gewerkschafter Rechnung, wie wir auch den Wünschen der KPÖ. Rechnung tragen, wenn sie berechtigt sind. Aber wenn dann die von Ihnen Vorgeschlagenen ohne Druck und ohne Terror, nur aus persönlicher Überzeugung, aus Ihrer Partei austreten und parteilos bleiben *(Abg. Stangler lacht und macht Zwischenrufe.)* — Kollege Stangler, lachen Sie nicht, Sie haben ja keine Ahnung von diesen Problemen; fragen Sie den Kollegen Cipin, und er wird es Ihnen bezeugen *(Zwischenrufe bei der Volkspartei)* —, und wenn dann der Kollege Dengler und der Kollege Cipin zu mir kommen und sagen: Die mußt du abbauen in der Kammer *(Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ.)*, die haben wir hineingebracht, aber sie sind von unserer Partei ausgetreten, die müssen hinaus, damit wir wieder andere hineinbringen können, dann nennen Sie das Personalpolitik und Demokratie? *(Abg. Staffa: Das ist Ihr Rezept! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wondrak gibt das Glockenzeichen.)*

Der Kollege Cipin spricht von der verstaatlichten Industrie. Ich erkläre mich bereit, mit dem Kollegen Cipin in die Betriebe der verstaatlichten Industrie zu gehen und die Arbeiter zu fragen, ob sie lieber in der verstaatlichten Industrie oder in der Privatindustrie beschäftigt sind. Der Kollege Cipin wird sich wundern über die Antworten, die er dort erhalten wird. Wer ist es denn, der den Arbeitern die Sozialpolitik und das Arbeitsrecht gebracht hat? Und wer war es, gegen den die freien Gewerkschaften ankämpfen mußten? Wer ist aus den privatkapitalistischen Betrieben nur wegen der bloßen Mitgliedschaft zur freien Gewerkschaftsbewegung hinausgeflogen? Wer mußte mit seiner Familie Not und Elend erdulden, aus Österreich auswandern und in der Fremde verkommen? *(Abg. Stangler: Reden wir von Gräf und Stift, Herr Präsident! So reaktionär wie Sie, kann ja niemand mehr sein!)* Wir reden auch noch von Gräf und Stift. Aber Sie haben ja keine Ahnung von Arbeiterpolitik und Arbeiterbewegung. *(Abg. Stangler: Reden wir von den Guntramsdorfer Rollkommandos! — Abg. Staffa: Wenn wir von Rollkommandos reden, dann reden wir vom Ärztestreik, reden wir davon, daß man Ärzte in Klagenfurt verschleppt hat!)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe! Keiner der beiden Zwischenrufer ist beim Wort.

ABG. FUCHS *(fortsetzend)*: Ich erinnere noch an etwas anderes. In der Zwischenkriegszeit hat man durch ein Gesetz die Einführung der Rente

für die alten Arbeiter beschlossen. Aber was hat die damalige Christlich-soziale Partei in dieses Gesetz hineingeschmuggelt? Sie haben hineingeschmuggelt, daß dieses Gesetz — und das war von Prälat Seipel — nur dann in Kraft tritt, wenn die Arbeitslosigkeit in Österreich unter 100.000 sinkt. Aber dank ihrer glorreichen Wirtschaftspolitik ist die Arbeitslosigkeit nie unter 100.000 gesunken, und daher haben die alten Arbeiter keine Rente bekommen. Das ist die Wahrheit, Kollege Cipin. *(Abg. Stangler: Der Kunschak und alle die anderen waren nichts?)* Wir bedauern es lebhaft, daß in diesem Kreise kein Kunschak ist, denn ich bin überzeugt davon, würde hier ein Kunschak sitzen, dann würde auch im Land Niederösterreich eine andere Politik betrieben werden. *(Abg. Stangler: Kunschak hat sich immer stolz zum ÖAAB. bekannt! — Zwischenruf bei den Sozialisten: Beleidigen Sie den Kunschak nicht! — Abg. Stangler: Der hat sich sein ganzes Leben sehr zu uns bekannt!)* Ich glaube, der auch von uns verehrte Präsident Kunschak würde sich, wenn es darum ginge, ob er den Weg der Politik beschreiten sollte, der heute von der Mehrheit dieses Landes gegangen wird, von dieser Mehrheit abwenden, wie er sich von den Heimwehr-Methoden und von den faschistischen Methoden abgewendet hat. Kunschak war ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, ein Vertreter der Demokratie.

Ich möchte abschließend sagen: Wenn hier die Personalpolitik des Landes zur Diskussion steht, wenn hier angeprangert wird, wie schädlich diese Politik ist, dann mögen Sie zur Einkehr kommen. Versuchen Sie nicht, von etwas anderem zu reden, und versuchen Sie vor allem nicht, über die Arbeiterbewegung und über ihren Aufstieg in Österreich zu reden, an dem die Sozialistische Partei hervorragenden Anteil hat. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Als nächster Redner kommt der Herr Abg. Staffa zum Wort.

ABG. STAFFA: Hohes Haus! Ich habe mich nur zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. Ich habe mir berichten lassen, der Herr Abg. Cipin habe hier erklärt, in aller Öffentlichkeit müsse er mich der Lüge zeihen, da meine Behauptung, daß er mir erzählt hätte, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl und der Herr Landesreferent für Finanzen, der Herr Abg. Müllner, wären jederzeit bereit, nach Moskau zu fliegen, um dort den Anleihevertrag zu unterzeichnen, unwahr sei. *(Abg. Endl: Das ist ganz etwas anderes!)* Das und nichts anderes habe ich behauptet. *(Lebhafter Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Stangler: Sie haben gesagt, das Privatflugzeug des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Kargl steht bereit!)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Darüber wird das stenographische Protokoll Auskunft geben.

ABG. STAFFA *(fortsetzend)*: Hohes Haus! Ich habe im Laufe meiner Ausführungen gesagt, es wäre besser gewesen, man hätte die notwendigen Voraussetzungen für diese Anleihe geschaffen, ehe man das private Landesflugzeug zum Start bereit macht. Das ist eine Redewendung, die man in jeder Rede gebraucht. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Auf einen Vorwurf habe ich dann, dezidiert gefragt, erklärt, ein Abgeordneter dieses Hauses habe mir mitgeteilt, die beiden Herren seien jede Stunde bereit, nach Moskau zu fliegen, um den Vertrag zu unterzeichnen. Das habe ich gesagt. Darauf hat Herr Landesrat Müllner gesagt, ich möge den Namen dieses Abgeordneten nennen. Ich habe daraufhin gesagt: Abg. Cipin! Der Herr Abg. Cipin möge jetzt den Mut haben, das zu bestreiten. *(Abg. Cipin: Das war aber anders! — Abg. Stangler: Das ist jetzt ganz anders dargestellt!)* Also, es stimmt! Ich überlasse es jetzt dem Hohen Haus und der Öffentlichkeit, zu entscheiden, wer der Lügner ist. *(Zwischenrufe.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Leider ist das stenographische Protokoll augenblicklich nicht greifbar, wie mir soeben berichtet wurde. Ich hoffe, die beiden Herren werden das morgen vergleichen. *(Abg. Endl: Um 11 Uhr nachts! — Abg. Staffa: Das kann auch um 3 Uhr früh sein, das schreckt uns gar nicht!)*

Wir gehen in den Wortmeldungen weiter. Es kommt zum Wort der Herr Abg. Wenger.

ABG. WENGER: Hohes Haus! Ich glaube, nach den Ausführungen des Herrn Abg. Fuchs kann ich mich kurz fassen. Ich war der Meinung, daß durch meine Ausführungen bestenfalls eine Diskussion über die Personalpolitik der niederösterreichischen Landesregierung angeregt wird. Die Ausführungen des Herrn Abg. Cipin haben schließlich in einem Wirbel geendet. Er hat einen Ausflug in die Privatwirtschaft gemacht, und ich darf dazu denn doch sagen, daß wir bei der Privatwirtschaft in bezug auf Terrorfälle und auf Unrecht gegenüber den Beschäftigten, den Arbeitern und Angestellten, mit einer weitaus größeren Liste aufwarten könnten. Ich brauche dazu nicht mehr zu sagen, als daß jeder unserer Bezirkssekretäre des Gewerkschaftsbundes in Niederösterreich rund eine Million Schilling an rückständigen Löhnen, an rückständigem Entgelt, an vorenthaltenen Urlaubszahlungen und dergleichen meist mit mehr oder weniger Zwang hereinzubringen hat. Wenn diese Funktionäre nicht wirken würden, dann würde es eine Vielzahl von ins Unrecht gesetzte Arbeiter und Angestellte geben, denen niemals ihr Recht wird. Ich sage

also, daß diese Tatsache allein genügen müßte, um zu beweisen, daß die Listen, die wir erstellen könnten, weitaus größer wären.

Wir wissen, daß im heurigen Jahr die ÖVP., bzw. der ÖAAB. besondere Anstrengungen unternommen hat, um sich bei den Betriebsratswahlen gut durchzusetzen. Aber wir müssen bis jetzt trotz genauester Zählung immer wieder feststellen, daß der prozentuelle Anteil des ÖAAB. auf Listen der christlichen Gewerkschafter noch lange keine zehn Prozent erreicht. Ihre Vertreter, darunter auch der Abg. Cipin, sagen uns des öfteren, das könne nicht stimmen. Ich habe Sie mehrere Male gebeten, Sie mögen das andere Material, das uns vielleicht nicht vorliegt, beibringen, und die Korrektur könnte dann in Ihrer Gegenwart auf den Karteikarten vorgenommen werden. Trotz wiederholter Aufforderung ist bis heute eine solche Berichtigung von Ihrer Seite nicht erfolgt.

Das Land Niederösterreich — und das ist meiner Meinung nach die Sache, die zur Diskussion stehen sollte — hat im Rahmen seiner Personalmaßnahmen in den letzten 1½ bis 2 Jahren nachweisbar rund 1000 Personalfälle behandelt, darunter Neuaufnahmen, Pragmatisierungen, Beförderungen, bei denen außer ÖAAB.-Angehörigen niemand oder nahezu niemand berücksichtigt wurde. Dabei möchte ich zusätzlich sagen, daß diese Maßnahmen nicht vielleicht im Geheimen getroffen wurden, sondern daß sich prominente Vertreter des ÖAAB., darunter auch der Bundesrat Prader und verschiedene andere, rückhaltlos zu folgendem bekennen: „Wir, die ÖVP., üben die Macht in diesem Hause aus, und wir entscheiden daher auch in Personalfragen. Wir sind der Überzeugung, daß bis auf weiteres keine Sozialisten oder Angehörige irgendwelcher anderer Parteien berücksichtigt werden dürfen." Das ist offiziell zugegeben worden, das ist kein Geheimnis, das weiß jeder in diesem Hause und dazu haben sich auch Ihre Vertreter bekannt. Das ist die Angelegenheit, von der ich geglaubt habe, daß darüber im Rahmen des Landtages bei der Gruppe 0 des Budgets gesprochen wird. Ich bemerke noch dazu, daß ich diesen Zustand als unhaltbar betrachte, daß ich lange Zeit hindurch der Meinung war, man müßte mit der Mehrheit dieses Hauses ins Gespräch kommen, um ein so schändliches Verhalten zu Ende zu bringen. Ich habe versucht, den Herrn Abg. Cipin und Herrn Nationalrat Dengler dazu zu gewinnen, mit mir und den maßgeblichen Faktoren des Landes über Personalfragen zu sprechen. Sie selber haben sich angeboten, daß sie als Mittler fungieren werden. Ich muß Ihnen sagen, daß ich eine grausame Enttäuschung erlebt habe. Nachdem ich und die beiden Herren, Nationalrat Dengler und Abg. Cipin, ungefähr eine halbe Stunde oder noch länger gewartet haben, ist einer Ihrer Vertreter, der auch für den Herrn Landesrat Müllner maßgeblich ist, Herr Dr. Prader, erschienen und hat, mit etwas mehr Worten allerdings als ich es jetzt sage, erklärt, daß es bei dieser Personalpolitik im Lande Niederösterreich bleibt. Das sind die Tatsachen. Ich mußte feststellen, daß die beiden Herren, der Herr Nationalrat Dengler, der immerhin eine gewichtige Funktion ausübt, und der Abg. Cipin, ein Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes, auch von Dr. Prader ungefähr so behandelt wurden, wie man Rekruten beim unmittelbaren Eintritt zum Militär behandelt. Sie sind beide dort gesessen, haben mich angeschaut und haben gesagt, da kann man also nichts machen. Das sind die Ergebnisse, die ich erzielt habe, um im Lande Niederösterreich eine gedeihliche Arbeit, vielleicht sogar eine Zusammenarbeit herbeizuführen. Daß Sie 52.000 Organisierte innerhalb Ihrer politischen Betriebsorganisation, innerhalb des ÖAAB. gewonnen haben, kann möglich sein. Wenn die gleichen Methoden, wie sie hier im Lande angewendet werden, vielleicht auch in anderen Betriebsstätten Platz greifen, muß ich sagen, daß das keine Kunst ist, denn es sind ja durch Personalmaßnahmen unmittelbar die Wirtschaftsinteressen der Landesangestellten berührt. Wenn einer nicht aufgenommen, nicht pragmatisiert, nicht befördert wird, dann hat er finanzielle Nachteile. Um diesen Nachteilen zu entgehen, ist er natürlich bereit, unter Umständen Ihnen eine Konzession zu machen. Ob sein Beitritt zum ÖAAB., ob sein Bekenntnis dazu ein ehrliches ist, ist eine zweite Frage. Aber daran scheint Ihnen, wie ich glaube, nicht allzuviel gelegen zu sein. Es ist also völlig unangebracht, wie es der Abg. Cipin getan hat, hier nach dem Grundsatz „Haltet den Dieb" auf andere, kleinere Dinge hinzuweisen, wie zum Beispiel auf die Ereignisse bei der Firma Gräf und Stift. Es wäre wahrlich ein dankbares Gebiet, Erörterungen hierüber zu führen, aber es ist hier nicht der Platz hiefür, sondern wir halten uns vielmehr bei unseren Erörterungen an den Rahmen des Budgets. Es ließe sich viel sagen, wenn man diese wenigen Fälle, die Abg. Cipin hier aufgezeigt hat, den Personalfragen gegenüberstellt, die im Lande Niederösterreich behandelt wurden, ohne daß ein Angehöriger einer anderen Partei in irgendeiner Form berücksichtigt wurde, ausgenommen vielleicht 8 oder 10 Fälle, die man aus Paradegründen auch mit hineingenommen hat.

Anschließend dazu möchte ich folgendes bemerken. Wenn die Fähigkeiten, die der Herr Abg. Cipin hier mit seiner Wald- und Wiesen-Rede über Personalangelegenheiten demonstriert hat, sich auch beim Gewerkschaftsbund so auswirken würden, müßte ich wahrscheinlich bald über eine andere Verwendung des Abg. Cipin nachdenken. *(Ruf bei der ÖVP.: Ist das eine Drohung? — Abg. Cipin: Ist die Freiheit eines Abgeordneten noch gewahrt oder nicht?)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte, über die Gruppe 0 und die dazu gestellten Anträge abstimmen zu lassen.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zur Abstimmung liegt vor: Die Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, und 3 Resolutionsanträge. Ich lasse zuerst über die Gruppe 0 abstimmen und anschließend über die Resolutionsanträge.

(Nach Abstimmung über Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, in Erfordernis und Bedeckung): Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gestellten Resolutionsanträge. Ich möchte dazu folgendes bemerken:

Es sind drei Resolutionsanträge eingebracht worden, darunter auch ein Antrag des Herrn Abg. Pospischil. Ich kann diesen Resolutionsantrag nicht zur Abstimmung bringen, weil er an die Landesregierung eine Forderung stellt, für die auf Grund der Geschäftsordnung die Landesregierung überhaupt nicht zuständig ist. Wenn hier verlangt wird, daß die Landesregierung aufgefordert wird, die Bestimmung des § 64 der Geschäftsordnung des Landtages einzuhalten, so möchte ich feststellen, daß dieser der Landesregierung überhaupt keinen Auftrag geben kann. Ich bringe daher diesen Antrag nicht zur Abstimmung, sondern nur die beiden anderen Anträge.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Tesar, betreffend Vereinfachung der Landesverwaltung): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Stangler, betreffend Übertragung der Sicherheitsdirektionen in die mittelbare Bundesverwaltung): Mit 24 zu 23 Stimmen angenommen.

Damit ist das Kapitel 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung, erledigt. Wir gehen in der Debatte weiter. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter zu Gruppe 1, Polizei, zu berichten.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Die Gruppe 1, Polizei, sieht Ausgaben im Betrage von 5000 S vor, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Sie enthält die Kosten des Schubwesens.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Bachinger.

ABG. BACHINGER: Hoher Landtag! Die Gruppe 1 beinhaltet, wie der Herr Berichterstatter bereits erwähnt hat, den Betrag von 5000 Schilling. Genau so wie im Vorjahre wurde auch im heurigen Voranschlag diese bescheidene Summe festgelegt. Der Rechnungsabschluß 1954 klärt uns darüber auf, daß nur ein Betrag von 1203 Schilling aufgebraucht wurde. Dies ist ein Zeichen dafür, daß in den vergangenen Jahren für Arbeitsbeschaffung gesorgt wurde; die Leute standen in Beschäftigung und wurden so davor bewahrt, zuviel mit der Polizei in Konflikt zu kommen.

Bei dieser Gruppe erachte ich es wohl als meine besondere Pflicht, in Dankbarkeit unserer Gendarmerie und Polizei zu gedenken. Es war auch in den vergangenen Jahren meine Aufgabe, ihr pflichtbewußtes Verhalten der Bevölkerung gegenüber an dieser Stelle zu würdigen. Mit Recht kann gesagt werden, daß diese Männer seit dem Jahre 1945, als der furchtbarste und schrecklichste Krieg, den die Welt je gesehen hat, sein Ende fand, hundertprozentig am Platze sind. Es war auch, wie in diesem Hause oft erwähnt wurde, für die Exekutive in den 10 Jahren der Besatzung nicht leicht, sich durchzusetzen und in der Gefahr die heimatliche Bevölkerung, mit ihren eigenen Leibern eine Mauer bildend, zu schützen. Ich glaube daher, die Zustimmung des Hohen Hauses zu haben, wenn ich das pflichtbewußte Verhalten dieser Männer hier lobend erwähne.

Nun noch ein paar Worte zur Verkehrspolizei. Wie die Verkehrsunfallstatistik feststellt, waren in den Jahren 1954 und 1955 14.396 Verkehrsunfälle, hievon 542 mit tötlichem Ausgang und zirka 13.854 Verletzten. Noch in diesem Jahr, welches in der kommenden Woche zu Ende geht, werden sich die Unfallsziffern wieder erhöhen. Es muß große Aufmerksamkeit am Platze sein, um bei dem heutigen starken Verkehr von solchen Verkehrsunfällen verschont zu bleiben. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Menschen auf Grund der modernen medizinischen Errungenschaften im allgemeinen um 10 bis 20 Jahre älter werden. Was nützt das aber, wenn auf der anderen Seite Menschen im wertvollsten Alter, besonders in jungen Jahren, Verkehrsunfällen zum Opfer fallen.

Was sich in der vergangenen Woche in Wels zugetragen hat, daß sich ein Jugendlicher für eine Fahrt nach Linz ein Taxi aufgenommen hat und, um den Chauffeur um das Fahrgeld zu prellen, ihn einfach mit einem Genickschuß erledigt hat, das ist wohl eines der traurigsten Kapitel in unserer heutigen Zeit. Es ist der Exekutive gelungen, den Täter in Wien zu verhaften. Er wird dem Gericht überstellt und bestraft werden. Hohes Haus, ist es hier nicht am Platze zu fragen: Was wird diesem Mann geschehen? Er wird auf Grund des Gesetzes seine Strafe bekommen, aber die Milde des Gesetzes wird nicht die Sühne bringen, die der Genannte in diesem Falle zu leisten hätte. Trachten wir daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es endlich einmal zu einem Gesetz kommt, damit auch solche Taten entsprechend gesühnt werden. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Hainisch.

ABG. HAINISCH: Hohes Haus! Mein Vorredner hat eben unserer braven Exekutive den Dank ausgesprochen. Welchen Druck die Besatzungsmächte in den vergangenen zehn Jahren oft auf die Beamten der Exekutive ausgeübt haben und unter welch schwierigen Verhältnissen diese ihrem beschworenen Eid treu bleiben und ihren Dienst versehen mußten, ist allgemein bekannt und braucht nicht speziell erwähnt zu werden. Der Dank, der der Exekutive ausgesprochen wurde, ist also zu recht ausgedrückt worden, und ich schließe mich ihm aus vollem Herzen an. Das ist aber nicht der eigentliche Grund, warum ich mich zum Wort gemeldet habe.

In den Aufgabenkreis der Exekutive fällt, wie auch mein Vorredner erwähnt hat, die Aufsicht über den Straßenverkehr, die Überwachung des Straßenverkehres und die Unfallverhütung. Die höchsten Spitzen unseres Staates, Kanzler, Vizekanzler, Innenminister und der Polizeipräsident von Wien haben wiederholt in Reden auf die ständig steigenden Unfallszahlen hingewiesen und alle Straßenbenützer, sowohl die Kraftfahrer wie auch die Fußgänger, zu höchster Vorsicht und gegenseitiger Rücksichtnahme ermahnt. Auch zahlreiche Tageszeitungen und Zeitschriften haben zu diesem Problem Stellung genommen.

Wie Sie alle wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist vor wenigen Tagen im Parlament ein neues Straßenverkehrsgesetz beschlossen worden, das strenge Strafen für jene vorsieht, die sich in Zukunft durch rücksichtsloses Verhalten etwas zuschulden kommen lassen. Ich bin aber der Meinung, daß es besser ist, einen Unfall zu verhüten und ein Unfallsmoment, eine Verkehrsfalle zu beseitigen, bevor noch ein Unfall geschehen ist, statt nachher eine Strafe zu verhängen. Eine solche Verkehrsfalle, die jederzeit einen schweren Unfall herbeiführen kann, ist hier im Hause die Ausfahrt aus dem Hofe der niederösterreichischen Landesregierung. Jeder Wagen, der aus dem Hofe der niederösterreichischen Landesregierung hinausfährt, muß zuerst einmal auf dem Gehsteig vor dem Tor stehen bleiben, weil der Fahrer ja sonst nicht nach rechts und links sieht und daher dem dort ständig starken Verkehr nicht ausweichen kann. Dadurch, daß der Fahrer gezwungen ist, auf dem Gehsteig stehen zu bleiben, schneidet er den Passanten den Weg ab. Diese stellen sich links und rechts wie eine Mauer auf und verhindern so den Fahrer erst recht, einen Ausblick nach rechts oder links zu haben. *(Landesrat Waltner: Und schimpfen dabei!)* Ersuchen an die Passanten, das Blickfeld doch freizugeben, sind oft wirkungslos, und ich verstehe sogar, warum das wirkungslos ist: weil die Passanten eben, wenn sie dem Wunsch des Fahrers nachkommen wollen, selbst auf die Straße hinuntertreten müssen, auf der ja ständig starker Verkehr herrscht, durch den sie gefährdet werden. Wenn aber der eine oder der andere dem Ersuchen des Fahrers doch Folge leistet und das Blickfeld freigibt, dann stellen sich im nächsten Augenblick soundso viele andere Passanten auf und verhindern den Fahrer neuerdings, nach rechts und links zu sehen. Wiederholt war ich selbst Zeuge, daß hier ein schwerer Unfall im letzten Augenblick und oft nur um Haaresbreite verhindert werden konnte.

Ich habe mich schon vor Jahren bemüht, diesem Umstand, der nicht nur mir, sondern jedem, der gezwungen ist, mit einem Wagen aus dem Hof des Landhauses hinauszufahren, viel Ärger bereitet, intern dadurch abzuhelfen, daß ich einmal die Anregung gemacht habe, man möge doch dem diensthabenden Portier den Auftrag geben, bei Ausfahrt eines Fahrzeuges aus dem Hof der niederösterreichischen Landesregierung in die Herrengasse hinaus Hilfe zu leisten und zumindest die Passanten zurückzuhalten, eventuell auch den Verkehr auf einen Augenblick zu sperren. Es wurde mir damals erwidert, daß das nicht möglich sei, dem Portier einen derartigen Auftrag zu geben, weil der Portier eben nicht über die Gewalt eines Polizeibeamten verfügt, infolgedessen auch nicht berechtigt ist, den Verkehr zu stoppen. Ich will hier keine Polemik darüber anstellen, ob diese Ansicht richtig ist oder nicht. Oft und oft habe ich selbst und gewiß auch Sie, meine Damen und Herren, schon den Portier eines Amtsgebäudes gesehen, wie er einen Augenblick mit ausgestrecktem Arm den Verkehr gestoppt hat, weil ein Fahrzeug aus dem Tor hinausfahren wollte. Oft war ich selbst Zeuge, daß gar nicht einmal der Portier eines Amtsgebäudes, sondern daß einfache Arbeiter sich bei irgendeinem Bau auf die Straße hinausgestellt haben, weil gerade ein Lastwagen auf die Straße hinausfahren mußte. Ich bin der Meinung, daß auch unser Portier das ohne weiteres zusammenbringen müßte, umsomehr als er ja ein Amtskappel aufhat, und Sie wissen ja, was in Österreich alles möglich ist, wenn einer ein Amtskappel trägt.

Aber wenn das nicht möglich sein sollte, dann bin ich doch der Meinung, daß diese Gefahrenquelle dadurch ausgeschaltet werden sollte, daß eben jemand hingestellt werden muß, der über die Amtsgewalt verfügt, den Verkehr zu stoppen, und das ist eben ein Polizist. Beim Innenministerium, bei jedem anderen Ministerium, bei allen Gebäuden, in denen irgendeine diplomatische Vertretung untergebracht ist, steht so ein Polizist, oft sind es drei oder vier, die dort stehen und das Haus bewachen, obwohl ohnehin nichts drinnen zu bewachen ist. Ich bin infolgedessen der Meinung, daß es ohne weiteres möglich sein müßte, beim Hause des Amtes der niederösterreichischen

Landesregierung einen Polizeibeamten aufzustellen, der darüber zu wachen hat, daß der Verkehr einwandfrei vor sich geht und nicht schwere Lebensgefahr für jeden besteht, der gezwungen ist, aus dem Hof des Landhauses herauszufahren. *(Bravo!-Rufe bei der Volkspartei.)*

Ich erlaube mir daher, einen Resolutionsantrag zu stellen. Er lautet *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Inneres zu beantragen, daß seitens der Polizeidirektion Wien ein Polizeibeamter beauftragt wird, vor dem Gebäude der nö. Landesregierung, Herrengasse 13, für ein- und ausfahrende Kraftfahrzeuge die Regelung des Straßenverkehrs zu besorgen."

Ich bitte das Hohe Haus um Annahme dieses Resolutionsantrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Buchinger.

ABG. BUCHINGER: Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn zur Gruppe 1 die ganzen Jahre sehr wenig gesprochen worden ist, wie selbst der Herr Abg. Bachinger gesagt hat, so ist es doch heute notwendig, sich einmal mit der Frage der Polizei in der Stadtgemeinde Mödling in diesem Hohen Hause zu befassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit die Wiener Randgemeinden am 1. September 1954 rückgegliedert worden sind, hat sich auch die Bundespolizei in diesen Gebieten aufgehört. Schwechat konnte damals erreichen, daß die Bundespolizei geblieben ist. Klosterneuburg hat sich anderweitig entschieden. Mödling hat sich nicht entscheiden können, weil die Besatzungsmacht gegen die Gendarmerie Einspruch erhoben hat und erklärt hat, es muß die Bundespolizei bleiben. Nun mußte ein ganz kleines Gesetzerl gemacht werden, das so lange in Gültigkeit gewesen ist, solange eben die Besatzungsmacht da war. Nun ist die Besatzungsmacht durch Inkrafttreten des Staatsvertrages abgezogen worden, und wir sind ohne Sicherheitsbeamte dagestanden. Der Gemeinderat der Stadt Mödling hat am 21. Oktober einen Mehrheitsbeschluß gefaßt, womit verlangt wird, daß die Bundespolizei auch in der Stadt Mödling ihren Dienst zu versehen hat. Der Beschluß wurde der niederösterreichischen Landesregierung unterbreitet, aber es wurde bis heute keine Entscheidung gefällt. Nun sind aber die Verhältnisse so — das hat mit Politik gar nichts zu tun —, daß die Stadtgemeinde Mödling, wenn sie Bundespolizei hätte, pro Kopf und Einwohner 20 S zu bezahlen hätte. Wir haben in der Stadt Mödling mitsamt der Verwaltung 124 Bundespolizeibeamte gehabt, die einen Betrag von 350.000 S erfordert haben. Wir haben aber auch vor dem Jahre 1938 in der Stadtgemeinde Mödling 36 Mann Gemeindepolizei und 18 Mann Gendarmerie gehabt. Nun ist heute das Verhältnis Gemeindepolizei oder Bundespolizei grundverschieden. Ein Gemeindepolizist kommt im Jahr auf 30.000 S. Wenn wir also wieder 36 Mann, wie wir sie seinerzeit gehabt haben, anstellen würden, würde das eine ungeheure Summe ausmachen. Wir könnten das gar nicht leisten, weil die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Das Mödlinger Jahresbudget des Gemeinderates beträgt etwas über 8 Millionen Schilling, dabei sind die Personalkosten auf weit über 1/4 Million Schilling angestiegen, und es hat gestern der Herr Finanzreferent Müllner bei der Einleitung des Budgets erklärt, er muß sich nach der Decke strecken. Dasselbe gilt aber für den Finanzreferenten der Gemeinde Mödling. Wir sind in die Nachbargemeinde gegangen, wo Gemeindepolizei ist, und zwar in die Stadt Baden, haben mit dem Bürgermeister Hahn gesprochen, und er sagte uns, Baden hat 160 Mann Gemeindepolizei und ein Mann kostet 30.000 S jährlich. Wir würden es lieber sehen, wenn die Bundespolizei in Mödling weiterhin den Dienst versehen könnte. Wir haben jetzt 41 Gendarmen draußen.

Gestern haben wir einen Antrag der sozialistischen Fraktion in dieser Angelegenheit eingebracht, und ich bitte die Herren von der ÖVP.-Fraktion, wenn dieser Antrag zur Behandlung kommt, daß sie die finanzielle Lage der Stadtgemeinde Mödling ebenso wie den schweren Dienst der Gendarmeriebeamten berücksichtigen.

Bei der Polizei war der Dienst in drei Turnussen eingeteilt, und zwar in Gruppe a, b, und c. Eine Gruppe war im Dienst, eine in Bereitschaft und die dritte war frei. Schauen Sie aber den Dienst dieser Gendarmeriebeamten an. Er wird in der Früh auf die Gasse gestellt und erst am Abend eingezogen. Nachtdienst gibt es keinen, weil man es von den Gendarmeriebeamten auch gar nicht verlangen kann, daß sie Tag und Nacht Dienst machen. Die Sperrstunden werden durch motorisierte Gendarmerieeinheiten aus Wien überwacht. Der Gendarmerieposten ist wohl überall beleuchtet und offen, aber Sie werden im Stadtgebiet der Gemeinde Mödling zur Nachtzeit keinen Gendarmen antreffen. Ich will gar nicht näher darauf eingehen, wie diese Tatsache ausgenützt wird, daß keine Sicherheitsorgane zur Stelle sind; was da alles geschieht will ich Ihnen gar nicht schildern. Wir richten daher an Sie die Bitte — es erübrigt sich, jetzt schon darüber zu sprechen —, wenn ein entsprechender Antrag zur Verhandlung steht, daß wir auch auf die Zustimmung der ÖVP. rechnen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt Herr Abg. Hobiger.

ABG. HOBIGER: Hohes Haus! Mein Herr Kollege Bachinger und Abg. Hainisch haben bereits das Verkehrsproblem in Niederösterreich angeschnitten. Mein Herr Kollege Hainisch hat von einer Verkehrsfalle vor dem Hause Herrengasse 13 gesprochen. Ich habe hier ebenfalls über eine Verkehrsfalle in Niederösterreich zu berichten. Niederösterreich hat heute mit 135.000 Fahrzeugen eine Unfallsziffer von 9162 Fällen im Jahre 1955 innerhalb von zehn Monaten zu verzeichnen. Dabei sind leider 308 Tote zu beklagen, und 7070 Personen wurden verletzt. Bei unbeschrankten Bahnübergängen sind in Niederösterreich 40 Unfälle passiert, das sind ungefähr 0,4 Prozent. Aber auch bei diesen Unfällen sind 8 Tote zu beklagen, das sind 2¾ Prozent der Unfälle, 11 Schwerverletzte und eine ganze Anzahl Leichtverletzte.

Erlauben Sie mir daher, daß ich dem Hohen Landtag folgenden Antrag vorlege *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu erwirken, daß schienengleiche Übergänge von Straßen über Bahnlinien, vor allem an unübersichtlichen Stellen, zum Schutze der Verkehrsteilnehmer und zur Verhütung von Unfällen abgeschrankt oder doch wenigstens durch Blinklichter gesichert werden."

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte über die Gruppe 1, Polizei, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 1, Polizei, und zwei Resolutionsanträge. Ich lasse zunächst über die Gruppe 1 abstimmen.

(Nach Abstimmung über Gruppe 1, Polizei, in Erfordernis und Bedeckung): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Hainisch, betreffend Bereitstellung eines Polizeibeamten zur Regelung des Straßenverkehrs vor dem Hause Herrengasse 13): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Hobiger, betreffend Abschrankung von schienengleichen Übergängen): Angenommen.

Damit ist die Gruppe 1, Polizei, erledigt.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich den Herren einige Ausschußsitzungen bekanntgeben, und zwar tagt morgen um 8 Uhr 30 Min. der Finanzausschuß im Herrensaal, um 8 Uhr 45 Min. der Schulausschuß im Rittersaal, um 8 Uhr 45 Minuten der Wirtschaftsausschuß im Prälatensaal und um 13 Uhr 30 Min. der Kommunalausschuß im Herrensaal.

Ich bitte die Herren, diese Sitzungen zur Kenntnis zu nehmen und die Ausschüsse so zu beschicken, daß sie beschlußfähig sind.

Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, den 22. Dezember 1955 um 9 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 40 Min.)